



Plenarprotokoll

61. Sitzung

Donnerstag, 19. Juni 2014

Evaluation des Sanierungsstaus bei Sportstätten in den Kommunen

4950

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 18/1951

- Andreas Breitner, Innenminister.... 4950
- Barbara Ostmeier [CDU]..... 4951
- Jürgen Weber [SPD]..... 4954
- Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 4955
- Wolfgang Kubicki [FDP]..... 4957
- Wolfgang Dudda [PIRATEN]..... 4958
- Lars Harms [SSW]..... 4959
- Katja Rathje-Hoffmann [CDU]..... 4960

Beschluss: Überweisung der Antwort auf die Große Anfrage Drucksache 18/1951 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Sozialausschuss..... 4961

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abschaffung von Anhalte- und Sichtkontrollen in Grenz- und „Gefahrengebieten“ 4961

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 18/1995 (neu)

- Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]..... 4961, 4972
- Astrid Damerow [CDU]..... 4962
- Simone Lange [SPD]..... 4964, 4975

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4965	Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4990
Wolfgang Kubicki [FDP].....	4966, 4976	Angelika Beer [PIRATEN].....	4992, 4997
Lars Harms [SSW].....	4968, 4977	Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	4993
Andreas Breitner, Innenminister....	4970	Dr. Axel Bernstein [CDU].....	4994
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	4973	Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa.....	4995
Beschluss: Überweisung an den In- nen- und Rechtsausschuss.....	4978	Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/1966 sowie des mündlichen Änderungsantrags der Fraktion der CDU 2. Annahme des für selbstständig erklärten Ände- rungsantrags Drucksache 18/2040.	4998
Gerechtigkeit schaffen - Alleiner- ziehende steuerlich entlasten	4978	Energiewende und Klimaschutz in Schleswig-Holstein - Ziele, Maß- nahmen und Monitoring	4998
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1965		Bericht der Landesregierung Drucksache 18/1985	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2037		Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	4998, 5011
Dr. Heiner Garg [FDP].....	4978	Jens-Christian Magnussen [CDU].	5000
Peter Sönnichsen [CDU].....	4979	Olaf Schulze [SPD].....	5002
Wolfgang Baasch [SPD].....	4980	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5005, 5012
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4982	Oliver Kumbartzky [FDP].....	5007, 5012
Torge Schmidt [PIRATEN].....	4983	Angelika Beer [PIRATEN].....	5008
Lars Harms [SSW].....	4984	Flemming Meyer [SSW].....	5010
Kristin Alheit, Ministerin für So- ziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung.....	4986	Beschluss: Überweisung an den Um- welt- und Agrarausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur ab- schließenden Beratung.....	5013
Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 18/1965 und des für selbstständig erklärten Ände- rungsantrags Drucksache 18/2037 an den Sozialausschuss und den Finanzausschuss.....	4987	Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. Januar 2014 bis 31. März 2014	5013
Kieler Woche zur Völkerverständi- gung nutzen	4987	Bericht des Petitionsausschusses Drucksache 18/1923	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1966		Uli König [PIRATEN].....	5013
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2040		Beschluss: Kenntnismahme des Be- richts Drucksache 18/1923 und Bestätigung der Erledigung der Petitionen.....	5014
Mündlicher Änderungsantrag der Fraktion der CDU			
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	4987		
Johannes Callsen [CDU].....	4988		
Jürgen Weber [SPD].....	4989		

Unterstützung der Forderung der Ministerpräsidenten nach Schaffung eines EU-Kommissionsressorts für Minderheiten

5014

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1969 (neu - 2. Fassung)**Verantwortlichkeiten für Minderheiten auf EU-Ebene verbindlich regeln und die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen unterstützen**

5014

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2036Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2044

Angelika Beer [PIRATEN].....	5014
Astrid Damerow [CDU].....	5015, 5022
Birte Pauls [SPD].....	5016
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5018
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	5019
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	5019
Torsten Albig, Ministerpräsident...	5020

Beschluss: 1. Drucksache 18/1969 (neu - 2. Fassung) - und Drucksache 18/2036 erledigt durch die Mit Antragstellung zu Drucksache 18/2044

2. Annahme der Drucksache 18/2044.....	5022
--	------

Gemeinsame Beratung**a) Transparenter Haushalt für den Verfassungsschutz**

5022

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1972**b) Allen Formen des Extremismus durch Prävention entgegenwirken**

5022

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1982**c) Verfassungsschutzbericht 2013 .**

5022

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/1810

Andreas Breitner, Innenminister....	5022
Torge Schmidt [PIRATEN].....	5024, 5035
Petra Nicolaisen [CDU].....	5026
Tobias von Pein [SPD].....	5028, 5036
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5030
Dr. Heiner Garg [FDP].....	5031
Lars Harms [SSW].....	5033
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	5036
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	5037

Beschluss: 1. Überweisung des Antrags Drucksache 18/1972 an den Finanzausschuss

2. Überweisung des Antrags Drucksache 18/1982 an den Innen- und Rechtsausschuss

3. Überweisung des Berichts Drucksache 18/1810 an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung.....

5039

* * * *

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft

Andreas Breitner, Innenminister

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Sitzung, wünsche Ihnen allen einen guten Morgen und bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen. Wir setzen die Tagung fort. Zunächst teile ich Ihnen mit, dass Frau Kollegin Regina Poersch erkrankt ist. Wir wünschen ihr von dieser Stelle aus alles Gute und gute Besserung.

(Beifall)

Herr Abgeordneter Kubicki ist ab 12:30 Uhr beurlaubt.

Bevor wir in die Beratungen einsteigen, bitte ich Sie, mit mir gemeinsam auf der Tribüne Mitglieder des LandFrauenVereins Nahe und Umgebung sowie Gäste des Kieler Debattierclubs zu begrüßen. - Herzlich willkommen hier im Kieler Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Evaluation des Sanierungsstaus bei Sportstätten in den Kommunen

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1951

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Zur Beantwortung der Großen Anfrage erteile ich Herrn Innenminister Andreas Breitner das Wort.

Andreas Breitner, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für die Große Anfrage der CDU-Fraktion zur **Situation der kommunalen Sportstätten** bedanke ich mich ausdrücklich. Das ist keine Floskel. Ich finde, sie kam zu einem guten Zeitpunkt. Ich habe mich sehr über die entscheidende Aussage gefreut. Sie lautet, dass die Kommunen seit der letzten Erhebung im Jahr 2006 ganz erheblich in ihre Sportstätten **investiert** haben. Lag die Gesamtsumme des Sanierungsbedarfs für die folgenden fünf Jahre im Jahr 2006 noch bei rund 76 Millionen €, so ist diese Summe für 2014 bis nach 2016 nun auf 55 Millionen € abgeschmolzen. Das ist immer noch sehr viel. Trotzdem bin ich persönlich positiv überrascht. Ich hätte eher eine Steigerung als eine Verminderung um 20 Millionen € erwartet.

(Minister Andreas Breitner)

Ich bedanke mich bei den Kommunen für ihre Teilnahme an der Erhebung. 83 % aller vom Statistikamt Nord angeschriebenen Kommunen haben ihre Daten gemeldet. Für eine freiwillige Teilnahme ist das ein erfreulich hoher Rücklauf. Er beweist ein professionelles Management in den Verwaltungen. Mein Dank gilt ebenso den kommunalen Landesverbänden, die in den Städten und Gemeinden sehr intensiv für die Teilnahme geworben haben. Die hohe **Rücklaufquote** ist auch deshalb wichtig, weil die vorliegenden Angaben als repräsentativ betrachtet werden können. Die Daten sind belastbar und stellen eine gute Grundlage für künftige Investitionsplanungen der Kommunen dar.

Dass die Kommunen in Schleswig-Holstein durchaus in der Lage und bereit sind, in ihre Daseinsvorsorge und damit auch in den Erhalt der Sportstätten zu investieren, zeigt die Tatsache, dass allein für den Zeitraum 2012 bis Ende 2013 Sanierungen im Wert von rund 79 Millionen € angegeben wurden, von denen bereits rund 62 Millionen € abgerechnet worden sind.

So erfreulich diese Zahlen auch sind, sie bedeuten nicht, dass damit die Sportstätten im Land insgesamt modern aufgestellt wären. Es wurde ermittelt, dass in rund einem Drittel aller 3.500 Sportstätten künftig weiterer **Sanierungsbedarf** gesehen wird. Für die Jahre 2014 bis nach 2016 ergeben sich aus den Haushaltsplanungen der Kommunen die bereits genannten 55 Millionen € Investitionsbedarf. Die Kommunen stehen also weiterhin vor großen Herausforderungen, die sie aber in ihrer mittel- und langfristigen Finanzplanung bereits berücksichtigt haben. Es zeigt sich, dass die Kommunen eine vorausschauende und engagierte Investitionstätigkeit betreiben und intakten Sportstätten - insbesondere für die Nutzung durch Vereine und Schulen - eine sehr hohe Bedeutung beimessen.

Mit dem **kommunalen Investitionsfonds** und den **Städtebaufördermitteln** des Landes und des Bundes liegen nach meiner Auffassung auch in Zukunft geeignete Instrumente vor, um die Kommunen dabei von Landesseite zu unterstützen. Zusammen mit dem Konjunkturprogramm II sind zwischen 2010 und 2013 23,5 Millionen € aus den Städtebautöpfen in die energetische und allgemeine Sanierung von Sportstätten geflossen. Weitere 17,3 Millionen € an zinsgünstigen Darlehen aus dem kommunalen Investitionsfonds wurden für Sportstättenanierungen in den Jahren 2010 bis 2013 bewilligt.

Diese Angebote für zinsgünstige Darlehen hält die Landesregierung weiterhin aufrecht. Zugleich werden wir verstärkt Wert darauf legen, dass die Kom-

munen zielgerichtet, nach demografischen Aspekten und mit Blick auf ein sich veränderndes Sportverhalten im Land, investieren. Daher fordern und fördern wir Sportstättenentwicklungspläne. Sie sind ein wichtiges Instrument für eine vorausschauende Planung der Sportstätten. Mein Appell geht daher an alle Kommunen, für die sorgfältige Planung ihrer Sportstätten und deren künftige Anforderungen **Sportstättenentwicklungspläne** zu erstellen. Bevor man sich auf den Weg macht, macht es Sinn, sich über das Ziel klar zu werden. Erst sehr wenige Kommunen haben leider dieses Instrument zur Bestandserhebung und Zukunftsanalyse genutzt. Das Innenministerium vergibt bereits seit 2010 Fördermittel für die Erstellung von Sportstättenentwicklungsplänen.

Eine zukunftsfähige Verwaltung in den Kommunen und die Planung der Sportstättenqualität setzen natürlich handlungsfähige lokale Akteure voraus. Untersuchungen der Arbeitsgemeinschaft deutscher Sportämter haben jedoch gezeigt, dass sich seit den 90er-Jahren das Netzwerk aus selbstständigen Sportämtern, eigenständigen Sportausschüssen und der lokalen Sportselbstverwaltung zum Nachteil verändert hat. Auch darauf gilt es in Schleswig-Holstein zu achten.

In unseren Tausenden Sportstätten in Schleswig-Holstein treiben 800.000 Menschen Sport. Das ist ein Drittel unserer Gesamtbevölkerung. Wir sind gefordert, die Interessen dieser Menschen weiter und stärker in den Fokus zu rücken. Die Landesregierung steht dabei auch bei der Sportstättenentwicklung an der Seite unserer Kommunen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Wir treten in die Debatte ein, und ich weise Sie darauf hin, dass im Ältestenrat vereinbart wurde, dass die CDU-Fraktion eine Redezeit von 10 Minuten hat. Alle anderen Fraktionen haben 5 Minuten Redezeit. - Ich erteile jetzt der Frau Kollegin Barbara Ostmeier von der CDU-Fraktion das Wort.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Innenminister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte auch ich mich im Namen der CDU-Landtagsfraktion für die immense Arbeit aller Verwaltungsstellen im Land, in den Kommunen, bei den Mitarbeiterin-

(Barbara Ostmeier)

nen und Mitarbeitern des Landessportverbandes und unseren 15 Kreis- und Stadtsportverbänden bedanken. Das Zusammentragen und Bewerten der Daten war immens umfangreich, aber ich denke, es hat sich gelohnt.

(Beifall CDU, FDP, PIRATEN und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Auch wenn der Herr Innenminister das Ergebnis eher positiv bewertet, meine ich trotzdem, dass ein **aktueller Sanierungstau** in Höhe von 55,2 Millionen € sehr deutlich macht, dass wir alle gemeinsam, nämlich die Kommunen, weitere Akteure im Sportbereich und das Land, die Ärmel hochkrempeln müssen. Ich meine, wir brauchen dringend eine Sanierungs-offensive.

(Beifall CDU)

Die Probleme weiter in die Zukunft zu schieben, wird den mittlerweile aufgelaufenen Sanierungstau nicht auflösen und uns stattdessen in die Sackgasse führen. Auch wenn KIF-Mittel und Städtebauförderungsmittel zur Verfügung stehen, weiß jeder, dass diese Mittel nicht ausschließlich für den Sport zur Verfügung gestellt werden und dass es sich bei den KIF-Mitteln auch lediglich um Darlehen handelt, die irgendwann zurückgezahlt werden müssen. Diese Sackgasse wollen wir nicht, meine Damen und Herren, sondern wir als CDU möchten hier und heute ein Programm starten, um Hilfe zu leisten.

(Beifall CDU)

Der Sport ist angewiesen auf funktionierende und bedarfsgerechte Anlagen. Von den sanitären Anlagen und deren Zustand möchte ich an dieser Stelle überhaupt nicht sprechen. Dies wünschen sich die Nutzer, die Vereinsvorstände sowie die Sparten- und Übungsleiter, die im organisierten Sport - und das ist richtig - zum größten Teil ehrenamtlich unterwegs sind. Ich füge hinzu: Sie fordern dies zu Recht.

Der Minister hat es dargestellt, und ich wiederhole es gern noch einmal: Über 90 % der im Sport ehrenamtlich engagierten Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner freuen sich natürlich über Urkunden, Plaketten und anerkennende Worte, gar keine Frage. Entscheidend aber ist, dass diese **Ehrenamtler** ihren enormen Einsatz, ihren enormen Beitrag für unsere Gesellschaft, nur dann leisten können, wenn die Grundlagen stimmen.

(Beifall CDU)

Die intakte Sportstätte gehört nun einmal dazu.

Meine Damen und Herren, gemessen an der außerordentlich hohen gesamtgesellschaftlichen Bedeutung des Sports - Gesundheitsförderung, Kinder- und Jugendarbeit, äußerst erfolgreiche Integrationsangebote sowie wachsende Angebote im inklusiven Bereich - ist jeder in die Infrastruktur des Sports investierte Euro ein Vielfaches mehr wert.

(Beifall CDU und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Bei meinen Kreisbereisungen zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus den Wahlkreisen betonen die Ehrenamtler immer wieder, eine saubere und funktionale Sportstätte sei der größte Lohn, die beste Wertschätzung und Motivation für die Ehrenamtler.

Die hohe Rücklaufquote von 83 % - der Minister hat es erwähnt - macht deutlich, wie wichtig den Kommunen diese Aufgabe ist. Die Ergebnisse machen einmal mehr deutlich: Die Sanierung und Grundinstandsetzung unserer Sportanlagen ist wichtig.

Ich möchte ausdrücklich auch die Bäder einbeziehen. In einem Land zwischen den Meeren haben wir auch ein ausreichendes Angebot an Bädern sicherzustellen. Die Zahl der Nichtschwimmer in Schleswig-Holstein ist schon heute bedenklich hoch. Im Sommer erreichen uns nahezu täglich die Nachrichten von tragischen Badeunfällen.

Erlebnisgrad und Attraktivität für den Tourismus sind die eine Seite der Medaille. Aber unseren nachfolgenden Generationen schlicht das Schwimmen beizubringen, ist eine unverzichtbare Grundaufgabe unseres Landes.

(Beifall CDU)

An der Bereitschaft - der Minister hat es dargestellt - unserer Kommunen, liebe Kolleginnen und Kollegen, mangelt es nicht. Dies belegt die Beantwortung der Großen Anfrage deutlich. Die Kommunen haben in den Jahren 2012 und 2013 insgesamt 62 Millionen € effektiv für Sanierungsmaßnahmen aufgewendet. Das ist ein stolzer Betrag. Ich betone: Das ist ein Betrag, der sich in dem freiwilligen Bereich bewegt. Das heißt, wenn eine Gemeinde in einen Fehlbedarf gerät, dann werden genau diese Aufgaben deutlich infrage gestellt. Ich bitte dieses sehr zu beachten. Beim planvollen Abbau des Sanierungstaus muss das Land Hilfestellung leisten.

Um gleich mit der Mär aufzuräumen, es werde völlig schmerzfrei der Bau kleiner Olympiastadien gefordert, kann ich nur sagen: mitnichten! Völlig zu Recht weist der LSV im Rahmen der Antwort auf

(Barbara Ostmeier)

die Große Anfrage darauf hin, dass eine fachlich kompetente, an den Bedarfen und Herausforderungen orientierte **Sportentwicklungsplanung** bei allen Beteiligten ganz oben auf der Agenda steht. Dies bestätigen auch die Gespräche mit den Kreissportverbänden und meine persönlichen Erfahrungen auf öffentlichen Veranstaltungen im Fachbereich Sport. Wenn Sie die aktuelle Presseberichterstattung sehen, erkennen Sie - auch in Itzehoe - sind bereits Kooperationsmodelle gefunden worden. Die Sportentwicklungsplanung steht bereits ganz oben auf der Agenda. Wir kennen aber auch Fälle, in denen eine Sportentwicklungsplanung gemacht worden ist, und dann fehlen die Mittel, um das umzusetzen. Genau hier müssen wir Hilfestellung leisten, damit Planungen auch umgesetzt werden können.

(Beifall CDU)

Die klassischen Sportstätten reichen nicht mehr aus; sie müssen weiterentwickelt werden. Neue **Kooperationsmodelle**, gemeinde- und vereinsübergreifend, erfordern vermehrt **multifunktional nutzbare Sportanlagen** sowie -hallen und -bäder. Eine große Anzahl traditioneller Sportstätten muss kostengünstig und energetisch saniert werden. Das Angebot inklusiver Sportangebote stellt ebenfalls hohe Anforderungen an die Barrierefreiheit. Mit Landesmitteln möglichst passgenau den Bedarf zu unterstützen, das ist hier und heute unsere Aufgabe.

Der CDU-Landtagsfraktion geht es um einen gemeinsamen Schulterschluss zum Abbau des Sanierungsstaus unserer Sportstätten. Wir wollen die Stärkung des ehrenamtlich organisierten Vereinsports. Das ist übrigens ein Angebot, das jedem Bürger, egal welches Einkommen er hat, zur Verfügung steht. Das ist unser Ziel.

Während der letzten Beratungen zum Haushalt für das Jahr 2014 hatten wir als die Mehrheitsfraktion einen Änderungsantrag eingebracht. Wir wollten einmalig Finanzmittel in Höhe von 2,5 Millionen € genau für diese zweckgebundene Aufgabe ausgekehrt haben. Leider haben die regierungstreuen Abgeordneten unserem Antrag weder ihre Zustimmung gegeben noch Alternativen mit uns im Ausschuss erörtern wollen. Auf der Basis der nunmehr vorliegenden fundierten Datenlage aus der Antwort der Landesregierung haben wir uns erneut dazu entschieden, dafür zu werben, sich mit dem Thema „Sportentwicklung und Sanierung von kommunalen Sportstätten und Bädern“ intensiv auseinanderzusetzen. Ich meine, meine Damen und Herren, unsere Sportvereine und -verbände haben dies verdient.

(Beifall CDU und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Wir dürfen die Kommunen bei dieser Aufgabe nicht alleinlassen, solange sich der Investitionsstau nicht aufgelöst hat. Nie waren die Einnahmen des Landes - wir haben es gestern überall lesen und hören dürfen - höher und die Zinsen niedriger. Ich finde, daran müssen auch unsere maroden Sportstätten, unsere Ehrenamtler und unsere Nutzer partizipieren dürfen.

(Beifall CDU und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Meine Damen und Herren, genau das hilft den Menschen in den Städten Neumünster, Pinneberg oder Lübeck, um nur einzelne Beispiele zu nennen. Aber auch in Kellinghusen, im Kreis Steinburg sowie im Kreis Segeberg, wo es drei Freibäder gibt, wird dies deutlich. Eine Mehrzweckhalle in Kölln-Reisiek zum Beispiel meldet einen Sanierungsbedarf von etwa 800.000 €. Das ist kein Einzelfall. Außerdem findet hier übrigens überwiegend Schulsport statt, meine Damen und Herren.

Die Liste lässt sich anhand der Ergebnisse der Antwort auf unsere Große Anfrage zahlreich fortsetzen. Allein in Schleswig-Holstein sind knapp 794.000 Menschen in 2.616 Sportvereinen regulär durch eine Mitgliedschaft organisiert; das sind über 28 % der Bevölkerung des Landes. Eine größere gesellschaftliche Bewegung gibt es bei uns im Land nicht.

(Beifall CDU und FDP)

Das heißt, der Sport fördert auch den Gemeinsinn. Auch das ist etwas, was wir dringend zu unterstützen haben.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Minister Breitner, geht es hier nicht nur um eine Frage der Prioritätensetzung, sondern auch und vor allem um eine Frage der politischen Wertschätzung.

(Beifall CDU und FDP)

Investitionen in unsere Sportanlagen fördern den Gemeinsinn, den wir brauchen. Deshalb lassen Sie uns im Ausschuss das Thema Sport als ein so wichtiges Kernthema erkennen und Sportentwicklung und Beseitigung des Sanierungsstaus bei Sportanlagen auf die politische Agenda setzen und gemeinsam einen Weg finden, um hier als Land die Hilfestellung leisten zu können, die wir uns im Ergebnis alle wünschen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Jürgen Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch unser Dank gilt denjenigen, die dazu beigetragen haben, dass zu dieser Großen Anfrage die Zahlen und Fakten vorliegen. Das ist nützlich für die Debatte.

Jeder, der Sport treibt, Sportveranstaltungen besucht oder zumindest jemanden kennt, der Sport treibt, weiß um die Sanierungsprobleme in vielen unserer Sportstätten. Ich will da keine Beispiele nennen, die Zeit dafür ist nicht vorhanden. Es ist jedoch zu beachten, dass der **Sanierungsstau** kommunal unterschiedlich ausfällt und schon ein Stück Spiegelbild der unterschiedlichen Finanzsituationen und der Finanzausgleichsprobleme in den Kommunen ist.

Weiterhin wird man darauf schauen müssen, dass auch im Hinblick auf die verschiedenen Bedarfe der verschiedenen Sportarten die Dinge unterschiedlich dramatisch sind. In der Leichtathletik ist es beispielsweise deutlich dramatischer als in anderen Sportarten.

Die Antwort auf die Große Anfrage gibt uns sehr gute und sehr wichtige Daten an die Hand. Ich habe kein Problem damit zu sagen, dass wir dafür dankbar sind, dass wir aufgrund der Antwort auf die Große Anfrage die Zahlen, die uns in diesem Zusammenhang geliefert wurden, die Basis haben, damit wir diese Diskussion überhaupt führen können.

Ich möchte nicht all das wiederholen, was der Minister an Zahlen und Fakten gerade vorgetragen hat, sondern nur betonen, dass sich die Antwort auf die Große Anfrage auf die Sportstätten in kommunaler Trägerschaft fokussiert. Man kann daher auch davon ausgehen, dass sich die Sportstätten, die in der Trägerschaft von Vereinen und Verbänden sind, in etwa derselben Relation befinden. Das ist uns jetzt leider nicht mit harten Fakten belegt, aber man kann davon ausgehen, dass ähnliche Bedarfe an Sanierungen bestehen.

Die Verantwortung für die kommunalen Sportstätten liegt natürlich bei den Kommunen, aber nichtsdestotrotz ist es unsere Aufgabe, sich darüber Gedanken zu machen, wo wir helfen und unterstützen können. Wir wissen, der Schulsport ist hoheitliche Aufgabe, alles andere ist freiwillige Leistung. Das

ist immer eine schwierige Diskussion, auch in den Kommunen.

Die Zahlen, die uns vorliegen, sind natürlich politische Zahlen. Dass es Handlungsbedarf gibt, steht völlig außer Frage. Sportfachlich allerdings müssen wir - das werden wir im Ausschuss tun - über eine ganze Reihe von Fragen reden. Wo reden wir über Instandsetzungen, die dringend notwendig sind? Wo reden wir über Modernisierung, die wünschenswert ist? - Manchmal werden diese Dinge vermischt. Wir brauchen Informationen über Effizienzmöglichkeiten bei der Nutzung von Sportanlagen.

Manchmal macht man die Erfahrung - das ist mir in Gesprächen zuweilen vorgekommen -, dass von den Schulen, von den Vereinen und von der Verwaltung höchst **unterschiedliche Einschätzungen** der Sportanlagen vorgetragen werden. Auch das muss man in der Praxis abklopfen. Wann reden wir über Wohlbefinden und Standards, Belüftung, Verschmutzung und ähnliche Dinge beispielsweise der Sanieranlagen? Wann reden wir von konkreten Verletzungsgefahren, zum Beispiel durch Risse in Böden et cetera? Wann reden wir über Normqualitäten, also die Zulassung für bestimmte Sportwettkämpfe? Was ist letztlich das Kriterium für Dringlichkeit? Erlauben Sie mir all diese Fragen zu formulieren, da wir diese vertiefend beraten müssen.

Wenn man Sanierungsvorhaben voranbringen möchte, muss man etwas über Auslastung wissen und auch darüber, welche Form von Bewirtschaftungsmitteln künftig in den Kommunen bereitgestellt werden können. Denn das muss bei den Investitionen stets mitbedacht werden, meine Damen und Herren.

Wenn wir künftig noch stärker Kinder in Bewegung bringen wollen, uns um die „fitten Alten“ kümmern und „Sport für alle“ ernsthaft durchdeklinieren sowie den Bedarf nach Gesundheitsangeboten befriedigen und Präventionsprogramme wie „Sport gegen Gewalt“ ausbauen wollen, dann brauchen wir auch **Innovationen beim Sportstättenbau**. Diese werden, so fürchte ich, Geld kosten. Kleinere, informelle Bewegungsräume werden neu zu gestalten sein.

Wenn wir Mittel zur Verfügung stellen, werden Mittel zur Verfügung stehen, dann brauchen wir auf der Grundlage von **Sportentwicklungsplanung** Informationen, die uns Aufschluss geben über erstens die Auslastung der Sportstätten, zweitens über die künftigen Bedarfe vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung und der Schulentwicklungspla-

(Jürgen Weber)

nung, die wir hierbei nicht außer Acht lassen dürfen und drittens eine Prüfung der sportfachlichen Notwendigkeit, viertens die Prüfung von Kooperationen auf Vereinesebene und von interkommunalen Kooperationen sowie fünftens die Prüfung der Frage einer nachhaltigen Bewirtschaftung.

Deshalb ist es wichtig, diese Debatte zu führen, wie wir nachhaltig, zielgenau und kommunalgerecht Sanierung und Modernisierung auf den Weg bringen können. Dafür braucht es Daten und Fakten sowie Konzepte, aber logischerweise benötigt man dafür auch Geld.

Der Landessportverband weist zu Recht darauf hin, dass die ihm zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 1,6 Millionen € pro Jahr weitergereicht werden für Sportstätten von Vereinen und Verbänden und dass diese Mittel fast ausschließlich in die Sanierung und nicht mehr in den Neubau und die Modernisierung von Sportstätten fließen und damit gebotene Investitionen in moderne, zeitgemäße Infrastruktur immer schwieriger wird.

Deswegen muss man feststellen, dass trotz der Möglichkeiten, die über KIF und Städtebauförderung zur Verfügung stehen - hierzu ist von meinen beiden Vorrednern schon etwas gesagt worden - ein zusätzliches Investitionsprogramm wünschenswert wäre.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und PIRATEN)

Lassen Sie mich nur das zum Schluss sagen: Wünsche müssen vertretbar und finanzierbar sein. Und wir wollen auch nicht über dauerhafte Verpflichtungen reden, die haushalterisch schwierig sind. Worüber wir jedoch reden müssen, sind neue Wege für spürbare Investitionshilfen. Die SPD-Fraktion misst dem große Bedeutung bei und wird deshalb die Beratungen zum kommenden Haushalt nutzen, um konkrete Schritte für verbesserte Investitionshilfen für den Sport auf den Weg zu bringen.

(Beifall SPD und SSW)

Ich hoffe, dass wir das ein Stück gemeinsam tun können, freue mich auf die Beratungen im Ausschuss und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Burkhard Peters das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebes Präsidium! Sehr geehrter Herr Minister Breitner, vielen Dank für den Bericht, für dessen Anfertigung Ihr Ministerium keine Mühen und vor allem keine Kosten gescheut hat.

Über die Notwendigkeit von zahlenmäßig ausreichenden und funktionsfähigen Sportstätten im Land für den Breitensport, Leistungssport und zunehmend auch für den Gesundheits- und Fitnesssport sind wir uns alle völlig einig, Frau Kollegin Ostmeier. Auch Schwimmhallen und Schwimmbäder müssen vorhanden sein, allein schon deswegen, weil Kinder schwimmen lernen müssen, um im wahrsten Sinne des Wortes nicht unterzugehen. Aber, wie immer im Leben, kommt es auf die Details an.

Frau Kollegin Ostmeier wird seit geraumer Zeit nicht müde, den betrüblichen Erhaltungszustand der diversen Sportstätten im Land zu beklagen. Noch im April 2014 teilte sie der Presse mit, der Investitionsstau in den schleswig-holsteinischen Anlagen belaufe sich auf mehr als 70 Millionen €. Sie berief sich dabei auf Zahlen des inzwischen emeritierten Sportwissenschaftlers Robin Kähler von der Universität Kiel. Die jetzt vorliegende Erhebung des Innenministeriums bei den Kommunen selbst kommt immerhin auf einen **Investitionsbedarf** von insgesamt 55 Millionen €, wobei 49 Millionen allein bis Ende 2016 erforderlich werden. Das sind erhebliche Zahlen, und die sind auch erst einmal erschreckend.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

Allerdings sind bereits hier Fragezeichen erlaubt: Müssen tatsächlich **alle Sportstätten im Land** aufrechterhalten bleiben? - Selbst Professor Kähler und sein Nachfolger auf dem Kieler Lehrstuhl, Professor Jens Flatau, kommen jetzt übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass man die Dinge vor Ort sehr differenziert anschauen sollte. Es müssen nicht überall riesige Normsporthallen erhalten werden. Gerade in Regionen, in denen durch den demografischen Wandel eine deutliche Änderung der Altersstruktur eingetreten ist, sind heute kleine, flexibel nutzbare Räume angesagt. Erlauben Sie mir, Herrn Professor Kähler direkt zu zitieren:

„Für zehn Teilnehmer der Herzsportgruppe, für 13-köpfige Tanzgruppen oder den Kleinkindersport brauchen wir keine 7 m hohen Hallen, die wir nur maximal auf 18 Grad hoch heizen können.“

(Burkhard Peters)

In manchen Regionen ist es schlichtweg auch nicht mehr möglich, drei Wettkampfanlagen in relativ dichter Nähe aufrechtzuerhalten, die in den goldenen Zeiten der 1970er-Jahre von ehrgeizigen Bürgermeistern hochgezogen wurden. Es reicht manchmal völlig aus, wenn zwei von ihnen auf den Standard von Bolzplätzen herabgestuft werden und einer ordentlich saniert wird.

Zweite Frage: Müssen die Kommunen die Sportstätten **in eigener Regie** betreiben oder kann - soweit möglich - die Regie über die Anlagen auf die Sportvereine oder auf die Schulen übertragen werden?

Eine richtige Aussage der vorliegenden Antwort der Landesregierung ist nämlich, dass der bauliche Zustand der Sportanlagen häufig von der Einbindung in andere Funktionsbereiche wie Schulen oder Sportvereine abhängt.

Kurz gesagt: Je weniger sich eine Institution außerhalb der kommunalen Zuständigkeit um die Anlage kümmert, desto eher leidet sie unter Vandalismus und lieblosem Umgang. Wenn ein Schulhauswart täglich nach dem Rechten sieht oder wenn ein Sportverein sein Vereinsheim auf dem Gelände hat, ist der Erhaltungszustand der Anlage auffällig besser, als wenn sie mit wenig Aufsicht und mit wenig persönlicher Verantwortlichkeit vor Ort betrieben wird.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung der Frau Abgeordneten Ostmeier?

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Natürlich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]: Ich habe eine Frage. Ihr Vorschlag lautet, dass man Sportstätten in kommunaler Trägerschaft jetzt den Vereinen anbietet, damit diese sie übernehmen, um sie zu sanieren. Haben Sie das schon einmal versucht? Oder glauben Sie, dass Vereine in der Lage sind, diese Sportstätten zu übernehmen, um dann den Sanierungsstau abzubauen?

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein.

- Sie haben selbst gesagt, dass sogar vereins-eigene Sportstätten einen hohen Sanierungsbedarf hätten. Die Mittel, die dankenswerterweise dafür zur Verfügung stehen, reichen nicht aus.

- Es geht nicht darum, dass die Vereine diese Sportstätten übernehmen sollen, sondern vielmehr sollte darauf geachtet werden, dass diese Sportstätten stärker in ihren Verantwortungsbereich übertragen werden. Das heißt, dass zum Beispiel die Vereinshäuser dort angesiedelt werden. Das ist die Aussage in dem Bericht: Gerade wenn das passiert, weisen die Sportstätten einen auffällig besseren Zustand auf.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung der Kollegin?

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, bitte.

Barbara Ostmeier [CDU]: Haben Sie Beispiele dafür, dass das nicht der Fall ist? Haben Sie den Eindruck, dass die Kommunen nicht weitestgehend die Pflege und das Kümmern um die Sportanlagen in die Hand der Sportvereine geben? Ich glaube: Der Fall, den Sie darstellen, ist eher die Ausnahme. Das ist schon längst geübte Praxis.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist es!)

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das ist offenbar nicht überall so. Der Bericht differenziert in dieser Hinsicht sehr genau. Davon gehe ich erst einmal aus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die dritte Frage lautet: Haben wir es möglicherweise mit überzogenen Forderungen von Gemeinden und Sportverbänden zu tun? Professor Kähler, der vormalige Kronzeuge der CDU, deutet nach Presseberichten im „sh:z“ sogar an, es handele sich um eine zielgerichtete Kampagne von Gemeinden und Sportverbänden, um beim Land Gelder für die Kommunen lockerzumachen.

(Zuruf Klaus Schlie [CDU])

(Burkhard Peters)

Ähnliches lässt Professor Flatau verlautbaren: Es gebe natürlich auch marode Anlagen. Aber im Großen und Ganzen seien die Anlagen in einem befriedigenden Zustand. - Da passt augenscheinlich irgendetwas nicht zusammen.

Eine genauere Analyse der vorliegenden Befunde und Zahlen ist vor allem deswegen angezeigt, weil die Daten von den Gemeinden und den Verbänden selbst stammen. Die Regierung wird in diesem Zusammenhang aber durchaus nicht untätig bleiben. Im Rahmen des **kommunalen Investitionsfonds** werden im kommenden Haushalt insgesamt 11,5 Millionen € für die Kommunen eingestellt werden. Diese können dann entscheiden, ob sie möglicherweise bei gegebenem Bedarf diese Mittel teilweise auch in die Sanierung ihrer Sportstätten einbringen können. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Antwort auf die Große Anfrage der CDU offenbart, was für viele Schleswig-Holsteiner schon seit Langem bittere Wirklichkeit ist: Die **kommunalen Sportstätten** in unserem Land befinden sich - ähnlich wie unsere Landesstraßen - in einem **desolaten Zustand**.

Es ist gut und wichtig, dass die Union diese Große Anfrage auf den Weg gebracht hat, denn nun liegen, Frau Ostmeier, verlässliche Zahlen vor, die das Ausmaß der sanierungsbedürftigen Sportanlagen in den Kommunen offenlegen.

Was folgt nun aus der Großen Anfrage und den Ergebnissen der Erhebung? Kollegin Ostmeier fordert in ihrer Pressemitteilung eine - ich zitiere - „gemeinsame Kraftanstrengung von organisiertem Sport, den Kommunen und dem Land“. Das hört sich zunächst einmal gut an.

(Heiterkeit Barbara Ostmeier [CDU])

Ich erinnere daran, dass Bau und Unterhaltung kommunaler Sportstätten dem Aufgabenbereich kommunaler Selbstverwaltung zuzuordnen sind. Dementsprechend war ich sehr gespannt, wie sich die Union eine Kraftanstrengung seitens des Landes für die kommunalen Sportstätten vorstellt.

Dass Schleswig-Holstein insgesamt über eine **Vielzahl von Sportstätten** verfügt, ist auf die finanziell besseren Zeiten zurückzuführen. Viele Kommunen können sich den Unterhalt und auch die Sanierung der Anlagen und Gebäude heute kaum mehr leisten. Sie vollführen einen schwierigen Balanceakt, um Mittel aus ihrem Haushalt für diese „freiwilligen Leistungen“ aufzubringen.

(Beifall Anita Klahn [FDP])

Der erhebliche **Sanierungs- und Modernisierungsbedarf** kommunaler Sportstätten ist nicht erst durch die Antwort auf die Große Anfrage der Union offenbar geworden. Vorschläge, wie die Kommunen die Unterhaltung ihrer Sportstätten besser oder überhaupt bewerkstelligen können, liegen bereits seit Jahren vor. So hat der Landesrechnungshof im Jahr 2011 in seinem Kommunalbericht unter anderem auf die vielerorts fehlenden **Sportstättenentwicklungspläne** hingewiesen. Im Kommunalbericht 2011 heißt es unter der Überschrift „Sportstättenentwicklungspläne haben sich noch nicht durchgesetzt“ auf Seite 82 - ich zitiere -:

„Ein Sportstättenentwicklungsplan führt die für eine Bedarfsplanung erforderlichen Daten strukturiert zusammen und hilft sich abzeichnende Veränderungen für den Hallensport festzustellen.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbst wenn vor Ort die Bereitschaft zur Erstellung eines Sportstättenentwicklungsplans vorliegt, scheitert dies bei der Umsetzung in den häufigsten Fällen an der **Finanzierung**.

(Beifall FDP und CDU)

Für kleinere Kommunen ist ein fünfstelliger Betrag kein Pappenstiel. Vielleicht, Herr Kollege Peters, sollte man in diesem Bereich zunächst die Kommunen unterstützen, um verlässliche Planungen hinzubekommen, anstatt Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen, ohne dass man die konkrete Umsetzung vor Augen hat.

(Beifall FDP, CDU und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Bisher erhält der **Landessportverband** 6,3 Millionen € aus **Landesmitteln**. Davon steht Vereinen und Verbänden zur Sanierung und zum Neubau ein Anteil in Höhe von 1,6 Millionen € zur Verfügung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es heißt im Bericht, dass von den Kommunen in einem Drittel der Sportstätten Sanierungs- und Modernisierungsbedarf gesehen wird. Bei Großsport- und Mehrzweck-

(Wolfgang Kubicki)

hallen sind es bereits 50 %. Alle Beteiligten und Verantwortlichen dürfen diesen Umstand nicht einfach hinnehmen, sondern sind aufgefordert, aktiv zu werden.

Wir brauchen in Schleswig-Holstein ein zukunftssicheres Konzept für die Sportstätten. Denn Sport ist ein Verbindungsstück. Er verbindet die Menschen untereinander, aber es verbindet die Menschen auch mit ihrer Region, in der sie Sport machen.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Damit entstehen Bindungen und regionale Zugehörigkeiten, die die Beteiligten als Chance und Standortvorteil für sich erkennen und auch nutzen sollten.

Ich weise an dieser Stelle darauf hin: Wir haben in Schleswig-Holstein schon leidlich schlechte Erfahrungen damit gemacht, wie unzureichend die kreisübergreifenden Planungsbehörden bei der Entwicklung von Sportstätten sind. Das lässt sich zum Beispiel an der Entwicklung von Schwimmhallen zwischen Flensburg und dem Kreis Schleswig-Flensburg zeigen. Das Land hat mehrere Millionen Euro in Keitum versenkt, weil keine vernünftigen Planungen vorlagen.

Das heißt: Nur das Fordern von Mittel allein, Frau Ostmeier, wird uns nicht weiterhelfen. Aber die spannende Frage lautet - wir sind sehr gespannt und werden uns daran aktiv beteiligen -, wie die CDU-Fraktion Maßnahmen zur Unterstützung von kommunalen Sportstätten haushalterisch unterlegen wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - für die Fraktion der PIRATEN erteile ich dem Kollegen Wolfgang Dudda das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie meine Vorredner auch möchte ich der Landesregierung für diesen guten und ausführlichen Bericht sowie der CDU für ihre tolle Anfrage danken. Ich sehe die Antworten der Kommunen durchaus nicht so skeptisch wie der Kollege Peters, der gerade nicht zuhört.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Er will nicht schlauer werden!)

- Lauter?

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Er will nicht schlauer werden, habe ich gesagt!)

- Ja. - Der **Zustand der Sportstätten** bei uns ist beklagenswert und übel. Das hat sehr schlechte Folgen, auf die ich kurz eingehen möchte, bevor ich auf andere Dinge zu sprechen komme.

Der Sport hat nach meinem Verständnis zwei herausragende Funktionen: Er ist zur Erhaltung und Stärkung der Gesundheit da, und er übt durch die Schaffung von Gemeinschaftserlebnissen eine soziale Funktion aus.

Wie wir aus der Antwort der Landesregierung erfahren, sind Vereine mit knapp zwei Dritteln bei der Nutzung von Sportstätten am stärksten vom schlechten Zustand dieser Anlagen betroffen. Im überwiegend ländlich strukturierten Schleswig-Holstein gibt es erhebliche negative Folgen für die Lebensqualität in der Fläche, wo der Sport und die Sportvereine häufig die zentralen Anlaufstellen des örtlich-kulturellen Geschehens sind.

Wer sich um den Erhalt und die Verbesserung der Lebensqualität in den ländlichen Räumen unseres Landes ernsthaft bemüht, kommt deswegen an den Sportstätten nicht vorbei. Damit ist klar, wie wichtig der Zustand der Sportstätten tatsächlich ist.

(Beifall PIRATEN, CDU und Anita Klahn [FDP])

Die überragende **Rolle des Sports** bei der Integration derer, die aufgrund ihrer Herkunft oder sozialen Bedingungen stärkere Schwierigkeiten als andere bei der gesellschaftlichen Teilhabe haben, ist gerade in den urbanen Zentren in unserem Land unbestreitbar. Auch dafür muss es funktionierende Sportstätten geben.

(Beifall PIRATEN, CDU und Lars Harms [SSW])

Wie gut dies gelegentlich funktioniert, zeigt uns das Beispiel der **Flensburger Sportpiraten**, die letztes Jahr den Deutschen Bürgerpreis gewonnen haben, nachdem sie auf Landesebene Sieger geworden waren. Das ist ein tolles Projekt, das mit sehr viel Eigeninitiative angegangen worden ist. Es hat gerade im lokalen Bereich in Flensburg sehr viele Kinder von der Straße geholt, die anderen Angeboten damit ausweichen konnten.

Die viel sinnvollere Tätigkeit bei den Sportpiraten war aber auch nur möglich, weil im Zuge des Konjunkturpakets II sehr viel Geld dorthin geflossen ist. Ohne dieses Konjunkturpaket sähe es noch übler bei diesen Sportstätten aus.

(Wolfgang Dudda)

(Beifall PIRATEN, CDU und Anita Klahn
[FDP])

Herr Innenminister, Sie haben recht, wenn Sie sagen, dass der Trend weggeht von den Klassikern wie Fußball, Handball oder Leichtathletik. Das hat zur Folge, dass wir einerseits - da hat Herr Kollege Peters insofern ein wenig recht - auch künftig normierte Sportstätten für normierte Wettkampfschehen brauchen. Allerdings brauchen wir auch andere Anforderungen an einen sich immer mehr ausdifferenzierenden Sport, der wettkampfbunden ist.

Beides - das zeigt die Antwort der Landesregierung klar - ist nicht zu leisten und nicht zu gestalten, ohne dass ein Mehraufwand finanzieller Art zu leisten ist, und der kann den Kommunen so allein nicht zugemutet werden. Da hat der Kollege Kubicki völlig recht. Denn aus der Antwort der Landesregierung ergibt sich, dass 78 % der Ausgaben der Sportstätten von den Kommunen getragen werden, und deren desolante Finanzlage ist allgemein bekannt. Wenn ich dann aber sehe, dass das Land und die Sportvereine selbst mit nur 4,7 % mit im Boot sind, denke ich, dass da noch erheblich Luft nach oben ist

(Beifall PIRATEN)

und sich diese Investitionen - wie die Kollegin Ostmeier völlig richtig sagt - gesellschaftlich mehrfach rechnen, sowohl durch Einsparung und geringere Kosten im Gesundheitswesen. Wie auch im Sozialen und bei der Integration ein bisschen zur Sprache kommt, ist gelebte Toleranz über den Sport sehr wohl möglich.

(Beifall PIRATEN)

Die geforderte Sanierungsoffensive von Ihnen sehe ich ein wenig anders. Es würde nach meiner Auffassung genügen, wenn ein tatsächlich schlüssiges Konzept vom Innenminister entwickelt würde, das alle Akteure ins Boot holt.

(Beifall PIRATEN)

Doch dann bin ich wieder beim Kollegen Kubicki, der sagt, dass man das nicht allein leisten kann. Ich habe die Idee des guten alten Sportgroschens, den der DFB einmal hatte, oder, was man in Österreich macht, dass man 10 % auf alle sportgebundenen oder beim Sport angesiedelten Veranstaltungen ein Eintrittsgeld erhebt und auch abführt. Auch darüber müssen wir nachdenken. Das tun wir am besten im Ausschuss.- Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Nun erteile ich dem Kollegen Lars Harms für den SSW das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sport ist durch Sportartikel, Bau von Sportstätten und Vermarktung ein bedeutsamer Wirtschaftsbereich. Derzeit allerdings kann der **wirtschaftliche Beitrag** des **Sports** nur geschätzt werden, sodass immer noch vielerorts der Fehler gemacht wird, Sport nur als eines von vielen Hobbys zu verstehen. Wer aber den Sport vernachlässigt, der nutzt das Potenzial des Wirtschaftsfaktors Sport eben nicht aus.

Um ein Beispiel zu nennen: Viele **Touristen** - darüber haben wir gestern auch debattiert - erwarten am Urlaubsort abwechslungsreiche, moderne und ansprechende Sportstätten. Ihre Ausstattung ist ein entscheidender Faktor bei der Wahl des Reiseziels. Das betrifft nicht nur Schwimmbäder und Radwege, sondern auch die Sporthallen. Da gibt es gute Beispiele im Land, aber auch sanierungsbedürftige Sportstätten. Sportplätze, Hallen und Schwimmbäder teilen im Großen und Ganzen das Schicksal unserer gesamten Infrastruktur: mit viel Enthusiasmus gebaut, bei der Instandhaltung gespart und zum Schluss kaputtgenutzt. Wir leben in Sachen Sportstätten von der Substanz. Jede dritte Sportstätte in Schleswig-Holstein hat laut Bericht einen Sanierungs- oder Modernisierungsbedarf. Das hat die Landesregierung jetzt auch erkannt.

Die Daten dazu wurden allerdings erst jetzt erstmals landesweit erhoben. Weder Zahl noch Größe noch baulicher Zustand der Sportstätten waren vorher bekannt. Die Kommunen haben teilweise gar keine eigene **Sportstättenplanung** oder stecken mitten in einer entsprechenden Erhebung. Dementsprechend müssen wir auch die Daten lesen und können sie nur vorsichtig interpretieren. Fast jede sechste Sportstätte fehlt noch in der **Statistik**, weil wir derzeit einen Rücklauf von 83 % haben. Es liegt also keine Vollerhebung vor, und darüber hinaus haben nicht alle Sportstätten einen **Förderbedarf** angemeldet. Allein in Nordfriesland fehlen deshalb in den entsprechenden Tabellen einzelne Standorte, so zum Beispiel, wenn man sich die Schwimmbäder ansieht, das Wellenbad in Wyk oder die Freibäder in Stadum, Neukirchen und Risum-Lindholm.

Der Sport befindet sich im Umbruch, und die Zukunftsfähigkeit der Vereine steht zur Debatte, wie

(Lars Harms)

der Landessportbund ausführt. Die Nachfrage ändert sich. Wo früher noch Faustball gespielt wurde, suchen heute Freeclimber eine Übungswand. Die Nachfrage nach Sportangeboten speziell für Menschen mit Behinderung wächst, und gleichzeitig sieht sich der Jugendsport durch Ganztagschule, sinkende Schülerzahlen und neue Sportarten vor ganz **neue Herausforderungen** gestellt.

(Beifall SSW)

Der Landessportbund weist in diesem Zusammenhang auf den Bedarf an multifunktionalen, kleinteiligen Hallen hin. Den Bedarf an diesen Sportanlagen muss man zum Sanierungsbedarf deshalb noch hinzurechnen. Im Sportbereich ist also eine Menge in Bewegung, im wahrsten Sinne des Wortes.

In dem Bericht wird auch darauf hingewiesen, wie stark Sportstätten auf **Platzwarte** und **Hausmeister** angewiesen sind. Ohne deren Einsatz würden die Sportstätten im Handumdrehen einen erheblich größeren Sanierungsbedarf entwickeln, was vor allem in größeren Städten der Fall sei. Auch an dieser Stelle sehe ich eine klare Unterfinanzierung und dementsprechend einen eindeutigen Nachholbedarf. Die personelle Struktur im Sport des Landes Schleswig-Holstein ist sicherlich ein weiteres Thema für eine andere Debatte.

Der Bericht macht noch einmal deutlich, was man im Land schon lange weiß: Den **Schulen** kommt eine zentrale Bedeutung im **Breitensport** zu. In den Schulen sind zahlenmäßig die meisten Sportlerinnen und Sportler konzentriert. Es ist daher zu überlegen, wie die Schulen besser in die Sportstättenentwicklung integriert werden können. Das könnte in Arbeitsgruppen passieren oder gleich auf kommunaler Ebene, im Rathaus.

Von einer solchen Einbindung würden auch die Sportvereine profitieren, die sowohl eine bessere Auslastung ihrer Sportstätten erreichen als auch die Rekrutierung für ihre Vereine verbessern könnten. In kleineren Gemeinden ist die gute **Zusammenarbeit** schon gang und gäbe, sodass **Schulsport** und **Vereinssport** dort Hand in Hand arbeiten. Das wäre sicherlich auch für die größeren Städte ein Modell. Es stellt sich dann aber noch die Gretchenfrage, wie hier eine bessere Finanzierung der Sportstätten geleistet werden kann. Wir wissen alle, dass es immer gern ein bisschen mehr sein kann. Doch natürlich werden wir den Bedarf, der sich zum Beispiel bei der Sportstättenerhebung 2006 ergeben hat, nicht im Handumdrehen befriedigen können. 2006 ging man von einem Bedarf von 70 Millio-

nen € für die Sportstätten aus; weniger sind es sicherlich nicht geworden.

Nach unserer Auffassung müssen wir jedoch mindestens den Einstieg in eine verstärkte **Förderung** schaffen. Da gibt es viele Möglichkeiten. Da erscheint es zum Beispiel logisch, doch die Einnahmen zu berücksichtigen, die aus **Sportwetten** generiert werden. Somit würden mit Sportwetten auch Sportstätten finanziert werden können.

Doch auch Herr Kollege Dudda hat eben einen Vorschlag gemacht, wie man mit Aufschlägen auf Eintrittspreise möglicherweise Finanzierungsmöglichkeiten schaffen kann. Ob dieses gangbare Wege sind - Herr Kollege Kubicki sagte schon, das geht alles gar nicht -, das müssen wir noch sehen. Wir müssen uns in den Haushaltsberatungen genau ansehen, ob das geht. Aber auf jeden Fall, meine Damen und Herren, wissen wir, dass wir etwas tun müssen - daran führt kein Weg vorbei -, und wir werden deshalb auch etwas tun.

(Beifall SSW, SPD und Barbara Ostmeier [CDU])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich der Abgeordneten Katja Rathje-Hoffmann von der CDU-Fraktion das Wort.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Meine Damen und Herren! Sehr geehrtes Präsidium! Ich möchte neben den Investitionskosten in Höhe von 4,2 Milliarden € bundesweit - wie wir alle gehört haben - auch erwähnen, dass es 55 Millionen € im Land Schleswig-Holstein sind, dem auch ein Wirtschaftsfaktor gegenübersteht, den wir heute an dieser Stelle einmal genauer beleuchten sollten. Denn die Untersuchung der Universität Mainz 2012 hat ergeben - diese wurde vom Bundeswirtschaftsministerium bestätigt -, dass wir die Bruttowirtschaft des Sports als Wirtschaftsfaktor in Höhe von 90 Milliarden € jährlich hier wirklich einmal genauer beleuchten sollten. Es ist eine solche große Summe, die der Sport jährlich erwirtschaftet.

Der aktive Sportkonsum beträgt rund 80 Milliarden €, der passive Sportkonsum, also das Ticketing und so weiter, umfasst knapp 10 Milliarden € im Jahr.

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

(Katja Rathje-Hoffmann)

Jedes dritte Unternehmen unterstützt den Sport vor Ort, national sowie international, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Ich könnte diese Liste für Sie noch weiter erläutern, aber eins ist jetzt schon klar.

(Serpil Midyatli [SPD]: Sehr gern!)

- Ich mache mal weiter.

Zum Vergleich: Diese Kennzahl 90 Milliarden € bundesweit ist vergleichbar mit der Wirtschaft und der gesamten chemischen Industrie in Deutschland. Ich finde, dass dieses Untersuchungsergebnis viel zum Beitrag des Sports allein in seiner ökonomischen Bedeutung aussagt.

(Beifall CDU - Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

Wenn wir die Entwicklung des Sports auch mit allen seinen positiven gesundheitlichen und sozialen Effekten nicht über kurz oder lang gefährden wollen, dann dürfen wir den Sanierungsstau auf Landesebene nicht länger ignorieren, im Gegenteil: Wir müssen dafür sorgen, dass der Sport weiterhin viel erwirtschaftet. Wir müssen ihm das zurückgeben, was er als Grundlage benötigt, gute und funktionierende Sportstätten für unsere Kinder, für unsere Jugendlichen und für unsere Sportlerinnen und Sportler. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Deshalb schließe ich die Beratung. Es ist beantragt worden, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage, Drucksache 18/1951, federführend dem Innen- und Rechtsausschuss sowie mitberatend dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer dieser Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieses einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abschaffung von Anhalte- und Sichtkontrollen in Grenz- und „Gefahrengebieten“

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1995 (neu)

Das Wort zur Begründung wird offenbar nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Grundsatzberatung und erteile Herrn Abgeordneten Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir PIRATEN wollen die Ermächtigung zu verdachtslosen Jedermannkontrollen in Grenz- und Gefahrengebieten aus dem Gesetzbuch streichen, um unbescholtene und rechtstreue Bürger vor Kontrollen zu schützen, zu denen sie keinerlei Veranlassung gegeben haben.

(Beifall PIRATEN)

Seit jeher darf die Polizei dort einschreiten, wo eine **Gefahr droht**, natürlich auch anhalten und durchsuchen, wenn es zum Beispiel um die Entwaffnung gefährlicher Rockerbanden geht. Das ist gut und richtig. Aber kontrolliert werden dürfen nur Personen, die zumindest verdächtig sind, dass von ihnen eine Gefahr ausgeht. Nur an Orten, an denen die Begehung von Straftaten konkret zu erwarten ist, erlaubt das Gesetz herkömmlich die Kontrolle und Durchsuchung auch anderer, beliebiger Personen. Daran würde auch unser Gesetzentwurf nichts ändern.

(Beifall PIRATEN)

Nur: Seit den Terroranschlägen aus dem Jahr 2001 sind unsere **Bürgerrechte** in dramatischem Ausmaß weiter abgebaut worden. Hier in Schleswig-Holstein haben SPD und CDU im Jahr 2007 ein hoch umstrittenes **Anti-Terrorgesetz** eingeführt. Verdachtslose Anhalte- und Sichtkontrollen x-beliebiger Personen einschließlich Öffnen ihrer Fahrzeuge und Einsehen in ihre Kofferräume ohne irgendeinen Gefahrenverdacht sind gesetzlich erlaubt worden.

Wo polizeiliche Erkenntnisse - wie auch immer die zu verstehen sind - es rechtfertigen, darf seither ein Gebiet zum **Gefahrengebiet** erklärt werden. Aber auch in einem 30 km breiten Streifen entlang der dänischen Grenze und entlang der gesamten Küste unseres Landes sind sozusagen kraft Gesetzes Gefahrengebiete vorhanden. Das Ergebnis ist, was im Fernsehen schon auf einer Karte gezeigt worden ist, dass kaum noch ein Gebiet in Schleswig-Holstein nicht in diese Gefahrengebiete fällt und noch nicht zum Gefahrengebiet erklärt worden ist.

Dazu kann ich nur sagen: Wir PIRATEN akzeptieren nicht, dass weite Teile unseres Landes zum Gefahrengebiet und damit zu einer Sonderrechtszone

(Dr. Patrick Breyer)

erklärt werden, in der sich jeder Mensch Kontrollen gefallen lassen muss. Schleswig-Holstein ist kein Gefahrengbiet. Diese Kontrollzonen sind eine **Misstrauenserklärung** gegen ganze Regionen und gegen Millionen von Menschen, die darin leben. Das haben sie nicht verdient, und das nehmen wir PIRATEN auch nicht hin.

(Beifall PIRATEN, Dr. Heiner Garg [FDP] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Mit **Sicherheit** haben diese Sichtkontrollen überhaupt nichts zu tun. Dass auch nur einmal bei dieser Anhalte- und Sichtkontrollen auch nur eine Straftat verhindert worden wäre, mit der die Einrichtung dieser Gefahrengebiete begründet worden ist, hat der Innenminister auf unsere Anfrage nicht bestätigen können. Mehr noch: In mehreren polizeilichen Anordnungen zur Verlängerung von Gefahrengebieten, die uns seit gestern vorliegen, heißt es wörtlich - ich zitiere -: Bisherige Ermittlungsmaßnahmen und operative Maßnahmen haben nicht zum Erfolg geführt. Das heißt, in den Verlängerungsanordnungen bestätigt die Polizei selbst die **Wirksamlosigkeit** ihrer **Kontrollmaßnahmen**. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Ich will klarstellen: Niemand bestreitet, dass es Wohnungseinbruchsdiebstähle oder Rockerkriminalität gibt. Nur kommen Sie denen eben durch ungezielte Anhalte- und Sichtkontrollen nicht bei. Wenn Sie einen Nagel in die Wand schlagen wollen, brauchen Sie dazu einen Hammer. Eine Säge hilft Ihnen dazu nicht.

(Zuruf Olaf Schulze [SPD] - Birgit Herdejürgen [SPD]: Man kann das auch mit einer Säge machen!)

Deswegen wollen wir diese Säge aus dem Werkzeugkasten des Gesetzes herausnehmen.

Im Übrigen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, das dürfte zumindest Sie interessieren: **Jedermannkontrollen** zur Suche nach grenzüberschreitender Kriminalität, wie sie in diesem Gesetz zugelassen sind, leisten auch einem **Ethnic Profiling** Vorschub. Untersuchungen zeigen leider, wenn beliebige Personen kontrolliert werden dürfen und Menschen für solche Kontrollen herausgegriffen werden müssen, neigt man dazu, Menschen ethnischer Minderheiten herauszuziehen. Deshalb fordert unter anderem das Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung, die Initiative schwarzer Menschen in Deutschland und auch das Institut für Menschenrechte die Aufhebung solcher Ermächtigungen.

(Beifall PIRATEN, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei Einführung dieses Gesetzes haben auch Grüne und auch der SSW vehement gegen diese **anlasslosen Anhalte- und Sichtkontrollen** gestritten. Die heutige Justizministerin Anke Spoorendonk kritisierte Sicherheitsaktionismus und sagte, es werde einfach gesagt, ein bisschen mehr Überwachung trage zur Gefahrenabwehr bei. - Jetzt stehen Sie in der Verantwortung, es besser zu machen. Jetzt wird sich zeigen, ob eine rot-grün-blaue Koalition unsere **Freiheitsrechte** besser achtet als SPD und CDU.

Für uns PIRATEN ist Freiheit keine Gefahr und Privatsphäre keine Schutzlücke. Für uns ist Freiheit die Grundlage einer offenen und starken Zivilgesellschaft. Wir setzen auf Freiheit statt Angst. Deswegen müssen diese Gefahrengebiete weg.

(Beifall PIRATEN)

Geben Sie diese Sonderrechtszonen auf, und stellen Sie die Grundrechte wieder her.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abgeordneter Astrid Damerow das Wort.

(Zurufe Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Astrid Damerow [CDU]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussionen in den letzten Wochen und Monaten um die Gefahrengebiete und auch der Redebeitrag des Kollegen Breyer eben haben deutlich gezeigt, dass hier viel Populismus und eher weniger Sachlichkeit waltet.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Bei wem?)

- Herr Kubicki, in diesem Fall bei den Antragstellern. Ich weiß ja noch nicht, was Sie sagen werden.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU])

Der vorliegende Antrag der Fraktion der PIRATEN offenbart unserer Ansicht nach ein tiefes **Misstrauen** der Mitglieder ihrer Fraktion **gegenüber Polizei und Staat**.

(Zuruf Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Dahinter steht das ziemlich verquere Bild eines Staates, der unbescholtene Bürger ständig und ohne Grund in ihren Rechten beschneidet, eines Staates,

(Astrid Damerow)

der aus reinem Eigeninteresse willkürlich seine Bürger überwacht. Das ist das Bild, das Sie zeichnen.

(Zuruf Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Mit der Wirklichkeit hat Ihr Bild allerdings wenig zu tun. Wir reden hier über die sogenannten **Gefahrengebiete**. Wir reden über begrenzte Gebiete - Sie haben es eben ausgeführt -, in denen die Rechte der Polizei in geringem Maße ausgeweitet werden - und dies nicht nach Lust und Laune der Polizei, sondern nach Vorliegen bestimmter Tatbestandsmerkmale.

(Vereinzelter Beifall CDU - Wortmeldung
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Herr Breyer, ich lasse keine Zwischenfragen zu. - Wenn ein solches Gebiet über einen längeren Zeitraum aufrechterhalten werden soll, dann erfolgt eine **richterliche Prüfung**. Auch das haben Sie eben alles unter den Tisch gekehrt. Über welche ausgeweiteten Befugnisse reden wir denn, in denen die PIRATEN eine massive Einschränkung der Grundrechte sehen? - Wir reden über Anhalterrechte sowie das Recht zur Inaugenscheinnahme. Es stimmt: Das sind Grundrechtseingriffe.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Aha!)

Aber stellen wir gegenüber, aus welchen Gründen diese Rechte eingeschränkt beziehungsweise aus welchen Gründen Gefahrengebiete eingerichtet worden sind. Herr Dr. Breyer, Sie selbst haben dies in einer Kleinen Anfrage abgefragt. Hauptgrund für die Einrichtung war in bisherigen Fällen der Wohnungseinbruchdiebstahl, Rockerkriminalität und eine Vergewaltigungsserie.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Das bringt aber nichts!)

Das sind nun in keiner Weise irgendwelche Fälle von Kleinstkriminalität. Wenn wir von unserer Polizei erwarten, dass sie uns vor Kriminalität schützt, dann müssen wir ihr auch die Mittel in die Hand geben, um diese Aufgabe erfüllen zu können.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Indem Sie x-beliebige Autos anhalten?)

Die Ausweisung - um das jetzt einmal hier deutlich zu machen - von Gefahrengebieten dient der Verhinderung von Straftaten

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Nein, dient sie nicht!)

und damit zu dem Schutz unserer Bürger.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Funktioniert nicht!)

Sie zeichnen hier ständig ein völlig falsches Bild.

Die Begründung Ihres Antrags zeigt, dass hier reichlich Stimmungsmache im Vordergrund steht. Anders ist nicht zu erklären, dass Sie hier - Sie haben das eben wiederholt - behaupten, die Inaugenscheinnahme könne den gesellschaftlichen Status eines Betroffenen negativ beeinflussen. Mit dem Argument können Sie dann im Übrigen als nächstes auch die Verkehrskontrollen verbieten. Sie sprechen von Jedermannkontrollen, von Sonderrechtzonen und der Gefahr des Racial Profiling. Sie versuchen mit der Verwendung solcher Begriffe schlicht und ergreifend, den Menschen und unseren Bürgern Angst zu machen.

Sie tun im Grunde so, als sei Schleswig-Holstein ein **Polizeistaat**. Dieses, Herr Dr. Breyer, ist erstens Unsinn, und zweitens erwecken Sie den Eindruck von Polizeiwillkür. Drittens beleidigen Sie in der Ausformulierung Ihres Antrags unsere Polizistinnen und Polizisten. Wenn Sie in Ihrem Antrag wenigstens konstruktive Vorschläge gemacht hätten - -

(Zuruf Uli König [PIRATEN])

- Nein, alles, was Ihnen eingefallen ist, ist, der Polizei ein **wichtiges Mittel zur Verhinderung von Straftaten** zu nehmen.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Das bringt doch gar nichts!)

Es wäre für Sie vielleicht sehr hilfreich gewesen, wenn Sie an der Stelle einmal das Gespräch mit der **Polizeidirektion Ratzeburg** gesucht hätten.

(Beifall CDU - Zuruf Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Vielleicht können Sie das noch nachholen. Das dient dann vielleicht auch Ihrer Bewusstseinsweiterung. Denn wenn es nach Ihnen ginge, wäre unsere Polizei in bestimmten Fällen nahezu handlungsunfähig. Ich nehme nämlich an, dass, wenn Sie so weitermachen, Ihnen noch einiges andere einfällt, was Sie der Polizei demnächst an Befugnissen wegnehmen können.

Wir werden diesen Gesetzentwurf selbstverständlich, wie das Usus bei uns ist, im Ausschuss diskutieren. Ich sage Ihnen aber schon gleich: Wir sehen für uns relativ wenig Spielräume, hier zu einer Einigung zu kommen. Mit uns wird eine Schwächung der Befugnisse der Polizei, die die Sicherheit unserer Bürger gewährleistet, nicht zu machen sein.

(Astrid Damerow)

(Vereinzelter Beifall CDU)

Herr Kubicki, das ist nicht Quatsch. Wenn Sie sich einmal im Grenzraum umschaun, auch das hat der Kollege Dr. Breyer erwähnt, und sich dort einmal mit der Polizei unterhalten, wie viele Drogendealer-Schleuserbanden dort aufgegriffen werden, unter anderem durch das Mittel - -

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Dazu sind sie nicht da!)

- Ich weiß das. Sie haben doch aber eben den mangelnden Erfolg angemahnt.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Gemessen an dem Ziel der Maßnahme! - Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Ja, natürlich. Dann kommen wir doch einmal zur Prävention. Ich habe noch 9 Sekunden, 8, 7.

(Heiterkeit)

Wie wollen Sie denn tatsächlich nachweisen, dass Prävention wirkt. Sie wissen doch selbst genau, wenn Sie das abfragen, dass das extrem schwierig wird. Tun Sie mir bitte einen Gefallen, bevor wir das im Ausschuss diskutieren: Gehen Sie zur PD Ratzeburg, unterhalten Sie sich dort mit den Polizisten, wie sie in welcher Art und Weise ihre Rechte in diesem Gefahrengebiet umsetzen. Ich denke, Sie werden eine Menge lernen. Vielleicht tut das auch der Herr Kollege Kubicki, der mich jetzt gleich abwatscht. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und Christopher Vogt [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Abwatschen ist natürlich vollkommen unparlamentarisch, und wir sind ja hier keine Gefahrenzone.

(Zurufe CDU: Oh!)

Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abgeordneter Simone Lange das Wort.

Simone Lange [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren - nicht nur hier auf den Zuschauerrängen, sondern auch zu Hause. Ich weiß, dass jetzt auch viele zuschauen.

(Zurufe)

- Wenn das schon Aufregung auslöst, dann bin ich ja einmal gespannt.

Die PIRATEN machen ihrem Namen heute wieder alle Ehre. Sie haben sich ein Ziel auserkoren, die Flagge der Freiheit gehisst und nun: „Auf sie mit Gebrüll“,

(Beifall PIRATEN)

in der Hoffnung, wieder einmal einen Schatz gefunden zu haben. Ausgelöst durch die Diskussion - nehme ich einmal an, gesagt haben sie es noch nicht - der Gefahrengebiete in unserem Nachbarbundesland Hamburg haben sie das auch in Schleswig-Holstein thematisiert. Ich sage aber auch: Hamburg ist nicht Schleswig-Holstein.

(Zuruf Uli König [PIRATEN])

Sie begründen Ihren Antrag auf Streichung eines ganzen Instruments für die Landespolizei damit, dass Sie sagen, es darf keine **anlasslosen Jedermannkontrollen** in Schleswig-Holstein geben.

(Beifall PIRATEN)

Ich kann Sie beruhigen: Es gibt keine anlasslosen Jedermannkontrollen.

(Beifall Lars Harms [SSW] - Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Oh doch!)

Die Maßnahme der Einrichtung von **Gefahrengebieten** erfolgt in engen Grenzen, um Bürgerrechte auf der einen und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger auf der anderen Seite zu bewahren. Es reichen dabei eben auch keine umstrittenen Behauptungen aus, um zig Tausende von Bürgerinnen und Bürgern unter Generalverdacht zu stellen. Gefahrengebiete sind ein Instrument der **Gefahrenabwehr** für unsere Landespolizei, nämlich immer dann, wenn es um Straftaten von erheblicher Bedeutung mit Schadenspotenzial für höchste Rechtsgüter geht.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Nur dann dürfen in einem bestimmten geographischen Raum Anhalte- und Sichtkontrollen durchgeführt werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Für fünf Jahre!)

Die Einrichtung solcher Gefahrengebiete ist durch die Polizei schriftlich zu begründen, und sie muss eine auf Tatsachen gestützte Prognose darstellen können.

Im vergangenen Jahr hat es in ganz Schleswig-Holstein - und das zu Ihrer Behauptung, dass das Land ja quasi ein ganzes Gefahrengebiet sei - vier Gefahrengebiete gegeben, jeweils zeitlich befristet, näm-

(Simone Lange)

lich in Neumünster, Bad Segeberg, Itzehoe und Ratzeburg.

(Zuruf: Quadratkilometer Fläche, nicht Anzahl!)

- Doch.

Ich will neben den Zahlen, Daten und Fakten noch auf etwas anderes eingehen. Was ich in Ihrer Politik vermisste, ist, einen Faden zu haben, wie Sie eigentlich Innen- und Sicherheitspolitik sehen.

(Zuruf Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Bei der Fraktion der FDP weiß ich das. Insofern überrascht mich am Ende auch ihre Position dazu nicht.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Bei Ihnen vermisste ich das. Denn auf der einen Seite prangern Sie immer wieder Instrumente der Landespolizei an und wollen sie abschaffen. Ich erinnere nur daran, dass wir Ihrer Auffassung nach keine Videoüberwachung brauchen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Heute geht es um Gefahrenggebiete. Immer dann, wenn die Polizei zum Eingreifen Instrumente an der Hand hat, möchten Sie auf der einen Seite diese Instrumente verbieten. Auf der anderen Seite wollen Sie aber, dass wir am liebsten Personal aufstocken, weil wir mehr Polizeibeamte brauchen, um die Sicherheit in unserem Land zu gewährleisten. Nur brauche ich keine Polizeibeamten, die kein Instrument in der Hand haben. Das funktioniert nicht.

Für die SPD-Landtagsfraktion betone ich: Gute Innen- und Sicherheitspolitik in Schleswig-Holstein zeigt sich in einer guten Sicherheitsstrategie, die unseres Erachtens darauf ausgerichtet ist, Straftaten zu verhindern, also präventiv zu wirken und entsprechende Eingriffsinstrumente zur Verfügung zu stellen -

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine - -

Simone Lange [SPD]:

- Ich möchte meinen Satz zu Ende führen -, um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen und so gering wie möglich in den Schutzbereich hineinzuwirken. Denn es gibt ein Grundrecht auf Freiheit. Das ist gar keine Frage. Wie sieht es denn aber mit **Freiheitsbedürfnissen** und mit **Sicherheitsbedürfnissen** aus. Diese beiden stehen sich

gegenüber. Mit dem LVwG haben wir unserer Landespolizei ein gutes und ausgewogenes Instrument an die Hand gegeben, das in sich abgestuft ist und in dem die verschiedenen Instrumente aufeinander abgestimmt sind. Wenn Sie aus diesem Instrumentenkasten ein Instrument herausnehmen, müssen sie uns auch erklären, wie dann das ganze Konzert überhaupt noch funktionieren soll. - Ich bedanke mich und verzichte auf die Zwischenfrage.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Burkhard Peters das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist kein Geheimnis, dass wir Grünen den **verdachtsunabhängigen polizeilichen Maßnahmen**, wie sie seit 2007 in §§ 180 und 181 **Landesverwaltungsgesetz** niedergelegt sind, schon immer sehr kritisch gegenübergestanden haben.

Diese Maßnahmen sind unter dem Begriff der sogenannten Schleierfahndung bekannt geworden. Die Bezeichnung hat ihren Ursprung in einem Satz des ehemaligen CDU-Bundesinnenministers Manfred Kanther, der mit Fug und Recht als innenpolitischer Hardliner bezeichnet werden darf. Kanther sagte schon 1994: Es muss ein Sicherheitsschleier über das Land gelegt werden.

In Schleswig-Holstein kam es erst 2007 durch die Große Koalition zur Einführung. Seitdem ist es der Polizei erlaubt - das wurde schon dargelegt -, sowohl im öffentlichen Verkehrsraum zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten von erheblicher Bedeutung, in den sogenannten Gefahrenggebieten, als auch im Grenzgebiet, Personen kurzzeitig anzuhalten und mitgeführte Fahrzeuge einschließlich deren Kofferräume und Ladeflächen in Augenschein zu nehmen. Fällt dabei etwas Verdächtiges auf, können weitere Maßnahmen eingeleitet werden, also zum Beispiel Identitätsfeststellung, Festnahme, Einleitung einer Abschiebung.

Im Gegensatz zu Hamburg sind an die zeitweilige Anordnung von Gefahrenggebieten in unserem **Landesverwaltungsgesetz** aber relativ hohe **Hürden** niedergelegt. Das muss beachtet werden.

(Beifall Dr. Kai Dolgner [SPD], Simone Lange [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

(Burkhard Peters)

Sie dürfen nur von einer Leitungsebene der Polizei angeordnet werden und müssen mit schriftlichen Lageerkennnissen versehen werden. Nach immerhin 48 Tagen der Anordnung durch die Polizei greift ein Richtervorbehalt.

Das besondere an **Schleierfahndungsmaßnahmen** ist, dass sie verdachtsunabhängig gegenüber jeder Person in einem angeordneten Gefahrenbiet oder im Grenzgebiet durchgeführt werden können. Sie sind ohne Zweifel ein **Grundrechtseingriff** mit einer erheblichen Streubreite. Diese Vorfeldmaßnahmen der Polizei wurden in vielen Bundesländern erst im Zuge von 9/11 eingeführt und von Grünen schon immer kritisiert.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Uli König [PIRATEN])

Sie knüpfen nicht wie die klassischen Polizeieingriffe an eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung an oder an einen hinreichenden Strafverdacht, sondern können jeden Menschen betreffen, nur weil er sich gerade an einem bestimmten Ort aufhält.

Die Ermächtigung für Kontrollen im schleswig-holsteinischen Grenzgebiet ist deshalb besonders problematisch, weil sie permanent gilt und nicht nur eine 30-km-Zone an der direkten Grenze zu Dänemark umfasst. Sie gilt auch in einer Grenzzone von 30 km entlang aller Küsten, also Nord- und Ostsee. Von unserem schmalen Handtuch Schleswig-Holstein bleibt dann relativ wenig übrig, was nicht Gefahrengebiet ist.

(Unruhe)

Die EU-Kommission hat die Einführung dieser Grenzgebietskontrollen in Deutschland immer wieder kritisiert. Sie vermutet darin eine verdeckte Grenzkontrolle durch die Hintertür, was gegen den Geist der Grenzenlosigkeit in Europa verstößt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Aus unserer Sicht ist sie vor allem deswegen problematisch, weil sie dem sogenannten Racial Profiling der Polizei in Grenzgebieten Tür und Tor öffnet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Racial Profiling ist nach einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz nach Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 Grundgesetz nicht vereinbar.

Es hat uns auch hellhörig gemacht, dass in **Neumünster** seit über fünf Jahren ein **Gefahrengebiet** über das gesamte Stadtgebiet eingerichtet wurde, was mit Auseinandersetzungen zwischen den Hells Angels und den Bandidos begründet wird.

Auch die Intention der von den PIRATEN eingebrachten Gesetzesänderung, bei den sogenannten gefährlichen Orten gemäß § 181 Absatz 1 Nummer 1 a Landesverwaltungsgesetz die Hürde für die Anwendung höher zu setzen, sollte ernsthaft geprüft werden. Auch insoweit handelt es sich um eine verdachtsunabhängige Vorfeldkontrolle. Es lässt sich gut argumentieren, sie nicht an Orten anzuwenden, an denen gehäuft Bagatelldelicten begangen werden, sondern nur an solchen, bei denen Straftaten von erheblicher Bedeutung stattfinden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Die Gesetzesinitiative der PIRATEN gibt uns im Innen- und Rechtsausschuss die Möglichkeit, die grundsätzlich verfassungsrechtlich problematischen Vorschriften der Schleierfahndung in unserem Polizeirecht im Einzelnen zu überprüfen, insbesondere sieben Jahre nach ihrer Einführung eine Bilanz über ihre Wirksamkeit und Erforderlichkeit zu ziehen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der FDP hat der Abgeordnete Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! **Gefahrengebiete** in **Schleswig-Holstein** waren für uns bis vor Kurzem undenkbar. Anfang des Jahres wurde die Öffentlichkeit durch die in Hamburg errichteten Gefahrengebiete im Zuge der Ausschreitungen um die sogenannten Lampedusa-Flüchtlinge zum ersten Mal mit diesem Thema öffentlich konfrontiert. Im Mai dieses Jahres erreichten uns dann Meldungen, wonach es in Schleswig-Holstein ebenfalls Gefahrengebiete gibt - große Gebiete, zum Teil komplette Städte, und das seit geraumer Zeit.

Bestürzte Reaktionen aus dem Landeshaus folgten. Kollege Koch reagierte gegenüber dem „Hamburger Abendblatt“ vom 8. Mai 2014 vielsagend:

(Wolfgang Kubicki)

„Dass wir in einem polizeilich ausgewiesenen Gefahrengebiet wohnen, war mir bislang nicht bewusst ... Diese drastische Maßnahme beweist eindeutig, dass die Polizei mit ihrem bestehenden Personal nicht in der Lage ist, die Menschen ausreichend zu schützen.“

Frau Kollegin Damerow, das ist die Alternative: Mehr **Personal** bei der **Polizei** statt dauernd neue gesetzgeberische Initiativen zu ergreifen, deren Wirkungslosigkeit von vornherein feststehen,

(Beifall FDP und PIRATEN)

um zu kaschieren, dass die Ausdünnung des Personalapparats der Polizei die Maßnahmen überhaupt nicht möglich machen, die notwendig sind, um in den Gebieten präventiv tätig zu werden.

Herr Koch, die Landespolizei handelt und nutzt einen Spielraum, der auf eine **Reform** des **Polizei-rechts** zurückgeht, den die Fraktionen von CDU und SPD hier im **Jahr 2007** beschlossen haben. Sie mag in Ihren Augen drastisch sein, der Großteil Ihrer Fraktion aber dürfte das anders sehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, machen wir eine kleine Zeitreise zurück in die Jahre 2006 und 2007. Auf Initiative des damaligen Innenministers Dr. Ralf Stegner - damals noch nicht sechster stellvertretender Bundesvorsitzender und noch kein Linker, sondern eher ein Rechter - wurde das Polizeirecht modernisiert. Oder wie es der damalige Innenminister in seiner Rede am 22. Februar 2007 formulierte:

„Wir passen das Polizei- und Ordnungsrecht unseres Landes an den technischen Fortschritt und an die veränderten Bedrohungen an.“

Die heutige Justizministerin Spoorendonk äußerte sich in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung am 23. März 2006 wie folgt:

„Vielmehr wird, dadurch ein Überwachungsapparat in Gang gesetzt, wodurch der Polizei ... die Befugnis erteilt wird, Sicht- und Anhaltekontrollen im öffentlichen Verkehrsraum und im Grenzgebiet durchzuführen. Auf welcher Lagekenntnis diese Kontrollen stattfinden sollen, blieb bisher völlig unbeantwortet. Das führt aus unserer Sicht zu einer Jedermannkontrolle ohne festgelegte Kriterien, wodurch insbesondere unschuldige Bürgerinnen und Bürger belästigt werden.“

(Beifall FDP, PIRATEN und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In der zweiten Lesung am 22. Februar 2007 formulierte sie wie folgt:

„Hier wurde mehrfach gesagt, man müsse jetzt neue Methoden und insbesondere die Rasterfahndung und Schleierfahndung einführen. Es ist allerdings kein Beweis dafür gebracht worden, was diese neuen Verfahren zur Kriminalitätsbekämpfung beigetragen haben. Das sind schlicht und einfach Behauptungen.“

(Beifall FDP und PIRATEN)

Behauptungen sind es nach wie vor. Es liegen keine Erkenntnisse vor, wonach es irgendwelche **positiven Effekte** auf die Einbruchszahlen in den ausgewiesenen **Gefahrengebieten** gegeben hätte - im Gegenteil, die Zahlen steigen. Die Polizei sieht die ganze Aufregung verständlicherweise pragmatisch.

Rainer Wetzel von der Polizeidirektion Neumünster kommentierte die Aufregung am 13. Mai 2014 im „Hamburger Abendblatt“ wie folgt:

„Die Gefahrengebiete erleichtern den Kollegen die Arbeit.“

Das ist ja auch schon etwas, aber in einem Rechtsstaat muss man sich andere Fragen stellen als die, ob es die Polizeiarbeit erleichtert.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin weit davon entfernt, der Polizei einen Vorwurf zu machen. Sie wendet nur ein in Teilen - wie ich finde - miserables Gesetz an. Zugegeben handelt es sich bei dem hier angesprochenen § 180 Absatz 3 Landesverwaltungsgesetz um einen kleinen Teil der damaligen Anpassung, doch so manch einer in dieser Runde wird sich vielleicht noch an die fachliche Auseinandersetzung im Innen- und Rechtsausschuss erinnern.

Die **FDP-Fraktion** hatte im **Januar 2007** aufgrund der zahlreichen kritischen Stellungnahmen einen **Änderungsantrag**, Umdruck 16/1716, eingebracht, der unter anderem die Streichung des § 180 Absatz 3 LVwG vorsah, also den Vorschlag, den die PIRATEN nun in einem Gesetzentwurf auf den Weg gebracht haben. Man braucht kein Hellseher zu sein, um zu merken, dass die FDP-Fraktion diesen Gesetzentwurf selbstverständlich unterstützen wird.

(Beifall FDP und PIRATEN - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

(Wolfgang Kubicki)

- Herr Kollege Stegner, das ist in der Sache tatsächlich eine schöne Koalition. Wir koalieren in der Sache. Das verstehen Sie wahrscheinlich nicht, aber vielleicht kommen auch Sie noch einmal dahin.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Ich freue mich angesichts des damaligen Stimmungsbildes über Befürworter aus den Reihen der regierungstragenden Fraktionen. Ich bin sicher, dass wir bei der entsprechenden Anhörung im Ausschuss auch die Stellungnahmen unabhängiger Sachverständiger von außen einholen können, um festzustellen, dass vieles von dem, was Herr Dr. Breyer, dem ich sonst nicht immer zustimme, in seiner Rede ausgeführt hat, zutreffend ist und wir im Rahmen der prioritär freiheitsliebenden Auffassung unseres Grundgesetzes diesen Paragraphen streichen sollten. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Bevor wir weitermachen, bitte ich Sie, mit mir gemeinsam Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Elmschenhagen auf der Tribüne zu begrüßen. - Herzlich willkommen euch und Ihnen hier im Kieler Landtag!

(Beifall)

Nun hat Herr Abgeordneter Lars Harms für die Abgeordneten des SSW das Wort.

(Zurufe)

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der PIRATEN enthält viele Buchstaben und erstaunlicherweise auch Dinge, die sich widersprechen. Da ist in der Begründung davon die Rede, dass der Begriff „**erhebliche Straftaten**“ überhaupt nicht definiert sei und dieser Begriff somit für § 180 Absatz 3 Landesverwaltungsgesetz nicht herangezogen werden dürfe. Ich zitiere aus der Begründung der PIRATEN:

„Das Gesetz bestimmt nicht, was unter ‚Straftaten von erheblicher Bedeutung‘ ... zu verstehen sein soll.“

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung oder Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Lars Harms [SSW]:

Ja, obwohl ich bisher noch nichts Böses gesagt habe, aber gut, gern, auch wenn er noch gar nicht weiß, was ich will.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann hat jetzt Herr Dr. Breyer das Wort.

(Volker Dornquast [CDU]: Das nennt man „präventiv“! - Heiterkeit)

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Ich darf im Sinne der Gefahrenabwehr vorbeugend auf Folgendes hinweisen: Wie in unserem Gesetzentwurf ausgeführt, hat ein Landesverfassungsgerichtsurteil zu den sogenannten verdachtslosen Anhalte- und Sichtkontrollen gesagt, wenn deren Voraussetzungen definiert werden, müsse ein genauer Straftatenkatalog festgesetzt werden, und zwar deswegen, weil diese Befugnis so weit und anlasslos sei, während die Befugnis für Kontrollen an gefährlichen Orten, wo konkret Straftaten begangen werden, nicht so weit reiche, dass jedermann in einem gesamten Gebiet verdachtslos kontrolliert werden dürfe. So erklärt sich, dass man im einen Fall einen präziseren Straftatenkatalog braucht als im anderen Fall. Wären Sie bereit, den Unterschied zur Kenntnis zu nehmen?

Lars Harms [SSW]:

Nein, das wäre ich nicht. Wenn Sie mich ausreden lassen würden, würden Sie feststellen, dass Sie einmal sagen, dass der Begriff der erheblichen Straftaten nicht definiert sei, ihn danach allerdings für den nächsten § 181 nutzen wollen. Wie das zusammenhängt, werden Sie gleich hören, wenn ich meine Rede vortragen kann. Dann können wir uns danach darüber unterhalten, wie die verfassungsgerichtliche Rechtsprechung dazu ist. Auch darauf werde ich gleich eingehen. Dann haben wir intellektuell das Niveau erreicht, auf dem wir uns über die entsprechenden Inhalte unterhalten können.

(Zuruf)

- Ich nehme gern die zusätzliche Minute.

Also, noch einmal aus der Begründung der PIRATEN:

„Das Gesetz bestimmt nicht, was unter ‚Straftaten von erheblicher Bedeutung‘ ... zu verstehen sein soll.“

(Lars Harms)

Aber gleichzeitig fordern die PIRATEN die Aufnahme genau dieses Begriffes, der **erheblichen Straftat**, in § 181 Landesverwaltungsgesetz, um hier die ortsbezogenen Kontrollrechte einzuschränken. Zitat dazu aus der Begründung des Gesetzentwurfs der PIRATEN:

„Die Änderung bewirkt eine Einschränkung der ortsbezogenen Kontrollrechte auf jene Fälle, in denen Tatsachen den Schluss auf die Verabredung, Vorbereitung oder Verübung von Straftaten von erheblicher Bedeutung zulassen ...“

Dann zitieren Sie das Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen. Da fragt man sich dann schon, was das Ganze soll. Entweder schränkt die Bestimmung Maßnahmen ein - wovon ich ausgehe -, dann gilt § 180 Absatz 3 derzeit nur unter sehr guten Einschränkungen - was gut wäre, wo wir uns einig wären -, oder aber er tut es nicht, dann aber macht der zweite Vorschlag keinen Sinn, weil er keine Veränderung herbeiführt.

Das **Bundesverfassungsgericht** - da sind wir in dieser Liga - hat im Übrigen am 14. Dezember 2000 eine **Definition** vorgenommen. Hiernach sind Straftaten von besonderer Bedeutung insbesondere Verbrechen sowie schwerwiegende Vergehen, für die allgemein folgende drei Kriterien herangezogen werden: Die Tat muss mindestens dem Bereich der mittleren Kriminalität zuzuordnen sein, also mit einem Strafraum von mindestens drei Jahren versehen sein, sie muss den Rechtsfrieden empfindlich stören, und sie muss dazu geeignet sein, das Gefühl der Rechtssicherheit der Bevölkerung erheblich zu beeinträchtigen. Dann macht das Bundesverfassungsgericht noch eine Einschränkung: Maßgebend ist nicht eine abstrakte, sondern eine konkrete Betrachtung nach Art und Schwere der Tat im Einzelfall. Es gibt also durchaus eine Einzelfallbetrachtung.

Das sind erhebliche Einschränkungen für die Durchführung von Sichtkontrollen von Fahrzeugen. Vor dem Hintergrund der **Abwägung von Grundrechten** schließen wir uns der Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes an. Damit hat der SSW hier eine andere Auffassung als die PIRATEN, die diese Rechtsauffassung des Bundesverfassungsgerichts anscheinend nicht teilen.

Im Übrigen will ich auch darauf hinweisen, dass diese Rechtsauffassung schon mehrfach in die Gesetzgebung des Bundes eingeflossen ist, sodass man auch hier sagen kann, dass die Rechtsetzung dieses Urteil des Bundesverfassungsgerichts schon lange

nachvollzogen hat - nur eben die PIRATEN nicht. § 180 Absatz 3 ersatzlos zu streichen, ist somit auch aus Respekt vor dem Bundesverfassungsgericht keine Option.

Allerdings stellt sich schon die Frage, ob die breite Bevölkerung noch besser **über staatliche Maßnahmen** in diesem Bereich **informiert** werden sollte. Grundsätzlich könnte man darüber diskutieren, ob es angebracht wäre, nach Beendigung der Maßnahme die Bevölkerung über die Maßnahme zu informieren. So könnte man gewährleisten, dass auch landesweit über die Einrichtung und den zeitlichen Umfang von solchen Maßnahmen informiert würde. Dies könnte zumindest eine Einschätzung darüber ermöglichen - sie ist derzeit nämlich noch nicht möglich -, wie intensiv und mit welchen Begründungen solche Maßnahmen durchgeführt werden. Das wissen wir nämlich alle noch nicht. Ich könnte mir vorstellen, dass eine nachträgliche Information zu einer erhöhten Transparenz beitragen könnte. Erst wenn man diese Transparenz hat, ist man in der Lage, inhaltlich darüber zu diskutieren, ob bestimmte Maßnahmen zu bestimmten Zeitpunkten mit bestimmten Begründungen sinnvoll waren.

Noch ein letztes Wort zum Vorschlag der PIRATEN zu § 181 LVwG. Dort geht es um die **Identitätsfeststellung von Personen** an verdächtigen Orten. Dieser Paragraph bezieht sich nicht nur auf § 180 Absatz 3 LVwG, also die Kontrollen aufgrund von Gefahrengebieten, sondern auch auf alle anderen Bestimmungen. Dabei geht es allgemein um die Gefahrenabwehr. Stichwort ist hier § 164 StGB. Wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür sprechen, dass eine Straftat geplant wird, dann sollen Personen laut PIRATEN die Angabe der Identität verweigern können mit dem Hinweis, dass die mögliche Straftat keine erhebliche Straftat sei. Denn das ist die Einschränkung, die die PIRATEN neu für die Zulassung einer Identitätsfeststellung an verdächtigen Orten einführen wollen. Ich habe Bedenken, ob diese Beschränkung a) für die Polizei praktikabel ist und ob b) die Rechte potentieller Opfer noch geschützt sind.

Es gibt nämlich auch Straftaten unterhalb der Erheblichkeit, bei denen Bürger vor Straftaten geschützt werden müssen. Das wird in diesem Paragraphen geregelt. Bei dieser Frage zwischen einzelnen Straftaten unterscheiden zu wollen, ist - glaube ich - sehr schwierig. Deshalb sehen wir diesen Vorschlag kritisch. Es geht ja gerade darum, mit solchen Maßnahmen Straftaten aller Art zu verhindern. Sie müssen demjenigen, der mit einer Straftat

(Lars Harms)

bedroht ist, die unterhalb der erheblichen Bedeutung liegt, erklären, warum dieser Person nicht geholfen werden soll, wenn sie von einer Straftat bedroht ist, anderen Personen jedoch, die einer Straftat von erheblicher Bedeutung ausgesetzt sind, aber schon.

Alles in allem sehen Sie, dass der Vorschlag - milde formuliert - nicht zielführend ist. Wir werden ihn natürlich im Ausschuss beraten. Ich glaube, es ist so wie üblicherweise bei den PIRATEN: Es ist gut gemeint, man will etwas Gutes für die Bürger tun, aber das, was wir auf dem Papier stehen haben, ist in sich nicht konkludent und enthält schwere Fehler.

(Beifall SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung erteile ich Minister Andreas Breitner das Wort.

Andreas Breitner, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der aktuelle Antrag der Piratenfraktion, deren öffentliche Äußerungen aus der Vergangenheit und Gegenwart und ihre destruktive Dauerkritik an nahezu allem und jedem, was die Polizei in diesem Land in Anwendung geltenden Rechts tut, wirft für mich die Frage nach dem **Grundverständnis** von **Polizeiarbeit** in einem kleinen Teil dieses Parlamentes auf - oder, Herr Dr. Breyer, wenn ich Sie angucke, nur in einem bestimmten kleinen Teil des Parlamentes.

Polizei wird dabei nicht als Garant, sondern als latente Bedrohung der Freiheit angesehen. Hört man Ihren Argumenten zu, dann sind es nicht Einbrecher, Vergewaltiger, gewalttätige Rocker und andere Kriminelle, die die Sicherheit der Bürger gefährden. Es ist stattdessen die Polizei, die nur ein Ziel hat: die Freiheit von Menschen zu beschränken.

Man könnte meinen, die 6.600 Schutz- und Kriminalpolizisten in diesem Land beginnen jeden Tag ihren Dienst mit der Überlegung, wen man denn heute wieder einmal überwachen, festnehmen und einschüchtern könnte.

Wenn ich den Antrag der PIRATEN lese, dann frage ich mich: Wollen Sie nur noch eine Notrufpolizei, die darauf wartet, dass ein Bürger über die Rufnummer 110 um Hilfe bittet, weil er in Gefahr ist, eine Gefahr, in die er vielleicht gar nicht erst gekommen wäre, wenn die Polizei rechtzeitig **Gefahrenabwehr** betrieben hätte?

(Zuruf Uli König [PIRATEN])

Wollen Sie eine Polizei, die so lange wartet, bis eine Straftat erst begangen wurde? Wollen Sie eine Polizei, Herr Dr. Breyer, die auf Gefahrenabwehr verzichtet?

Ich bin sicher, dass Sie beides wollen, eine Polizei, die Straftäter ermittelt und Gefahren verhindert. Wenn Sie das aber wollen, dann geben Sie Ihre Absicht auf, der Polizei in diesem Land die **Instrumente** aus der Hand zu nehmen, die sie braucht, um die Aufgaben der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung zu erfüllen - wie Videoüberwachung, Funkzellenabfrage, Handyortung oder eben Gefahrengebiete.

(Uli König [PIRATEN]: Brauchen Sie nicht!)

Hören Sie damit auf, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu vermitteln, in diesem Land Schleswig-Holstein seien Polizeibeamte vor allem mit den Zielen unterwegs, Menschen wahllos anzuhalten, wahllos zu kontrollieren und wahllos zu diskriminieren.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Alle von Ihnen gebrandmarkten Instrumente sind rechtsstaatlich erlaubt und sachlich geboten.

(Beifall Volker Dornquast [CDU])

Sie haben für Ihre Thesen der missbräuchlichen Verwendung von Ermächtigungsgrundlagen keine Beweise, nicht einmal Indizien. Sie arbeiten mit Unterstellungen, Verdächtigungen und pauschalen Behauptungen.

(Wortmeldung Sven Krumbeck [PIRATEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Minister, lassen Sie - -

Andreas Breitner, Innenminister:

Ich lasse keine Fragen zu, Frau Präsidentin. - Nicht die **Eingriffsbefugnisse** der Polizei sind unverhältnismäßig, politische Forderungen wie in diesem Antrag sind maßlos und grundlos.

Nicht die PIRATEN sind der Maßstab oder die „letzte Instanz“, die über Recht oder Unrecht entscheidet. Das sind bei uns in Deutschland die Verfassungsgerichte.

(Beifall SPD, CDU und SSW)

(Minister Andreas Breitner)

Innen- und sicherheitspolitisch geht es im Bund und bei uns hier in Schleswig-Holstein immer wieder um die Frage der polizeilichen Eingriffsbefugnisse oder, allgemeinverständlich gesagt: Was darf die Polizei? Was muss die Polizei dürfen? Und was darf die Polizei nicht?

Diese Fragen sind keinesfalls lästig. Sie müssen in einem demokratischen Rechtsstaat gestellt, diskutiert und verfassungskonform entschieden werden. Da bin ich ganz bei Ihnen, Herr Abgeordneter Kubicki.

Anders ist es aber mit Ihren immer wiederkehrenden stereotypen und reflexartigen Reaktionen auf berechtigte Hinweise der Polizei und anderer Sicherheitsfachleute auf instrumentelle Defizite und Schwachstellen bei der Bekämpfung der Kriminalität und Abwehr von Gefahren, deren Erscheinungsformen sich naturgemäß technisch rasant verändern.

Kaum ist die Forderung nach Bestandsdatenauskünften, Funkzellenabfragen oder Videoüberwachung und jetzt aktuell nach der Einrichtung von Gefahrengebieten erhoben, gibt es bereits die ersten Warnungen vor dem Überwachungsstaat, vor Missbrauch gesetzlicher Befugnisse durch die Polizei und vor einer vermeintlichen Einschränkung von Bürgerrechten. Was für eine verkehrte Welt!

In einer verkehrten Welt leben wir, weil viele selbsternannte Hüter von Rechtsstaat und Datenschutz so argumentieren, als gehe die Gefahr für die Freiheit der Bürger von der Polizei aus, also von einem in die Rechtspflege eingebundenen Organ des Rechtsstaats. Herr Dr. Breyer, auch wenn in Kapitel 1 der Anleitung für einen erfolgreichen Piraten steht: Misstrauere und verdächtige stets die Polizei, nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Die **Landespolizei Schleswig-Holstein** hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einer **Bürgerpolizei** im besten Sinne des Wortes entwickelt.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt CDU)

Das Ansehen unserer Polizei bei den Menschen in diesem Land ist sehr hoch. Die Bürgerinnen und Bürger wissen: Die Landespolizei Schleswig-Holstein schützt sie durch verantwortungsvolles, mutiges und deeskalierendes Handeln. Ihr Vorgehen ist dabei jederzeit Ausdruck der Rechtsstaatlichkeit unserer Gesellschaft. Es ist daher in höchstem Maß ungerecht, gerade die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte der schleswig-holsteinischen Landespolizei permanent unter den Generalverdacht zu stellen, ihre Befugnisse und Instrumente missbräuchlich einzusetzen.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt CDU)

Unsere Polizei will vom Gesetzgeber nichts, was mit der Verfassung nicht im Einklang steht. Die **Polizei** erwartet lediglich, die **Instrumente** an die Hand zu bekommen, die sie zwingend braucht, um ihren Auftrag zu erfüllen. Der Auftrag heißt, die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger gegen die Feinde der Freiheit zu verteidigen. Die Polizei schützt Recht und Gesetz. Sie schafft erst jenen Raum an Sicherheit, in dem Menschen ihre Grundrechte ungestört in Anspruch nehmen können. Die Polizei ist Garant des Rechtsstaats und nicht dessen Gefährder.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt CDU)

Ich kämpfe für einen **Paradigmenwechsel** in einem Teil der öffentlichen Diskussion über Fragen der **inneren Sicherheit**: Während die Polizei stets aufs Neue begründen muss und auch begründen kann, warum diese oder jene Regelung zur Bekämpfung bestimmter Formen von Kriminalität erforderlich ist, können die notorischen Neinsager ihre teilweise abenteuerlichen Behauptungen so in den Raum stellen, ohne dass jemand nachfragt, ob diese Kritik tatsächlich der Sache gerecht wird. Der Paradigmenwechsel besteht darin, dass nicht mehr die Polizei allein begründungspflichtig ist. Auch diejenigen, die der Polizei oft seit Jahrzehnten gewährte Teile ihres Instrumentenkastens plötzlich streitig machen, müssen gezwungen werden, den Bürgern dieses Landes zu sagen, auf welche andere Weise Kriminalität in diesem Land bekämpft werden soll.

Es gibt keinen Artikel null im Grundgesetz, der das **Recht auf informationelle Selbstbestimmung** als alles überwölbendes Grundrecht festschreibt. Es gibt in der Gesellschaft kein absolutes Recht einzelner, überall und zu jeder Zeit von polizeilichem Handeln unbehelligt zu bleiben.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Minister - -

Andreas Breitner, Innenminister:

Nein, ich lasse keine Zwischenfragen zu. - Zum Glück, sage ich. Es wäre ja noch schöner, wenn es so wäre, und zwar für Kriminelle. Soziale Teilhabe ohne soziale Bindung ist undenkbar. Die hohen Güter der Freiheit und der informationellen Selbstbestimmung können nicht absolut gelten. Das wäre nämlich die Freiheit der Starken und der Rücksichtslosen. Schrankenlos gewährte Freiheit aber schlägt in ihr Gegenteil um, sie verkommt zu einer

(Minister Andreas Breitner)

Freiheit, in der die Stärkeren die Maßstäbe bestimmen.

(Beifall Bernd Heinemann [SPD], Volker Dornquast [CDU] und Lars Harms [SSW])

Oder einfacher gesagt: Das wäre eine Welt der Piraten, und zwar jener, die bis heute immer noch auf Teilen der Weltmeere ihr Unwesen treiben. Selbstverständlich habe ich nur die gemeint. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, SSW, Volker Dornquast [CDU] und Petra Nicolaisen [CDU])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer von der Piratenfraktion das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das, was wir heute hier hören mussten, insbesondere das, was der Herr Innenminister hier gesagt hat, setzte dem die Krone auf, ist kompletter Irrsinn.

(Zuruf Volker Dornquast [CDU]: Das war sehr gut!)

Das ist kompletter Irrsinn.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN und Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Breitner, Sie haben sich mit dem, was Sie gesagt haben, komplett vom Grundgesetz und den zugrundeliegenden Gedanken verabschiedet. Herr Jefferson, der ehemalige US-Präsident hat gesagt: **Misstrauen** lässt uns **Sicherungsvorschriften** in die Verfassung aufnehmen. Der Grundgedanke der Verfassung und der Grundrechte ist die Erfahrung, die man mit einem Missbrauch staatlicher Gewalt gemacht hat. Sie sind begründungspflichtig, wenn Sie unsere Grundrechte einschränken wollen. Wir müssen doch nicht erklären, warum wir Ermächtigungen aufheben wollen. Sie stellen die Sache auf den Kopf.

Ja, wir wollen **Gefahrenabwehr**. Es geht uns aber um die Abwehr tatsächlicher Gefahren und nicht von Ihnen vorgestellter Gefahren. Deshalb brauchen wir diese Befugnis zu Gefahrengebieten nicht.

(Beifall PIRATEN und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frau Kollegin Damerow, Sie haben gesagt, es gehe um begrenzte Gebiete.

(Abgeordneter Dr. Breyer hält eine Karte hoch)

- Schauen Sie sich diese Karte an. Ist das ein begrenztes Gebiet? Das ist ein Gebiet, bei dem kaum noch etwas von Schleswig-Holstein übrig ist, das kein Gebiet für eine anlasslose Sicht- und Anhaltekontrolle ist. Das ist kein begrenztes Gebiet. Es ist keine Beleidigung von Polizeibeamten, wenn wir sagen: Der Gesetzgeber hat ein schlechtes und falsches Gesetz gemacht, das verfassungswidrig und untauglich ist. Sie reden von der Polizei. Die Wahrheit ist doch, dass in den letzten Jahren und Jahrzehnten in Deutschland **Polizeistellen** abgebaut worden sind. Bei der Polizei wurden Tausende von Stellen abgebaut. Gleichzeitig haben Sie die **Überwachungsbefugnisse** immer weiter ausgebaut. Sicherheit ist für uns PIRATEN eben auch Sicherheit vor willkürlichen Kontrollen ohne Anlass. Das gehört für uns auch zur Sicherheit.

Ich rede sehr gern mit der Polizeidirektion Ratzeburg. Ich lese auch ihre Anordnungen. Ich sage aber: Allein, dass bei zufälligen Kontrollen irgendein Beifang gefunden wird, rechtfertigt es nicht, beliebige Bürger anzuhalten und zu kontrollieren. Sonst könnten wir der Polizei auch jederzeit erlauben, unsere Wohnungen zu stürmen und Razzien durchzuführen. Ich bin sicher, dabei würden sie fündig werden und zum Beispiel Drogen finden. Das wollen wir nicht. Wir wollen keine Sicherheit durch ständige Polizeikontrollen bei uns.

(Beifall PIRATEN und Christopher Vogt [FDP])

Ja, Frau Kollegin Lange, uns fällt noch einiges ein, was man abschaffen und ändern müsste. Wir wollen nämlich ein **Freiheitspaket**, das alle unnützen und exzessiven Befugnisse der letzten Jahre abschafft, die im Zuge des Antiterrorwahns eingeführt worden sind. Wir haben ein **Sicherheitskonzept**, das können Sie in unserem Wahlprogramm nachlesen. Wir wollen wegen des historischen Erbes an unseren Freiheitsrechten und im Sinne der effizienten Polizeiarbeit auf verdachtslose und massenhafte Datenüberwachung und Kontrollmaßnahmen verzichten und uns stattdessen auf das konzentrieren, was funktioniert, nämlich auf gezielte Maßnahmen.

(Beifall PIRATEN)

Zum **Instrumentenkasten** kann ich nur sagen: In Nordrhein-Westfalen gab es dieses Instrument der Polizei noch nie. Das Bundesverfassungsgericht hat

(Dr. Patrick Breyer)

Ihren Instrumentenkasten sowieso schon zusammengestutzt und die verfassungswidrige Befugnis zum Kfz-Markenabgleich aus dem Instrumentenkasten gestrichen. Der damalige Innenminister Lothar Hay hat dazu zutreffend gesagt, das Kennzeichen-Scanning habe sich als ein ungeeignetes Instrument zur Gefahrenabwehr erwiesen, es binde Personal, das an anderen Stellen sinnvoller für operative Polizeiarbeit eingesetzt werden könne. Genauso ist es mit den Gefahrgebieten.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Mein letzter Satz dazu: Sollten Sie nicht dazu bereit sein, im Gesetzgebungsverfahren diesen Sonderrechtszonen ein Ende zu setzen, bieten wir allen Fraktionen, den Grünen und auch der FDP-Fraktion, ausdrücklich an, dieses Gesetz vom Verfassungsgericht überprüfen zu lassen. Ich glaube, es wird vor unseren Grundrechten keinen Bestand haben.

(Beifall PIRATEN - Angelika Beer [PIRATEN]: Das fordert Amnesty auch!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Stegner von der SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! **Eingriffe** in die **Freiheitsrechte** der Bürger müssen immer besonders gerechtfertigt werden. Je tiefer der Eingriff, umso höher muss die Hürde sein. Das ist die Maxime, die wir - so glaube ich - hier in diesem Hause alle miteinander teilen. Zum Rechtsstaat gehört übrigens auch, dass sich Polizisten dann, wenn sie sich Fehlverhalten, dafür - wie in jedem anderen Bereich auch - zu rechtfertigen haben. Gelegentlich, wie zum Beispiel bei der Aufarbeitung der unseligen Mordserie der NSU, merken wir, dass es nötig ist, parlamentarische Kontrollen zu verstärken oder andere Prozesse einzuhalten. All das ist unbestritten.

Im Übrigen haben wir gerade in Schleswig-Holstein gemerkt, warum das eigentlich so ist, was der Herr Innenminister zu Recht festgestellt hat, nämlich dass wir eine **Bürgerpolizei** haben, die ein gu-

tes Ansehen hat. Warum hat sie ein gutes Ansehen? - Sie hat dieses gute Ansehen, weil wir genau diese Grundsätze zugrunde gelegt und sie so entwickelt haben, und zwar bei dem, was mit den Führungskräften geschieht und auch in der Frage, wie man damit insgesamt umgeht. Jetzt hier in einer Art und Weise aufzutreten, als seien ausgerechnet die PIRATEN die Hüter der Freiheit, die anderen erklären müssten, was Freiheit ist, weise ich zurück. Das ist lachhaft, das ist anmaßend.

(Beifall Simone Lange [SPD], Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Lernen Sie einmal parlamentarische Gebräuchlichkeiten. Mit denen tun Sie sich - wie man hier manchmal merken kann - schwer. Es ist ausgesprochen anmaßend, wie Sie hier auftreten. Ich finde, dass muss man sich von demokratischen Parteien nicht bieten lassen, die sehr wohl wissen, dass die Freiheitsrechte zu achten sind.

(Zurufe PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter - -

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ich rede von seinem Tonfall und von den Dingen, die hier vorgeworfen werden, nämlich der Innenminister verletzt hier die Grundrechte. Das ist Quatsch, das ist großer Unsinn. Das müssen wir uns hier nicht bieten lassen.

(Zurufe PIRATEN)

Lassen Sie mich noch auf etwas anderes hinweisen. Die Behauptung, die der Kollege Kubicki vorhin erhoben hat, wir machten ständig **neue Gesetze**, ist doch falsch. Das Gesetz stammt aus dem Jahre 2007, und wir schreiben jetzt das Jahr 2014, wenn ich das richtig sehe. Wo also machen wir dauernd Gesetze? Das stimmt also überhaupt nicht.

Ein Letztes: Natürlich ist das immer eine **Abwägungsfrage**. Die Opfer von Kriminalität sind in der Regel nicht die Starken, das sind nicht diejenigen, die viel Geld haben und die stark sind, sondern es sind Schwache. Auch die wollen mit rechtsstaatlichen Methoden geschützt werden.

In der Tat hat der Innenminister völlig recht, wenn er sagt, es gebe eine Instanz, die das zu beurteilen habe, und das sei das **Bundesverfassungsgericht** beziehungsweise das Landesverfassungsgericht, das

(Dr. Ralf Stegner)

diese Norm überprüft. Das sind die richtigen Instanzen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten König?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Bitte sehr.

Uli König [PIRATEN]: Herr Stegner, wenn Sie der Meinung sind, dass das Ansehen der Polizei so groß ist, auch wenn man alles kennt, was die Polizei so macht und was sie im Instrumentenkasten hat, warum hat dann niemand PRO AKTIV darüber informiert, das wir hier in Schleswig-Holstein Gefahrengebiete haben, Schleswig-Holstein also ein Gefahrengebiet ist und Herr Koch nicht einmal weiß, das er in einem Gefahrengebiet wohnt?

(Zuruf SPD: Das ist so schwach ausgeprägt, dass er das nicht einmal gemerkt hat! - Heiterkeit)

- Ich kann nicht finden, jedenfalls nicht aus dem, was mir bisher zur Kenntnis gelangt ist, dass die **Polizei** ihre **Befugnisse** in Schleswig-Holstein missbraucht hätte, schon gleich gar nicht systematisch. Davon ist mir nichts bekannt. Selbstverständlich werden Probleme, wenn es denn welche gibt, im Ausschuss diskutiert, wie sich das übrigens auch gehört. Man kann ja durchaus über Transparenz reden und über die Frage, ob man an bestimmten Stellen stärker informiert. Aber diese pauschalen und mit einem riesen Pathos vorgetragenen Äußerungen, als seien wir ein Überwachungsstaat und Orwell sei sozusagen übertroffen worden, treffen überhaupt nicht zu. Wir haben im Augenblick ganz andere Probleme, wenn ich zum Beispiel an den NSA-Skandal denke. Aber dies der schleswig-holsteinischen Polizei zu unterstellen und dem Innenminister hier über das Mikrofon zu sagen, er tue das Gegenteil dessen, was im Grundgesetz stehe, ist einfach lachhaft. Das weise ich zurück, das ist anmaßend von den PIRATEN; denn das hat mit der Wirklichkeit in Schleswig-Holstein nichts zu tun.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten König?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Bitte schön. Ich habe ja immer die Hoffnung, dass er klüger wird, wenn man ihm antwortet.

Uli König [PIRATEN]: Herr Stegner, auch ich habe die Hoffnung, dass Sie klüger werden.

Was den NSA-Skandal angeht, muss ich Ihnen sagen, dass ich in dieser Angelegenheit unter anderem auch von Ihnen schwer enttäuscht bin, weil Sie in dieser Sache nichts unternehmen. Aber darum geht es hier gerade nicht. Hier geht es um die Frage, warum die **Gefahrengebiete** nicht vorher öffentlich gemacht worden sind, als sie eingeführt worden sind.

Es geht hier auch nicht um Ihre Einschätzung, ob die Gefahrengebiete gut oder schlimm sind oder ob das ein Eingriff ist, sondern es geht um die Frage: Warum hat sich hier niemand getraut, diese Gefahrengebiete öffentlich zu machen und die Bürger darüber entscheiden zu lassen? Wenn Herr Koch wüsste, dass er in einem solchen Gefahrengebiet wohnt, dann hätte er sich wahrscheinlich anders verhalten. Aber er wusste es ja nicht mal.

(Lachen bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Herr König, ich weiß nicht, wie sich der Herr Abgeordnete Koch verhält, wenn er sich nicht in diesem Plenarsaal befindet. Darüber will ich auch nicht richten. Aber ich bedaure zutiefst, dass wir nicht den gleichen Einfluss auf die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika haben wie die Piratenfraktion in diesem Hause. Insofern ist das in der Tat wahr. Der NSA-Skandal kann nicht dadurch gelöst werden, dass wir eine Resolution des Schleswig-Holsteinischen Landtages beschließen. Ich bin jedenfalls dafür, dass massenhafte Untersuchungen von Daten von Bürgern und Einschränkungen von Bürgerrechten nicht stattfinden dürfen. Wir haben uns sehr deutlich zu Wort gemeldet, was das Thema **NSA-Skandal** angeht. Alles, was Sie hier vortragen, zeigt nur, dass Sie keine Sachkenntnis haben, dass Sie keine Belege haben, sondern hier nur pauschale Verdächtigungen erheben.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Herr König, Sie können fragen, wie Sie wollen. Aber erlauben Sie mir bitte, dann auch so zu antworten, wie ich antworten möchte. Im Übrigen entspricht das auch einem guten Umgang miteinander.

(Dr. Ralf Stegner)

Sie stellen hier manchmal Fragen, bei denen es bereits eine Höflichkeit ist, solche Fragen überhaupt zuzulassen. Das tue ich hier, weil ich immer noch die Hoffnung habe, eine gewisse Vernunft - dies, Herr Arp, weil Sie eben dazwischengerufen haben - ist auch bei Herrn König vorhanden. Aber sicher bin ich mir darüber nicht.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Patrick Breyer?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Bitte schön.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Dr. Stegner, Sie haben darauf hingewiesen, dass letztlich das Bundesverfassungsgericht entscheiden würde. Das ist natürlich richtig. Das Bundesverfassungsgericht hat schon einmal in einem Fall entschieden, und zwar in dem Fall der Befugnis zum anlasslosen Massenabgleich von Kfz-Kennzeichen. Damals haben in dem Gesetzgebungsverfahren verschiedene Sachverständige, unter anderem auch meine Wenigkeit, darauf hingewiesen, dass dieses Gesetz verfassungswidrig sei. Sie haben das ignoriert, und das Gesetz ist vom Verfassungsgericht aufgehoben worden. Haben Sie für diese Befugnis, über die wir heute reden, etwas daraus gelernt?

- Ich bezweifle ganz stark, dass das Bundesverfassungsgericht von der Argumentation des Herrn Dr. Breyer aus Schleswig-Holstein so überzeugt war, dass es deshalb ein solches Urteil gesprochen hat. Das glaube ich ganz bestimmt nicht. Es würde mich sehr wundern, wenn das so wäre.

Und ja, in der Tat kommt es gelegentlich vor, dass das **Bundesverfassungsgericht** zu anderen Urteilen kommt, als dass diese unseren Gesetzen entsprechen. Es gibt aber auch den umgekehrten Fall. Ich habe mich als Innenminister damals in der Innenministerkonferenz, in der das Prinzip der Einstimmigkeit herrscht, gegen den Entwurf eines liberalen Innenministers aus Nordrhein-Westfalen - ein FDP-Mitglied -, das die Einführung von Trojanern wollte, gewandt. Das Bundesverfassungsgericht ist damals unserer Einschätzung gefolgt. Manchmal ist es so, manchmal ist es anders. Wenn Sie vom Bundesverfassungsgericht immer recht bekommen, dann herzlichen Glückwunsch, dann ist das gut so. Aber ich bezweifle wirklich sehr, dass es Ihre über-

zeugende Argumentation war, die dazu geführt hat. Das Bundesverfassungsgericht entscheidet in der Tat. Manchmal gefallen einem die Urteile, manchmal gefallen sie einem nicht. Aber gut ist, dass es nicht die Piratenfraktion ist, die darüber entscheidet, sondern das Bundesverfassungsgericht. Das finde ich gut, und dabei sollte es auch bleiben.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege Dr. Breyer, möchten Sie eine weitere Bemerkung machen? - Ja. Dann habe ich die Geste von Herrn Dr. Stegner so verstanden, dass er auch diese zulassen möchte.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Dr. Stegner, ich lege doch Wert auf die Feststellung, dass ich tatsächlich an dem Verfahren beteiligt war.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ich bin ganz begeistert darüber, dass das Hohe Haus dies auch noch erfahren durfte. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat die Frau Abgeordnete Simone Lange.

Simone Lange [SPD]:

Ich möchte noch einmal auf etwas eingehen, das aus dem Duktus durch das entsteht, was vor allem Herr König gesagt hat.

Ich bitte Sie in der Tat, sachlich zu bleiben und nicht dort Angst zu schüren, wo es keine Angst zu schüren gilt. Es geht hier nicht darum, dass Gebiete ausgewiesen werden, in denen man quasi mit einer gesamtgesellschaftlichen Videokamera alles das aufnimmt, was wir tun. Sie merken schon, wenn Sie sich in einem **Gefahrengebiet** aufhalten, wenn Sie angehalten werden und die Polizeibeamten ihnen sagen, warum Sie angehalten werden.

Hier also zu suggerieren, man müsse quasi ein Schild aufstellen: „Sie befinden sich in einem Gefahrengebiet“, weil man es sonst nicht merken würde, ist ein völlig falsches Bild, das Sie hier gezeichnet haben. Das wird auch der Maßgabe durch das LVwG nicht gerecht.

(Simone Lange)

Ich schließe mich dem an, was die Kollegin Dame-row gesagt hat. Sprechen Sie doch erst einmal mit der Landespolizei darüber, wie dieses **Instrument**, das uns gesetzgeberisch zur Verfügung steht, in der **Praxis** angewandt wird. Es handelt sich doch hier nicht um eine verdeckte Maßnahme. Die Kolleginnen und Kollegen sind vor Ort unterwegs, und sie sind dadurch reaktionsfähig. Immer dort, wo es organisierte Kriminalität gibt, ist die Landespolizei dadurch reaktionsfähig. Die Landespolizei kann durch eine verstärkte Präsenz und durch das Mittel, dass sie Sie anhalten und befragen darf, entsprechende Straftaten verhindern. Sie können im Übrigen auch nachlesen, dass Gefahrengebiete ihre Funktion erfüllt haben, dass dort Straftaten, die von erheblicher Bedeutung waren, tatsächlich eingedämmt worden sind.

Sie nehmen auch immer gern auf Urteile des Bundesverfassungsgerichts Bezug. Ich mag aber nur ungern Bundesländer miteinander vergleichen, weil es in den einzelnen Bundesländern unterschiedliche Polizeigesetze gibt. In Hamburg zum Beispiel hat das Bundesverfassungsgericht die Gefahrengebiete für rechtens erklärt.

Wir können darüber sicherlich im Detail sprechen. Sie sprechen hier aber nicht im Detail darüber. Sie vermischen Argumente, und sie stellen das Instrument als solches infrage; denn Sie beantragen heute ja nicht eine Überprüfung, sondern Sie beantragen heute eine Streichung dieses Instrumentes.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten König?

Simone Lange [SPD]:

Ja, gerne.

Uli König [PIRATEN]: Sehr geehrte Kollegin, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, das es ein großer Unterschied ist, ob man angehalten wird und einem dann erklärt wird, dass man bestimmte Rechte, die man normalerweise hat, jetzt nicht mehr hat, weil man in einem Gefahrengebiet ist, von dem man nichts wusste, oder ob man vorher weiß, dass ein bestimmter Bereich ein Gefahrengebiet ist.

Ich habe zu dem Zeitpunkt, als halb Hamburg ein Gefahrengebiet war, bewusst auf Reisen in diese Region verzichtet, weil ich mich dort nicht sicher gefühlt habe.

(Lachen bei SPD und SSW)

- Sie lachen darüber. Mir jedoch ist das wichtig. Wenn Ihnen ihre Persönlichkeit nicht wichtig ist, dann ist das Ihre Entscheidung, aber meine Entscheidung ist es, nach Möglichkeit kein Gefahrengebiet zu betreten. Und wenn ich doch in ein solches Gefahrengebiet gehen muss, dann, glaube ich, würde ich zunächst meine Taschen überprüfen, um festzustellen, ob ich vielleicht etwas Verdächtiges bei mir habe, oder ob ich mein Handy leeren oder verschlüsseln muss oder was weiß ich. Bitte, nehmen Sie das so zur Kenntnis.

- Ich möchte darauf gern antworten. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass das Wort „Gefahrengebiet“ im Landesverwaltungsgesetz nirgendwo zu finden ist. Das ist ein politisch geprägter Begriff, der eigentlich etwas völlig Falsches aussagt. Es geht hier um ein **Instrument**, wie es vielerlei Instrumente im Landesverwaltungsgesetz gibt, genauso wie Durchsuchungen ein Instrument sind. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass das **Instrument „Anhalte- und Sichtkontrollen“** heißt und nicht „Gefahrengebiet“.

(Beifall SPD)

Insofern tut es mir leid, wenn es Ihnen Angst macht. Aber festzuhalten ist, dass es sich hier um ein Instrument handelt, das den Bürgern Sicherheit geben soll, weil dadurch Straftaten verhindert werden.

(Beifall SPD, SSW und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat nun der Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Bildungsdebatte scheint es so, dass jetzt durch die Rechtsdebatte die Emotionen relativ hochkochen, obwohl man die zugrundeliegenden Fragen doch relativ rational und emotionslos diskutieren kann, weil es uns hier darum geht, die Abwägung zwischen Freiheitsrechten, Bürgerrechten und Eingriffsbefugnissen des Staates zu treffen.

Herr Dr. Stegner, in diesem Zusammenhang finde ich es wirklich unangemessen und mittlerweile auch nicht mehr erträglich,

(Beifall PIRATEN)

(Wolfgang Kubicki)

dass Sie der Meinung sind, Menschen, deren Auffassung Sie nicht teilen, in ihrer Persönlichkeit diskreditieren zu dürfen, indem Sie beispielsweise erklären, Sie glaubten nicht, dass aufgrund der herausragenden Argumentation von Herrn Dr. Breyer das Verfassungsgericht eine Entscheidung getroffen habe. Ich glaube schon, dass es auf das Argument ankommt und nicht darauf, von wem es kommt. Sie mögen das anders sehen, denn Sie sind der Meinung, dass Argumente immer, wenn sie von Ihnen kommen, durchschlagend seien. Das ist mit Sicherheit nicht der Fall.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Die Diskussionen, die wir in den Jahren 2006 und 2007 im Innen- und Rechtsausschuss geführt haben, waren doch sehr ausgewogen. Unsere Haltung von damals hat sich nicht geändert, da es keine neuen Erkenntnisse gegenüber damals gibt, dass dieses Instrument, von dem Sie, Frau Lange, sagen, dass es für die Polizei sehr wirksam sei, überhaupt eine Wirkung erzielt hätte. Wenn dem so wäre, dass die Bürger völlig unbesorgt sein müssten, dann könnten Sie ganz Schleswig-Holstein mit **Anhalte- und Sichtkontrollen** versehen, was Sie damals ausgeschlossen und auf bestimmte Gebiete begrenzt haben.

Das deutet darauf hin, dass Ihnen jedenfalls seinerzeit bewusst gewesen war, dass diese Form einen Eingriff in die Grundrechte darstellt, der begrenzt werden muss. Jetzt müssen wir uns fragen: Hat diese Maßnahme irgendeinen Sinn? - Ich kann mich an Debatten über die **Rasterfahndung** erinnern, wobei in Schleswig-Holstein aufgrund unserer damaligen gemeinsamen Initiative von Sozialdemokraten und Liberalen die zeitliche Dimension eine Rolle gespielt hat. Wir haben seinerzeit das Gesetz auf fünf Jahre begrenzt. Damals wurde auch argumentiert, wenn wir die Rasterfahndung nicht bekommen, würden die Terroristen uns überlaufen und Schleswig-Holstein würde explodieren. Wir wären das einzige Bundesland, das dann ausscheren würde, und die Kriminalität könnte nicht mehr bekämpft werden. Und nach fünf Jahren stellten wir fest: Es gab nicht eine einzige Anordnung, und es war völlig sinnlos.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Ich sage Ihnen, gerade wenn wir abwägen wollen - und deshalb freue ich mich, was selten der Fall ist, dieses Mal auf die Ausschussberatung, an der ich teilnehmen werde -, geht es darum zu dokumentieren, welchen Wert das **Bürgerrecht** als **Abwehrrecht** hat. Dann müssten wir uns nach der Effizienz

einer Maßnahme fragen und nicht mit so ganz allgemeinen und inhaltsleeren Behauptungen, es diene der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger,

(Beifall FDP und PIRATEN)

etwas verteidigen, was aus meiner Sicht nicht verteidigt werden kann.

Über einzelne Formulierungen, Herr Dr. Breyer, werden wir noch streiten. Aber in der Tendenz sind wir der gleichen Auffassung. Dieser § 180 Absatz 3 gehört abgeschafft. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Kollegen des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin eigentlich ganz froh darüber, dass die Kollegin Lange gerade noch einmal deutlich gemacht hat, dass wir hier nicht über Gebiete reden, die in einer großen Karte aufgeführt sind. Das ist nicht wirklich das, was zielführend ist. Herr Kollege Breyer, es geht nicht darum, dass wir hier ein Maßnahmenpaket haben, das im Gesetz festgelegt ist und das nach gesetzlichen Kriterien abgearbeitet wird. Es ist mitnichten so, dass in drei Vierteln des Landes Schleswig-Holstein die Menschen flächendeckend, dauerhaft, millionenfach durch die Polizei überwacht werden und wir alle, wenn wir heute Abend alle nach Hause fahren, befürchten müssen, in mindestens drei Polizeikontrollen hineinzugeraten, in denen man uns die Kofferräume aufmacht und diese von Polizisten durchsucht werden. Das ist völliger Blödsinn. Wir reden über eine **Maßnahme**, die in den vergangenen 12 Monaten viermal in Schleswig-Holstein stattgefunden hat. Das muss man sich erst einmal auf der Zunge zergehen lassen. Also ganz in Ruhe.

(Wortmeldung Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Herr Kollege Breyer, ich lasse keine Zwischenfrage zu. - Es geht darum, dass diese Maßnahmen nur in **Abwägung von Grundrechten** überhaupt durchgeführt werden: Das heißt, körperliche Unversehrtheit, möglicherweise auch Eigentumsrechte sowie die informationelle Selbstbestimmung und all das, was dazugehört, spielen eine Rolle. Und nur dann, wenn diese nicht überwiegen, wird man prüfen können, ob man diese Maßnahme anwenden

(Lars Harms)

kann. Es ist so, dass dieses Instrument derzeit unter weiteren erheblichen Einschränkungen steht. Es gibt einmal die Grundrechteabwägung, ob man das überhaupt machen darf, und dann aber auch die einzelgesetzliche Abwägung, ob das überhaupt eine erhebliche Straftat ist, die dort möglicherweise zum Tragen kommen kann.

Bevor das nicht geklärt ist und bevor das nicht auch Tatsache ist, muss dies im Einzelfall in der Abwägung geprüft werden. Das schreibt uns das Bundesverfassungsgericht ins Stammbuch und wird von der Polizei bereits so angewendet. Erst dann ist man überhaupt in der Lage, solche Kontrollen durchzuführen. Das sind sehr, sehr hohe Höhen.

Deswegen sagen wir von unserer Seite trotz aller Kritik, die uns entgegenschlägt, und aller Vorsicht, mit der wir dieses Instrument angegangen sind: Wir haben dieses im Gesetz verankerte Instrument. Jetzt müssen wir betrachten, ob das, was wir dort tun, richtig ist. Eventuell müssen andere Maßnahmen dazukommen, und möglicherweise müssen wir das Gesetz verändern. Erst müssen wir aber sehen, ob man Elemente einbauen kann, wie man dieses alles überprüfen kann. Diese scheinen wir derzeit noch nicht zu haben. Da nützt es uns nichts, wenn vonseiten der PIRATEN die Forderung kommt, wir müssten am besten vorher alles ankündigen. Wenn ich beispielsweise einen Gangster verfolgen will und sage: „Lieber Gangster, vorher durchsuche ich deinen Kofferraum“, dann wird er schon schlau genug sein, nicht mehr mit dem Auto zu kommen, sondern vielleicht mit dem Fahrrad. Das ist völliger Blödsinn.

(Wortmeldung Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Dr. Breyer, ich bleibe weiterhin dabei, ich lasse keine Zwischenfrage zu. - Wir können jedoch ernsthaft darüber diskutieren, ob man nachträglich über diese **Gebiete informiert** und ob man nachträglich darüber informiert, unter welchen Kriterien diese Maßnahmen durchgeführt worden sind. Denn das macht wirklich Sinn.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, Sie müssen nun zum Schluss kommen.

Lars Harms [SSW]:

Es macht Sinn, dass man nachträglich schaut und die Argumentation tatsächlich politisch bewertet und prüft, ob man da in irgendeiner Weise ein-

schreiten muss. Ich denke, das ist der klügere Weg, als im Vorfeld alles in Bausch und Bogen zu verdammen.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Nun liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe daher die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 18/1995 (neu) an den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer das so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

Gerechtigkeit schaffen - Alleinerziehende steuerlich entlasten

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1965

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2037

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Daher eröffne ich die Aussprache und erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg von der FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, es ist eine Binsenweisheit, dass sich **Alleinerziehende** ganz besonderen Herausforderungen gegenübersehen. Da ist zum einen der Aspekt der **Kinderbetreuung**. Die Organisation der Kinderbetreuung ist immer eine ganz besondere Herausforderung für Alleinerziehende. Zum anderen gibt es auch den **finanziellen Aspekt**. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zufolge fast 40 % der Alleinerziehenden in Deutschland auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen sind - um es deutlicher auszudrücken: auf Hartz IV angewiesen sind -, während es bei Familien mit zwei Elternteilen nur circa 8 % sind, die auf die Grundsicherung angewiesen sind, dann besteht ganz offensichtlich ein bedauerlicher Zusammenhang auch zwischen Kinderarmut und Familienstatus.

(Dr. Heiner Garg)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Familienministerin, Frau Alheit, hat vor diesem Hintergrund etwas Vernünftiges getan, sie hat die Problematik nicht nur erkannt, sondern sie hat für Schleswig-Holstein auf der **Jugend- und Familienministerkonferenz** im Mai 2014 - also gerade vor einem Monat - eine entsprechende **Initiative** federführend und gemeinsam mit den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland eingebracht.

(Beifall Beate Raudies [SPD])

Vor diesem Hintergrund, den ich gerade geschildert habe, wurde eben dies gefordert: eine Erhöhung des Entlastungsbeitrags, die Prüfung einer automatischen Dynamisierung und die Berücksichtigung der Anzahl der Kinder. Frau Alheit, das ist nicht nur in der Sache richtig und vernünftig, sondern das ist auch politisch mutig, weil Sie genau das Gegenteil dessen tun,

(Beifall FDP)

was uns Herr Stegner hier seit Jahren erzählt, der sich vehement gegen jede Form der Entlastung, gerade auch der steuerlichen Entlastung, ausgesprochen hat. Deswegen herzlichen Glückwunsch zu so viel Mut und zu Ihrer Initiative. Wir möchten Sie gerne dabei unterstützen, dass es nicht nur bei einer Initiative der JFMK bleibt, die eine Prüfbitte an die Bundesregierung formuliert, um getreu den Buchstaben des Koalitionsvertrages weiterzumachen, sondern wir meinen schon, dass die Initiative, die Sie federführend gestartet haben, für die Sie eine gewaltige Zustimmung mit 13:0:3 auf der JFMK erhalten haben, unmittelbar in die Tat umgesetzt wird. Das erreicht man am besten durch eine Bundesratsinitiative zu diesem Punkt.

Vor diesem Hintergrund habe ich den Alternativ-, Ergänzungs- oder wie auch immer gearteten Antrag der Koalitionsfraktionen nicht verstanden. Darin stehen keine anderen inhaltlichen Forderungen als in unserem Antrag. Sie begnügen sich allein damit, die Initiative der Landesregierung zu begrüßen.

Ein Vorgehen der Landesregierung bestünde jetzt darin, eine Bundesratsinitiative auf der Basis des JFMK-Antrag Schleswig-Holsteins auszuarbeiten und nicht einfach die Initiative zu begrüßen. Möglicherweise kann man in einer Ausschussberatung miteinander klären, in welcher Form man das, was völlig richtig ist, umsetzen will.

Steuerliche Entlastungen und die Anhebung des entsprechenden Freibetrages sind aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, nur ein Teil. Der andere, aus

meiner Sicht viel wirksamere Teil wäre im Zweifel, dass man sich endlich konsequent das System der **Finanzierung der Sozialversicherungssysteme** anschaut. Das belastet nämlich Alleinerziehende noch sehr viel mehr als die Steuerlast, die sie im Zweifel zu tragen haben.

Hierbei, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Großen Koalition, haben Sie gerade zwei komplett falsche und kontraproduktive Entscheidungen in Berlin getroffen.

Erstens lassen Sie die gesellschaftspolitisch richtigen Entscheidungen bei der Rentenreform, beispielsweise die sogenannte Mütterrente, von den Beitragszahlern finanzieren, anstatt sie als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu sehen und sie durch Steuern zu finanzieren. Denn Sozialversicherungsbeiträge und nicht so sehr die Steuerlast belasten gerade Alleinerziehende ganz besonders.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zweitens. Es ist ein völlig falsches Signal und auch mit Blick auf die Belastung völlig verfehlt, was der Bundesfinanzminister mit dem Eingriff in den Gesundheitsfonds vorhat. Es ist falsch, die steuerfinanzierten Zahlungen in den Gesundheitsfonds zu senken, nur weil man sich im Moment über mehr als 30 Milliarden € Überschuss freut.

Meine Damen und Herren, der erste Schritt mit der JFMK-Initiative, die steuerlichen Belastungen für Alleinerziehende senken zu wollen, ist in Ordnung. Aber der zweite Schritt muss folgen. Deshalb freue ich mich auf die Ausschussberatungen.

Es wäre schön, wenn wir dann gemeinsam etwas mehr Mut aufbrächten, als es jedenfalls derzeit noch in der Alternative der Koalitionsfraktionen der Fall ist. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Peter Sönnichsen.

Peter Sönnichsen [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Anliegen des FDP-Antrags ist berechtigt und zu unterstützen. Der Antrag ist kurz und umfassend formuliert. Er benötigt nur wenige Anmerkungen.

(Peter Sönnichsen)

In 1,6 Millionen Haushalten in Deutschland leben Alleinerziehende mit ihren Kindern; 90 % der Kinder leben übrigens bei den Müttern. Bei meinen Vorbereitungen habe ich mir natürlich auch die Frage gestellt, ob etwas gegen den Inhalt des Antrages spricht. Deshalb will ich einen Punkt voranstellen. Erneut reden wir hier nur über eine **Detailregelung**, die initiiert worden ist, obwohl eigentlich eine **generelle Überarbeitung des Einkommensteuerrechts** erforderlich wäre. Die Vorschriften - das zeigt dieses Beispiel ganz besonders - sind auch für Fachleute nicht mehr nachvollziehbar.

Demgegenüber sprechen mehrere Argumente deutlich für das Anliegen. Die Entlastung von Alleinerziehenden war ursprünglich als Gegenstück zum Ehegattensplitting gedacht, wird aber dessen Vorteilen in keiner Weise gerecht. Der gültige **Freibetrag** in Höhe von 1.308 € wurde 2004 als Ersatz für den vorherigen Haushaltsfreibetrag eingeführt und niemals angepasst. Demgegenüber haben sich die Kosten ganz anders entwickelt. Ein Blick auf die Erhöhung der Verbraucherpreisindexzahlen seit 2004 zeigt allgemeine Preissteigerungen in Höhe von 18 %. Gerade in den Bereichen, die die Familien belasten, wie Ausgaben für das tägliche Leben, Nahrungsmittel, Mieten und Energiekosten, lagen sie bei bis zu 24 %.

Außerdem lässt die bisherige Regelung die **Zahl** der im Haushalt lebenden **Kinder** völlig unberücksichtigt. Dabei wissen wir doch alle - egal, ob es sich um Familie oder Alleinerziehende handelt -, dass es einen erheblichen Unterschied macht, ob ein Kind oder mehrere Kinder im Haushalt zu betreuen sind.

Sicherlich steht für die Alleinerziehenden nicht die Kostenfrage im Vordergrund, sondern die Fürsorge für ihre Kinder. Die Kosten gibt es aber; sie sind nicht wegzudiskutieren. Jedes Kind braucht Nahrung, Kleidung und so weiter. Für jedes Kind entstehen Kosten für Teilhabe an Bildung, für Freizeitgestaltung und für vieles andere mehr. Das muss sich auch in den Freibeträgen niederschlagen. Die bereits genannte Zahl von 40 % der **Haushalte von Alleinerziehenden**, die auf **staatliche Hilfe** angewiesen sind, spricht ebenfalls eine sehr, sehr deutliche Sprache.

Hinzu kommt: **Einkommen** lassen sich für Alleinerziehende regelmäßig nur in **Teilzeit** erzielen. Denn gerade bei ihnen zählt jeder Euro doppelt. Ich sage aber auch mit aller gebotenen Vorsicht: Ein Freibetrag in dieser Größenordnung ist kein Anreiz für eine Tätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Schlechterstellung von Alleinerziehenden darf es nicht geben. Das haben nicht nur Gerichte festgestellt, sondern das unterstelle ich als allgemeingültigen politischen Willen. Insofern komme ich auf den Änderungsantrag zu sprechen, den die Koalition eingereicht hat. Sie wollen das Gleiche, aber nicht jetzt, sondern lieber später und bei Gelegenheit. Sie spielen auf Zeit. Es gibt keine Aufforderung zu einer Bundesratsinitiative. Sie wollen lieber nachfragen, wenn es ihnen opportun erscheint.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition, Sie sollten sich ein bisschen mehr zutrauen.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Welche Koalition meint er denn?)

Der FDP-Antrag ist zustimmungsfähig.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Wolfgang Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! **Alleinerziehende** leisten besonders viel, sie sind aber auch oft besonders benachteiligt. Denn sie tragen allein die Verantwortung für ihre Kinder, den Haushalt und das Einkommen. Deswegen müssen sie besonders unterstützt werden. Sie brauchen nicht nur Anerkennung, sondern auch **Unterstützung**, die sich in **materieller Form** auswirkt.

2,2 Millionen Kinder wachsen in Deutschland nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung, auf die der Kollege Garg eben hingewiesen hat, mit nur einem einzigen Elternteil auf. Neun von zehn Alleinerziehenden sind demnach Frauen. Zwei Drittel der alleinerziehenden Frauen sind erwerbstätig und arbeiten deutlich häufiger in dieser Erwerbstätigkeit - sogar in Vollzeit. Dazu habe ich zumindest bei der Bertelsmann-Stiftung etwas anderes als der Kollege Sönnichsen gefunden.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das war eine andere Generation!)

Das Problem ist, dass auch eine **Vollzeittätigkeit** oft nicht ausreicht, um ein **ausreichendes Einkommen** für die Familie zu erzielen. Deswegen sind Alleinerziehende besonders und am stärksten armutsgefährdet. Circa 1 Millionen Kinder in Haushalten von Alleinerziehenden sind von Armut bedroht.

(Wolfgang Baasch)

Auch der Bezug von SGB-II-Leistungen ist bei Alleinerziehenden besonders hoch. So erhalten mehr als 40 % Leistungen nach dem SGB II. Das heißt zusammengefasst: Alleinerziehende sind noch mehr als andere Familienformen auf ein verlässliches Unterstützungsangebot angewiesen. Sie benötigen daher einen Rechtsanspruch auf eine ganztägige Kinderbetreuung und auf Ganztagschulen. Alleinerziehende profitieren von Maßnahmen zur Schaffung von Entgeltgleichheit und von einem gesetzlichen Mindestlohn.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Schließlich würde eine eigenständige Kindergrundversicherung die Lebenssituation von Alleinerziehenden entlasten. Sie würde dafür sorgen, dass ihre Kinder unabhängig von Unterhaltsleistungen oder staatlichem Unterhaltsvorschuss finanziell abgesichert sind.

(Beifall SPD, FDP und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Dies ist zum größten Teil aus einer Stellungnahme des Zukunftsforums Familie auf die Große Anfrage meiner Fraktion zur „Situation alleinerziehender Mütter und Väter und deren Kinder in Schleswig-Holstein“ aus der letzten Wahlperiode zitiert, in der wir übrigens auch schon darauf hingewiesen haben, allerdings damals noch nicht einen entsprechenden Gesetzesvorstoß zur Bundesratsinitiative geschlossen haben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Steuerentlastung schon!)

- Steuerentlastung haben wir gefordert, haben aber damals keine Bundesratsinitiative des Ministeriums auf den Weg gebracht. Hätten wir fordern können - das gebe ich zu -, aber auch das Ministerium hat damals so nicht reagiert.

Mütter und Väter, ganz gleich ob alleinerziehend oder nicht, brauchen **Rahmenbedingungen**, die ihnen eine Gleichzeitigkeit von Beruf und Familie ermöglichen. Dabei ist es dann nicht mehr hinnehmbar, dass das **Steuerrecht** Alleinerziehende benachteiligt. Der seit 2004 geltende und deutlich niedrigere Entlastungsbetrag führte dazu, dass Alleinerziehende fast so besteuert werden wie Singles. Diesen Missstand greift auch der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD auf Bundesebene auf.

Deswegen, Herr Kollege Sönnichsen, kann ich Ihre Kritik an dem Vorgehen der SPD-Fraktion oder auch der regierungstragenden Fraktionen nicht nachvollziehen. Auf Bundesebene haben wir uns genau dazu, zu dem von uns unterstützten Vorge-

hen, verständigt. Eigentlich hätten Sie mit gutem Grund auch sagen können: Die CDU-Fraktion tritt dieser Initiative und dem Antrag dieser Regierungsfaktionen bei, weil es genau die Haltung ist, die Sie auf Bundesebene auch vertreten. Es wäre also zumindest konsequent gewesen.

In dem Koalitionsvertrag heißt es - ich zitiere es noch einmal gern -:

„Der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende beträgt seit seiner Einführung zum 1. Januar 1004 unverändert 1.308 €, er soll angehoben werden. Die Höhe des Entlastungsbetrags soll künftig nach der Zahl der Kinder gestaffelt werden.“

Dies steht nicht nur im Koalitionsvertrag so.

Auch die Landesregierung Schleswig-Holstein hat diese Ungerechtigkeit aufgegriffen, und die Sozialministerin Kristin Alheit forderte auf der Jugend- und Familienministerkonferenz im Mai dieses Jahres eine **steuerliche Entlastung von Alleinerziehenden**. In dem Antrag Schleswig-Holsteins wird gefordert, den seit 2004 unveränderten Entlastungsbetrag für Alleinerziehende zeitnah zu erhöhen. Erwartet wird dabei mindestens eine Anpassung in Analogie zur Entwicklung des Verbraucherindex. Diesen Weg des Landes Schleswig-Holstein und den Einsatz der Sozialministerin begrüßen und unterstützen wir nachhaltig.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Viele **familienpolitischen Leistungen** sind immer noch auf das überholte Familienideal von Vater, Mutter und Kind zugeschnitten.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Ihr Zitat müsste jetzt ein Ende finden.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Ich habe das verstanden, Herr Präsident, und ich suche den Punkt.

(Heiterkeit SPD)

Alleinerziehende, nicht verheiratete Eltern mit Kindern, Patchwork-Konstellationen und Regenbogenfamilien profitieren demnach weder vom Ehegattensplitting noch von der kostenlosen Mitversicherung des Partners in der gesetzlichen Krankenkasse oder der vielen anderen Leistungen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Kollege Baasch, nun ist es gut. Ich glaube, ich habe die Zeit sehr großzügig bemessen. Aber nun ist es gut.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident, ich bin Ihnen für die Großzügigkeit dankbar und wäre jetzt beim letzten Satz gewesen,

(Heiterkeit)

der besagt, dass wir diese Reform und auch die Bemühungen der Landesregierung unterstützen. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim nächsten Mal gebe ich gern eine Minute von meiner Redezeit ab. Einige der Punkte sind schon angesprochen worden. Ich werde mich daher etwas kürzer fassen.

Jedes fünfte Kind in Schleswig-Holstein wird von einem Elternteil betreut. Es gibt eine Untersuchung der Diakonie, dass wir in Schleswig-Holstein 56.000 **Alleinerziehende** mit Kindern unter 18 Jahren haben. 56.000, ich finde, das ist schon eine Hausnummer, bei der man sich Gedanken machen muss: Wie sieht das Leben der Alleinerziehenden aus? Wie funktioniert es? Was können wir tun, um sie besser zu unterstützen?

Der Anteil der Mütter beträgt 90 % - auch das ist schon gesagt worden -, der Anteil der Väter 10 %. Alle diese Alleinerziehenden haben ganz besondere Herausforderungen, die sie täglich schultern müssen. Häufig fehlt es an ausreichender Kinderbetreuung, es fehlt an flexiblen Arbeitszeiten, und es fehlt an Anlaufstellen, in denen Kontakte und Beratungen angeboten werden.

Ich freue mich, dass unsere Familienministerin tätig geworden ist. Ich kann nur sagen: Spiel, Platz, Sieg Kristin Alheit! Das ist eine gute Initiative. Vielen Dank dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Alleinerziehenden sind besonders in **finanzieller Hinsicht** schwer getroffen, weil sie mit einem Einkommen all das stemmen müssen, was andere zu zweit schaffen können. Gerade bei den Unterhaltszahlungen - das trifft in der Regel die Frauen - gibt es Schwierigkeiten, wenn diese nicht rechtzeitig oder vielleicht gar nicht geleistet werden.

Deswegen ist ein wichtiger Baustein, um das Leben für Alleinerziehende und ihre Kinder besser zu machen, eine **finanzielle Entlastung**. Deswegen haben wir von grüner Seite große Sympathie dafür, dass jetzt nachträglich von der FDP Rückenwind für diese Initiative kommt. Er kommt ein bisschen spät, aber er kommt. Ich habe das eben so verstanden, dass es im Ausschuss auch noch um die Details gehen soll. Das finde ich sinnvoll.

Lieber Kollege Sönnichsen, es gibt schon ein paar Details, über die wir sprechen sollten. Ich persönlich habe eine große Sympathie für eine jährliche Anpassung. Wir sollten jedoch ganz genau im Blick haben, was wir da versprechen und ob wir das nachher auch halten können. Das können wir gern weiterhin noch besprechen. Wir Grüne auf jeden Fall unterstützen jede Initiative, die zu mehr **Steuergerechtigkeit** von Alleinerziehenden führt, ob das jetzt im Bundestag oder hier im Land ist.

Doch ich sage noch einmal ganz deutlich: Mit steuerentlastenden Maßnahmen allein ist es nicht getan.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir haben gerade schon einmal über die flexiblen Arbeitsbedingungen und über die Kindererziehung gesprochen. Deswegen ist es ganz wichtig, gerade für diese 56.000 Alleinerziehenden in Schleswig-Holstein, dass wir eine gute und flexible Kinderbetreuung schaffen und weiter ausbauen. Deswegen stemmen wir einen Kraftakt in der Küstenkoalition und werden in den nächsten Jahren auf 80 Millionen € aufwachsend, in Kinderbetreuung investieren. Das ist gut. Sie sehen, gute Familienpolitik hat drei Farben: rot, grün, blau. Vielleicht kommt im Ausschuss noch die eine oder andere Farbe hinzu. Ich freue mich auf die weitere Beratung im Ausschuss und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion der PIRATEN hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Torge Schmidt, das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Manchmal, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, ist es schwerer, ein Werk zu würdigen, als es zu kritisieren. Darum versuche ich, bei dem vorliegenden Antrag mit einer Würdigung zu beginnen. Ich gehe fest davon aus, dass es in diesem Hause niemanden gibt, der es ablehnt, **Alleinerziehende** zu unterstützen und ihnen durch **Entlastung** auch finanziell zu helfen. Damit wird ein Stück Gerechtigkeit in unserem Steuersystem geschaffen.

Die Förderung Alleinerziehender steht auch auf der Agenda der Bundesregierung. Das Thema ist also längst auf der politischen Agenda angekommen. Eine kleine Erinnerung hat aber noch keinem geschadet.

Sie unternehmen mit Ihrem Antrag den Versuch der Gleichstellung. Der **Entlastungsbetrag** für Alleinerziehende, der seit 2004 unverändert blieb, soll jetzt an geänderte Lebenshaltungskosten angepasst werden, ein höherer Steuerfreibetrag soll her.

Ich glaube, dass die Anpassung an die tatsächliche Preisentwicklung eine gute Anregung ist. Die Frage ist natürlich nur, inwiefern sich ein höherer Freibetrag tatsächlich auf die Alleinerziehenden auswirkt, die oftmals kein so hohes Einkommen haben, dass sie in den Genuss der Anpassung kommen.

(Beifall PIRATEN)

Der Sinn des Alleinerziehenden-Freibetrags leuchtet mir außerdem nicht ganz ein. Haben Alleinerziehende besondere Kosten für den Unterhalt, können sie diese als außergewöhnliche Belastung bereits heute steuerlich geltend machen. Welche Zusatzkosten sind also gemeint, und wie schlagen sich diese im Alltag beziehungsweise in den Kassen der Alleinerziehenden wirklich nieder?

(Beifall PIRATEN)

Der Bundesfinanzhof hat die Regelung als verfassungsrechtlich nicht gebotene Begünstigung und damit als eine **Sozialzwecknorm** bezeichnet. Er zitiert „Zweifel an der Eignung des § 24 b EstG als Sozialzwecknorm, die offensichtlich auch andere haben“. Mit Zweifeln zu starten, ist nie gut. Hier müssen wir dringend Klarheit schaffen, bevor Beschlüsse gefasst werden.

(Beifall PIRATEN)

Zweifel bleiben auch hinsichtlich der **Wirkung** neuer erhöhter **Freibeträge**. Wer ist am Ende der Nutznießer? Wenn wir von vornherein nicht einmal

die Hälfte der Betroffenen mangels entsprechend hohem Einkommen erreichen, entlasten wir genau die, die auch so gut zurechtkommen und dieser Hilfe nicht dringend bedürfen.

(Beifall PIRATEN)

Das kann man machen, um Gerechtigkeit zu verheirateten Paaren herzustellen. Das passt natürlich zur FDP-Linie, es verliert aber - das wäre vordringlich PIRATEN-Linie - zunächst die, die es hier besonders schwer haben, weil ihr Einkommen nicht ausreicht, um tatsächlich gut über die Runden zu kommen.

(Beifall PIRATEN)

Zusammenfassend kann ich sagen: Den Mehraufwand Alleinerziehender durch einen Steuerfreibetrag abzugelten, hat allgemein den Nachteil, dass viele Alleinerziehende davon nichts haben, nämlich wenn sie nicht arbeiten. Dabei haben sie die gleichen Mehrkosten. Sozialpolitisch richtiger und insgesamt fairer wäre eher die Erhöhung des Kindergeldes.

(Beifall PIRATEN - Beate Raudies [SPD]:
Nein! - Wolfgang Baasch [SPD]: Nein!)

Damit erreichen wir nämlich wirklich alle. Aber eigentlich geht es der FDP nicht um den sozialpolitischen Wandel, sondern um den **Nachteilsausgleich der besserverdienenden Alleinerziehenden zu den verheirateten Eltern**.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: So ist es!)

Das ist natürlich nicht unredlich, aber es ist ein Punkt, den ich auf jeden Fall mit dem erstgenannten Schwerpunkt verbunden gelöst sehen möchte.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Gern.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege Breyer!

(Zurufe)

- Entschuldigung. Das war nicht böse gemeint!

(Torge Schmidt)

(Heiterkeit - Anita Klahn [FDP]: Das wird nicht besser dadurch!)

Herr Kollege Schmidt, würden Sie freundlicher Weise zur Kenntnis nehmen, dass ich mich bei der FDP-Initiative ausdrücklich - das sage ich gern noch einmal - auf die richtige, auch sozialpolitisch richtige Initiative der Sozialministerin des Landes bezogen habe und dass es auch ein Ausdruck von sozialer Gerechtigkeit ist, gerade diejenigen, die alleinerziehend sind und mitten im Erwerbsleben stehen, sehr wohl auch entsprechend zu behandeln? Ihre Behauptung, es gehe uns gar nicht um den sozialpolitischen Aspekt, sondern um den finanzpolitischen Aspekt, Besserverdienende besserzustellen, weise ich in aller Form zurück. Alleinerziehende Mütter - über die reden wir hier -, die auch noch berufstätig sind, haben doppelte und dreifache Lasten zu schultern. Deswegen ist es nur angemessen, wenn das im Steuerrecht auch entsprechend berücksichtigt wird.

- Herr Kollege Garg, ich gebe Ihnen durchaus recht. Ich sage nur: Wenn wir das sozialpolitische große Ganze sehen, dürfen wir bei der steuerlichen Gleichstellung nicht aufhören, sondern haben noch mehr Hausaufgaben zu erledigen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Schmidt, jetzt hat Herr Abgeordneter Dr. Breyer den Wunsch, Ihnen eine Frage zu stellen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Haben die keine Fraktionssitzung?)

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Ich frage mich, ob er böse ist, wenn ich Nein sage. Aber ich sage, er kann gern seine Zwischenfrage stellen.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Ich habe nur eine Zwischenbemerkung,

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

nämlich dazu, dass, wie in der Rede schon angesprochen worden ist, die Tatsache, dass besondere Belastungen bei Alleinerziehenden entstehen, die quasi gleichzeitig arbeiten, sowieso im Steuerrecht berücksichtigt ist, indem sie nämlich als besondere Belastung abgezogen werden kann und man dazu nicht diesen allgemeinen Freibetrag braucht.

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

Vor diesem Hintergrund hat dieser Freibetrag auch allenfalls Haushaltsführungskosten zum Gegenstand.

(Zuruf Jette Waldinger-Thiering [SSW] - Dr. Heiner Garg [FDP]: Ihr seid ja noch dran!)

Präsident Klaus Schlie:

Nun, Herr Abgeordneter, haben Sie wieder das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich bin eigentlich auch am Ende meiner Rede angekommen. Ich möchte eigentlich nur darauf hinweisen, dass wir gern eine Ausschussüberweisung hätten, weil wir - wie ich schon ausgeführt habe - den Antrag gern aufdröseln und verbessern würden und wir uns durchaus der wirklich spannenden Diskussion stellen sollten, wie wir diejenigen entlasten, die darauf angewiesen sind. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unabhängig vom Stand des Verfahrens will ich ausdrücklich sagen, dass wir froh sind, dass wir die Problemstellung heute debattieren; denn wie Sie sicherlich wissen, fordert der SSW schon lange eine größere **Anerkennung der Erziehungsleistung** von Einelternfamilien und damit auch eine stärkere Anerkennung der veränderten familiären und gesellschaftlichen Realitäten.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW] und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist nun einmal Fakt, dass wir noch lange nicht überall familiengerechte Arbeitsbedingungen und eine familienfreundliche Infrastruktur haben. Da wo - in Anführungszeichen - Familienpolitik draufsteht, ist ganz bestimmt nicht immer **familienfreundliche Politik** drin. Wir alle wissen, dass bestehende Maßnahmen und Leistungen längst nicht immer zum Wohle der Alleinerziehenden sind.

(Lars Harms)

Für uns ist deshalb klar: Auch wenn es ganz sicher nicht die einzige notwendige Maßnahme ist, ist eine spürbare **steuerliche Entlastung** von alleinerziehenden Müttern und Vätern ein sehr wichtiger Punkt. Wir begrüßen deshalb den Vorstoß unserer Landesregierung im Rahmen der Jugend- und Familienministerkonferenz, der genau im Rahmen der hier zur Diskussion stehenden Anträge liegt.

Über die zeitnahe Erhöhung des Entlastungsbeitrags, die Anpassung in Analogie zum Verbraucherindex und die Staffelung nach Kinderzahl sind wir also weitestgehend einig. Wie gesagt, es schadet nicht, dass die FDP diese wichtigen Punkte annimmt, aber der Hinweis, dass diese Forderungen auch den Weg in den Koalitionsvertrag auf Bundesebene gefunden haben, wird sie vielleicht ein wenig beruhigen. Auch wir hoffen sehr, dass hier zeitnah etwas bewegt wird.

So schlimm es sich auch anhört: **Kinder** sind bis heute eines der größten **Armutsrissen** in unserem Land. Wer die große Aufgabe der Kindererziehung allein bewältigt, ist leider nicht nur beruflich, zeitlich und emotional besonders beansprucht, sondern eben leider auch finanziell belastet. Diese Tatsache ist aus Sicht des SSW beschämend. Eins ist sicher: Mit dem 2004 festgelegten und bis heute unverändert geltenden Entlastungsbeitrag von 1.300 € stößt man nicht erst mit dem zweiten oder dritten Kind schnell an seine finanziellen Grenzen.

Fakt ist, dass Alleinerziehende bisher fast genauso besteuert werden wie Singles. Ein geringverdienender alleinerziehender Elternteil spart hierdurch gerade einmal 15 € Steuern im Monat, ganz gleich, ob er oder sie nun ein oder mehrere Kinder zu versorgen hat. Das halte ich ganz einfach für nicht hinnehmbar. Neben einer deutlichen Erhöhung brauchen wir auch eine Dynamisierung dieses Betrags.

Doch trotz aller Einigkeit über diesen Schritt müssen wir uns eines sehr bewusst machen: Sozial schwachen Einelternfamilien und jenen mit nur geringem Einkommen ist hierdurch nicht wirklich geholfen. Wer Hartz IV bezieht oder halbtags arbeitet, wird kaum bis gar nicht profitieren. Aus Sicht des SSW ist der Weg, dieses Problem steuersystematisch zu lösen, damit streng genommen der falsche. Natürlich unterstützen wir die Forderung nach **steuerlicher Entlastung** als Schritt in die richtige Richtung, hin zu mehr Anerkennung für Alleinerziehende und zu mehr Gerechtigkeit. Aber in unseren Augen gibt es durchaus zielführendere Maßnahmen.

Mit einer spürbaren **Erhöhung** des **Kindergeldes** wäre zum Beispiel deutlich mehr Menschen geholfen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Aber auch ein kostenloser Kita-Platz ist unserer Meinung nach eine sehr sinnvolle Möglichkeit, um gerade diejenigen, die besonders armutsgefährdet sind, zu entlasten, nämlich die, die halbtags arbeiten und alles dafür geben, dass sie Geld verdienen können und dann daran gehindert werden, weil sie keinen Kindergartenplatz für ihre Kinder bekommen beziehungsweise weil sie ihn nicht bezahlen können. Das wäre also etwas, was für uns unheimlich wichtig wäre und wo wir auch sagen, das eigentlich auch der richtigere Weg wäre.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Lars Harms [SSW]:

Klar, sehr gern.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Vielen Dank, Herr Kollege Harms. - Sie haben gerade davon gesprochen, dass eine signifikante Erhöhung des Kindergeldes eine geeignete Maßnahme wäre. Würden Sie mir recht geben, dass eine signifikante Erhöhung des Kindergeldes nun gerade die größte Streuwirkung hätte, das heißt, Sie erreichen natürlich dann alle, also auch die Zweielternfamilien, die ich nicht von familienpolitischen Leistungen ausschließen will, nur um das deutlich zu machen. Aber wenn Sie gezielt Alleinerziehenden helfen wollen, erreichen Sie das mit der Maßnahme - bei allem Respekt - am allerwenigsten.

- Wenn man es so umsetzen würde, dass man das allgemeine Kindergeld erhöht, ist es richtig. Darüber muss man diskutieren, aber es wäre ja denkbar, dass man - ähnlich wie im Steuerrecht - eine besondere Regelung schafft, dass man sagt: Es gibt einen Aufschlag beim Kindergeld beispielsweise für Alleinerziehende.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Dann würde es tatsächlich jeden sofort direkt erreichen. Ich finde, man muss diese Diskussion führen. Man muss sich da nicht gleich einig sein, aber ich

(Lars Harms)

finde, man muss diese Diskussion führen, denn gerade beim steuerrechtlichen Freibetrag ist es ja sogar noch so, dass man als Alleinerziehender überhaupt erst einmal eine besondere Belastung von 3 % nachweisen muss und sich erst der das übersteigende Betrag überhaupt auswirkt. Das ist ein Teil des Problems. Ich wollte damit eigentlich nur deutlich machen, dass es hier möglicherweise noch andere Bereiche gibt, die man noch angehen müsste.

(Beifall Torge Schmidt [PIRATEN])

Ob man das kann, muss man diskutieren. Ich habe gerade eben schon gesagt: Der kostenlose Kindergartenplatz wäre eigentlich auch eine Sache, die gerade die Interessen solcher Menschen berühren würde. Aber auch das hätte natürlich wieder die von Ihnen angesprochene Streuwirkung. Das muss man einmal durchdiskutieren. Aber ich glaube, wenn jemand als Alleinerziehender halbwegs gut verdient und 15 € Entlastung für ein Kind bekommt, das heißt also im gesamten Jahr - 12 x 15 € - 180 €, dann ist das einfach für einen Alleinerziehenden nicht genug. Da müssen wir ein bisschen Gehirnschmalz einsetzen, was man da noch mehr tun kann. Das ist eigentlich die Botschaft, die ich aussenden wollte, lieber Kollege Garg. Ich glaube, da sind wir uns auch einig. - Vielen Dank, jetzt können Sie sich setzen.

Keine Sorge, mir ist durchaus bewusst, dass es hier um vergleichsweise kostspielige Vorschläge geht. Aber auch Deutschland - und das muss man wirklich wissen - investiert jährlich Milliarden in die Familienpolitik. Trotzdem ist das Land bisher alles andere als kinderfreundlich. Wenn wir uns die weit über 200 familienpolitischen Leistungen anschauen, scheint hier zumindest Potenzial für Veränderungen vorhanden zu sein. Natürlich sind viele der direkten oder indirekten finanziellen oder infrastrukturellen Leistungen für die Familien sinnvoll und wichtig. Sie sollten aber endlich auch zielführend eingesetzt werden.

Wir sollten intensiv darüber diskutieren, ob es noch andere Maßnahmen gibt, die unser Ziel, das wir gemeinsam haben, dann eben auch besser erreichen können. An erster Stelle müssen wir dabei an die **Vermeidung von Ungerechtigkeiten** und **Bekämpfung von Armut** denken. Dass Kinder Armutsrisiko sind, kann uns nicht ruhen lassen. Wir müssen so lange arbeiten, bis genau dieser Zustand dann eben auch entsprechend beendet ist.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Landesregierung erteile ich der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung, Frau Kristin Alheit, das Wort.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich freue mich riesig, dass heute hier von diesem Hause ein ganz deutliches Signal ausgeht, dass wir hohen Respekt und hohe Anerkennung vor der **Leistung der Alleinerziehenden** haben, die wirklich jeden Tag unter schwierigen Bedingungen das Kunststück schaffen, mit ihren Kindern ein familiengerechtes Leben auf die Beine zu stellen. Das finde ich gut, und unsere Unterstützung brauchen die Alleinerziehenden ganz sicher.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich freue mich natürlich noch mehr, dass meine **Initiative**, die ich gestartet habe, so breite **Unterstützung** hier im Parlament findet. Die brauche ich auch für die zukünftigen Schritte. Natürlich werde ich diesen Antrag auch auf der anstehenden GFMK stellen, und auch die ASMK in diesem Jahr soll darüber befinden. Es ist natürlich richtig, dass wir, wenn die Bundesregierung trotz des Koalitionsvertrags, trotz der Aufforderung der Länder, jetzt schon durch die Familienministerkonferenz und der weiteren Aufforderung nicht tätig wird, über eine Bundesratsinitiative nachdenken, und die dann auch starten müssen.

Herr Sönnichsen, deswegen habe ich mich besonders über Ihren Beitrag gefreut. Denn ich hatte große Unterstützung. Aber es war ein hartes Stück Arbeit, die in der Konferenz herzustellen. Es war auch durchaus so, dass gerade von den CDU-Vertretern Bedenken wegen der Frage der Staffelung der Kinderzahl kamen. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie dafür werben würden, dass ich bei den nächsten Konferenzen noch breitere Unterstützung kriegen würde. Der WM-Zeit geschuldet sage ich: Der Ball liegt jetzt bei der Bundesregierung. Ich hoffe, dass sie ihn zeitnah spielt. Wir müssen ihr Zeit geben, aber wir müssen auch dranbleiben. Denn es ist eine Möglichkeit. Es ist nicht die einzige.

Kinderbetreuung und Kindergrundsicherung sind angesprochen worden. Wichtige Themen aber starten wir dann, wenn wir gute Aussichten auf Erfolg

(Ministerin Kristin Alheit)

haben, dass es bald kommt und den Alleinerziehenden wirklich hilft. - Danke schön für die Unterstützung bei dem, was ich tue.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Sven Krumbek [PIRATEN])

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/1965 sowie den Änderungsantrag Drucksache 18/2037 als selbstständigen Antrag dem Finanzausschuss - -

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sozialausschuss und mitberatend Finanzausschuss!)

- dem Sozialausschuss und mitberatend dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig. Dann haben wir so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

Kieler Woche zur Völkerverständigung nutzen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1966

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2040

Mündlicher Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache.

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Kieler Woche findet in diesem Jahr zum 120. Mal statt. Als maritimes Großereignis mit Segelregatten, kulturellen Veranstaltungen, politischen und wissenschaftlichen Akzenten und ihrem Charakter als großes Volksfest trägt die **Kieler Woche** hier im Norden echt - und nicht bloß aufgesetzt - zu **Völkerverständigung** und zu freundschaftlichen Verbindungen bei, und zwar ganz besonders in der Ostseeregion.

(Vereinzelter Beifall)

Vor diesem Hintergrund ist uns die Entscheidung von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmei-

er, der **russischen Fregatte „Boiky“** die Teilnahme an der Kieler Woche zu verbieten, völlig unverständlich. Das russische Marineschiff ist von der Stadt Kiel bekanntlich offiziell eingeladen worden und darf nun aufgrund der Berliner Entscheidung nicht in deutsche Hoheitsgewässer einlaufen. Für diese Art symbolhafter Sanktionspolitik durch einen sozialdemokratischen Bundesaußenminister haben wir Liberale überhaupt kein Verständnis.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Das gilt auch trotz der in der Tat sehr zu kritisierenden Vorgänge in der Ukraine. Ich darf aber daran erinnern, dass die beiden Tschetschenien-Kriege seinerzeit weder den Bundesaußenminister Klaus Kinkel noch den Bundesaußenminister Joschka Fischer dazu veranlasst haben, ähnliche Sanktionsmaßnahmen gegen die Teilnahme russischer Marineschiffe an der Kieler Woche einzuführen. Das war eine Situation, bei der mehrere 10.000 Menschen aufgrund einer sehr fragwürdigen russischen Politik ums Leben gekommen sind. Von der Dimension her also etwas, was vom Schweregrad gesehen her über das hinausging, was heute in der Ukraine zu beklagen ist. Wir erwarten, dass die hohen Repräsentanten unseres Landes im Interesse der Tradition und des Geistes der Kieler Woche gegen die Entscheidung des Bundesaußenministeriums Einspruch erheben. Stattdessen kommen nur Äußerungen, die man nicht anders als Leisetreterei bezeichnen kann.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch eine Anmaßung!)

Der Kieler Oberbürgermeister sagt - Zitat:

„Wenn das Außenministerium das so entschieden hat, dann steht es mir nicht zu, darüber zu urteilen.“

Das ist eine Art von sozialdemokratischem Obrigkeitsstaat und Obrigkeitsstaatsverständnis, die ich für total inakzeptabel halte.

(Beifall FDP und PIRATEN - Zuruf SPD)

Es stünde einem nicht zu, etwas dazu zu sagen, wenn der Bundesaußenminister das so befindet. Wo kommen wir denn hin, wenn sich Repräsentanten unseres Landes so äußern. Leider hat der Ministerpräsident mit der Bemerkung, diese Frage sei eine Angelegenheit des Bundes, seinem Nachfolger Ulf Kämpfer quasi den Weg gewiesen. Warum gibt es dann vonseiten des Ministerpräsidenten nicht einmal einen Appell an die Berliner Adresse, die Entscheidung zu revidieren?

(Dr. Ekkehard Klug)

(Beifall FDP und PIRATEN)

Im Vergleich dazu hat sich der Vorsitzende Dr. Stegner noch am deutlichsten positioniert, als er seine Hoffnung zum Ausdruck brachte, dass noch nicht das letzte Wort gesprochen sei. Ja, von wem denn gesprochen? Herr Dr. Stegner hätte ja auch seinen Parteifreund Steinmeier auffordern können, seine Entscheidung zu revidieren. Davon, wie gesagt, nichts. Schleswig-holsteinische SPD-Politiker aus dem echt kleinlauten Norden haben sich selbst in dieser Angelegenheit Stillschweigen verordnet. Herr Albig und Herr Stegner, die ja sonst keinem wortgewaltigen Auftritt aus dem Wege gehen, agieren in dieser Sache so still und behutsam, als hätten sie in einem sozialdemokratisch unterwanderten Trappistenkloster mal ein vorübergehendes Schweigegelübde abgelegt. Klare Worte statt Duckmäusertum gegenüber Herrn Steinmeier erwarten wir von den Vertretern des Landes.

(Zurufe SPD und Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nicht einmal Kaiser Wilhelm hat vor einhundert Jahren die Idee gehabt, zur Kieler Woche die Royal Navy auszuladen, aber heute greift ausgerechnet ein **sozialdemokratischer Bundesaußenminister** gegenüber der russischen Marine zu einem derart unsinnigen Mittel einfallloser **Sanktionspolitik**. Es sollte unser aller Anliegen sein, dagegen Einspruch zu erheben.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Johannes Callsen das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ja, es ist richtig. Die Kieler Woche besitzt internationalen Charakter. Die **Kieler Woche** bringt Menschen und Kulturen zueinander, und sie ist klar und eindeutig ein **Fest der Völkerverständigung**.

(Beifall CDU und PIRATEN)

Gerade weil die Kieler Woche dies ist, wäre ein russisches Kriegsschiff in einem deutschen Hafen zu dieser Zeit genau das falsche Signal.

(Beifall CDU)

Seit Wochen erleben wir, wie Russland im Ukraine-Konflikt seine Muskeln spielen lässt. Es ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, das Russland

dort treibt. Die russische Aggression auf der Krim ist völkerrechtswidrig und unanständig. In den Gebieten im Osten der Ukraine beteiligen sich auch russische Staatsbürger an den Kampfhandlungen der prorussischen Separatisten. Warum sonst sollten getötete Kämpfer in ihre russische Heimat zurücküberführt werden?

Bisher ist nicht ersichtlich, dass die russische Regierung ihren Einfluss hinreichend geltend macht, auf die Separatisten einzuwirken. Die Verhandlungen in Genf haben deutlich gemacht, dass eine Entwaffnung aller nichtstaatlichen Gruppen erforderlich ist, um den Frieden vor Ort zu stärken und verhandeln zu können. Die **Europäische Union** hat zu Recht **Sanktionen gegen die Russische Föderation** beschlossen. Diese Sanktionen gelten nach wie vor.

(Beifall CDU und Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Außenminister Steinmeier hat ein Aufeinanderzugehen der beiden Parteien Russland und Ukraine festgemacht. Er sieht die Möglichkeit einer Wende. Auch der russische Außenminister hat die Überlegungen des ukrainischen Präsidenten Poroschenko zur Einrichtung eines humanitären Korridors zur Versorgung der Menschen vor Ort begrüßt.

Das ist gut, aber es steht noch viel Arbeit und viel Vertrauensbildung bevor. Vor allem Russland muss sich bewegen, um die militärische Dimension des Konflikts abzuschwächen und eine Waffenruhe zu erzielen.

Vor diesem Hintergrund kann ich die Entscheidung des Bundesaußenministers und der Bundesverteidigungsministerin in Berlin sehr gut nachvollziehen, kein **russisches Kriegsschiff in deutsche Gewässer** einlaufen zu lassen. Das ist doch der Kern dieser Entscheidung: Inmitten dieses gewaltsamen Konflikts hat ein russisches Kriegsschiff in einem deutschen oder europäischen Gewässer nichts zu suchen.

(Beifall CDU - Thomas Rother [SPD]: Auch Russland ist Europa!)

Das hat nichts, rein gar nichts mit einer symbolhaften Sanktionspolitik zu tun, sondern das hat etwas mit Kontinuität, Verantwortung und Sensibilität zu tun. Sanktionen können nur dann eine Wirkung erzielen, wenn sie stringent angewendet werden oder mit anderen Worten: Wer A sagt, muss auch B sagen. Sanktionen zu beschließen, reicht nicht; sie müssen umgesetzt werden. Unsere Bündnisverpflichtung in der NATO, unsere Verantwortung in

(Johannes Callsen)

der Europäischen Union kann die Kieler Woche nun einmal nicht ausschließen.

Auch wenn Schleswig-Holstein geografisch scheinbar weit vom Konfliktgebiet entfernt ist, tragen auch wir als Bundesland Schleswig-Holstein eine Verantwortung, übrigens auch gegenüber den Staaten der Europäischen Union, die an Russland grenzen und bei denen das Vorgehen Russlands in der Ukraine-Krise natürlich gewisse Ängste hervorrufen hat.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus diesen Ländern werden Vertreter an der Kieler Woche teilnehmen. Wie sollen sie sich fühlen, wenn inmitten eines friedlichen Festes der Völkerverständigung ein russisches Marinekriegsschiff festmacht? Auch in ihrem Interesse sollten wir in dieser Frage eine hohe Sensibilität an den Tag legen.

Meine Damen und Herren, wir freuen uns auf unsere **internationalen Gäste**. Wir wollen, dass sie sich bei uns wohlfühlen. Wir wollen, dass die Kieler Woche auch in diesem Jahr ein Fest der Völkerverständigung sein wird. Es muss alles getan werden, um den Ukraine-Konflikt diplomatisch und friedlich zu lösen. Ein russisches Kriegsschiff aber symbolisiert in diesen Tagen alles andere als Völkerverständigung. Vor diesem Hintergrund lehnt die CDU es ab, die Entscheidung der Bundesregierung auch nur im geringsten Maße infrage zu stellen.

(Beifall CDU)

Aus diesem Grunde lehnen wir auch den Antrag der FDP ab. Ich will ein kurzes Wort zu dem jetzt kurzfristig vorgelegten Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen sagen. Wenn Sie von „Bedauern“ sprechen, verstehe ich das Bedauern in dem Sinne, dass die Ursache für die Entscheidung das Vorgehen Russlands ist - damit wir darüber Einigkeit haben.

Wir könnten uns vorstellen, dem Antrag unter der Voraussetzung zuzustimmen, dass folgender Satz vorangestellt wird:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekennt sich zu den gemeinsam vereinbarten Bündnisverpflichtungen innerhalb der NATO und zu den vereinbarten Maßnahmen der Europäischen Union, die von der Bundesregierung umgesetzt werden.“

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Callsen, es könnte hilfreich sein, wenn Sie noch die Frage oder Bemerkung des Abgeordneten Dr. Dolgner zulassen.

Johannes Callsen [CDU]:

Gern.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Ich habe eine Frage zur Motivation Ihres vorgeschlagenen ersten Satzes. In welchem Zusammenhang sehen Sie die Bündnisverpflichtungen der NATO mit der derzeitigen Lage in der Ukraine? Ich habe nicht mitbekommen, dass der Bündnisfall eingetreten ist.

(Unruhe)

- Ich möchte das von Herrn Callsen erklärt haben, Frau Beer.

- Ich wollte nur darauf hinweisen, dass es unsere Verantwortung in der Bundesrepublik Deutschland ist, die entsprechenden übernationalen Verpflichtungen einzuhalten.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das habe ich immer noch nicht verstanden!)

Präsident Klaus Schlie:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Jürgen Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist heute Morgen eine ziemlich verquere Debatte, ehrlich gesagt. Lassen Sie mich versuchen, das einmal nach den Wortbeiträgen, die ich bisher gehört habe, zu sortieren.

Als der **FDP-Antrag** vorgelegt wurde, hatte er bei mir und meiner Fraktion zuerst eine sehr große Sympathie, weil wir die **Stoßrichtung** richtig fanden. Allerdings macht es zwei Tage vor Beginn der Kieler Woche nicht wirklich Sinn, einen Antrag zu beschließen, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, dort in irgendeiner Form vorstellig zu werden. Deswegen haben wir einen Änderungsantrag vorgelegt, der so grundsätzlich formuliert ist, dass alle drei Koalitionsfraktionen dahinterstehen können.

(Anita Klahn [FDP]: Diplomatisch!)

Ich glaube, dass er deswegen zustimmungsfähig ist.

(Jürgen Weber)

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Für alle! - Weitere Zurufe)

Ich will etwas dazu sagen, weswegen wir uns hier überhaupt mit der Frage befassen wollen und weswegen ich für die SPD-Fraktion rede. Wir sollen nicht so tun, als wenn wir hier im **Landtag Außenpolitik** machen. Das ist nicht unser Job.

(Beifall SPD)

Nicht nur deswegen, weil wir hier nichts erreichen, sondern weil wir die Zuständigkeit dafür nicht haben. Meinungen können wir natürlich haben.

Das Thema wird ja von zwei Seiten betrachtet. Zum einen schwingt doch immer mit, wie wir die Situation im Osten der Ukraine einschätzen und ob das Verhalten der russischen Regierung etwas ist, was wir in unserer Bewertung einbeziehen. Das schwingt im Hintergrund mit. Damit sind wir voll in der Außenpolitik.

Zum anderen - und das ist der Kern unserer Motivation, sich mit der Frage zu befassen - gibt es eine Tradition der **Kieler Woche** als Veranstaltung der **Völkerfreundschaft**. Wenn wir hier auch Militärschiffe empfangen, wenn wir hier Soldaten - und neuerdings auch - Soldatinnen empfangen, empfangen wir nicht nur Bündnisschiffe, sondern wir legen das breit an. Das haben wir in den letzten 20 Jahren gemacht, und das macht nach wie vor Sinn. Deswegen finden wir es richtig, dass auch andere Schiffe außer NATO-Schiffen nach Schleswig-Holstein und Kiel kommen.

(Beifall SPD)

Die Kieler Woche ist ja auch keine Veranstaltung des Landes, sondern der Landeshauptstadt Kiel.

Hätte der Kollege Klug in letzter Zeit nicht so eine Anti-SPD-Paranoia in seinen Debattenbeiträgen, hätte er sich vielleicht schlaugemacht, dass es gar keine **Entscheidung** des **Bundesaußenministers** gibt.

(Beifall SPD und Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben den Bundesaußenminister gefragt, und er hat uns gesagt: Es ist weder das Bundeskabinett noch der Bundesaußenminister befasst gewesen, sondern es ist eine **Entscheidung des Verteidigungsministeriums** nach Absprache mit den Bündnispartnern. Es gibt eine solche Entscheidung des bösen sozialdemokratischen Außenministers Frank-Walter Steinmeier überhaupt nicht. Kollege Klug, deswegen geht Ihre kleine Spitze da ins Leere.

(Zuruf Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Jetzt komme ich zu dem, was Kollege Callsen formuliert hat. Natürlich kann man beschließen, dass wir uns zu unseren **Bündnisverpflichtungen** bekennen. Ich habe kein Problem damit, so etwas zu beschließen. Das muss der Landtag eigentlich nicht beschließen, das ist eine politische Selbstverständlichkeit.

Ich finde es aber schwierig und nicht akzeptabel - wir sind hier ja keine WG oder eine Gesprächsrunde, die sich einfach so trifft, sondern ein Parlament -, dass wir das komplexe, umfassende Thema der EU-Sanktionen ohne Debatte einfach einmal so in einen Kieler-Woche-Antrag reinschieben. Ich bin nicht bereit zu sagen, dass wir all das, was im Bereich von EU-Sanktionen passiert, politisch richtig finden. Ich persönlich finde nämlich nicht alles richtig, was seitens der EU passiert.

(Beifall SPD und SSW)

Summa summarum rege ich an, sich zu überlegen, ob man unserem Änderungsantrag nicht zustimmen kann. In der Stoßrichtung - Aufgabe der Kieler Woche und kritische Überprüfung dessen, was passiert ist - ist er meines Erachtens eigentlich genauso deutlich wie der FDP-Antrag. Die FDP will zusätzlich, dass jemand vorstellig wird. Die Kieler Woche fängt übermorgen an; das hat sich meines Erachtens in der Sache erledigt. Wie gesagt, die Zielrichtung Ihrer Kritik war nicht völlig falsch.

Sie müssen im Bundeskabinett einen Stuhl weiterdenken, Sie müssen einen Stuhl weiter nach rechts gucken, auf den neben Herrn Steinmeier, dann haben Sie die Verantwortung für die Entscheidung.

Das können wir im Interesse der Kieler Woche so nicht wollen. Deswegen hatten und haben wir Sympathie für Ihren Antrag, nicht aber für Ihren Redebeitrag, Herr Kollege Dr. Klug.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Bernd Voß.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich ist die **Kieler Woche** ein **Fest der Völkerverständigung**. Natürlich wird die

(Bernd Voß)

Ministerin nachher noch darauf eingehen, wie intensiv diese Landesregierung und die Landesregierungen davor in intensivem Dialog mit den unterschiedlichen, gerade auch den russischen Regionen rund um die Ostsee führen und geführt haben. Natürlich bringt sich der Landtag im Rahmen des Jugendforums dieses Mal wieder stark in die Kieler Woche ein. Es sind Jugendliche aus aller Herren Länder beteiligt, aber auch gerade aus den Gebieten Kaliningrad, Karelien, Kasachstan und der Ukraine, um nur einige Regionen zu nennen. Natürlich findet auch aus Schleswig-Holstein heraus während und außerhalb der Kieler Woche von vielen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, von Unternehmen und vielen anderen Netzwerken ein ganz intensiver Kontakt, eine ganz intensive Graswurzelarbeit statt, um Verkrustungen aufzubrechen, auch Verkrustungen in den nicht immer sonderlich demokratischen Strukturen anderer Länder.

Zur Frage der **Beteiligung der Kriegsmarine** aus anderen Ländern: Es ist klar, dass wir unterschiedliche Bewertungen innerhalb unserer Fraktion haben. Schiffe der russischen Kriegsmarine sind seit Ende des Kalten Krieges wieder als Gäste an der Kieler Woche beteiligt. Das war ein deutliches Zeichen dafür, dass der Kalte Krieg vorbei ist. Es ist ein besorgniserregendes Zeichen der sicherheitspolitischen Lage in Europa, aber auch weltweit, wenn das in diesem Jahr seit 20 Jahren zum ersten Mal nicht der Fall ist. Dialog und Kennenlernen von Soldatinnen und Soldaten aus unterschiedlichen Ländern ist ein Baustein für die Deeskalation.

Die grundsätzliche Diskussion und das Mitwirken von Kriegsmarineschiffen an Festen wie der Kieler Woche sind nicht neu. Ich erinnere nur an die Auseinandersetzung über US-Kriegsschiffe während des Golfkrieges, ich erinnere an die Teilnahme argentinischer Marineschiffe während der Militärdiktatur, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Es gibt eine lange Tradition der **Beteiligung der Marine** als festen Bestandteil der Kieler Woche. Wir setzen darauf, dass die Veranstalter den sensiblen Punkt der Beteiligung von Marineverbänden vielfältiger weltweiter Herkunft immer wieder neu evaluieren und klug gestalten. Nur so kann das ein Baustein einer wirklich wirksamen, lokalen Friedenspolitik sein.

Aber wir sehen auch, was zu der Entscheidung der Bundesregierung geführt hat. Wir haben es in unserer unmittelbaren Nähe in Osteuropa mit einem Konflikt zu tun. Dieser Konflikt ist die Ursache dafür, dass die russische Fregatte hier nicht teilnehmen kann. Nur darüber reden wir.

(Zuruf CDU: So ist es!)

Es hat sicherlich Fehler in der Ostpolitik der EU gegeben. Ich erinnere hier an die baltischen Länder. Da hätte die EU im Rahmen der Minderheitspolitik einen ganz anderen Einfluss nehmen können. Ich erinnere an den 1. April, das Assoziationsabkommen mit der Ukraine, in dem nicht auf eine intensive Minderheitenpolitik gerade im Osten der Ukraine gedrängt worden ist und in dem nicht auf ein Ende der Korruption mit all seinen Folgen gedrängt worden ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es kann auch nicht sein, dass wir die Augen vor den Folgen einer russischen Politik verschließen, die im Grunde die ganze osteuropäische Region destabilisiert. Wer - wie im Fall der Ukraine - meint, Grenzen von Staaten in Europa neu schieben zu können, spielt dramatisch mit dem Feuer.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SSW)

Jetzt konkret zum **Antrag der FDP**. Ich finde ihn populistisch bis zum Abwinken. Hauptsache, man kommt in den Medien vor - egal, wie. Anders, als die FDP uns weismachen möchte, ist es eben nicht so - ich habe es eben bereits gesagt -, dass der deutsche Außenminister die russischen Matrosen daran hindern möchte, mit ihren deutschen, amerikanischen oder sonstigen Kameraden aus verschiedenen Gegenden der Welt über die Kieler Woche zu bummeln. Das russische Segelschulschiff „Krusenstern“ nimmt im Übrigen wie viele andere russische Organisationen auch an der Kieler Woche teil.

Das **Auswärtige Amt** hat nicht in einer einsamen Entscheidung, wie Sie das hier darstellen wollen, sondern in Abstimmung mit dem **Verteidigungsministerium** beschlossen, aufgrund der Zuspitzung der Lage in der Ukraine dem modernsten Kriegsschiff - ich betone: dem modernsten Kriegsschiff; ich hoffe, Sie wissen, was das bedeuten kann -, der „Boiky“, den Einlauf in deutsche Hoheitsgewässer nicht zu erlauben. Das ist eine nachvollziehbare Entscheidung. Man kann das auch anders bewerten. Bekanntlich kann man Außen- und Sicherheitspolitik anders sehen. Wir haben eine intensive Debatte nicht erst seit der Friedensbewegung. Wir sollten diese Frage richtig einordnen. Es ist eine außenpolitische Frage. Es ist nicht in erster Linie eine Frage der Kieler Woche. Wir sind hier nicht der Nabel der Welt. Politische Auseinandersetzungen auch in der lokalen Friedens- und Sicherheitspolitik sind für uns unverzichtbar. Entschieden wird in dieser Frage

(Bernd Voß)

aber in Berlin und in Brüssel. Sie als FDP mögen es nicht lustig finden, dass Sie dort im Moment nicht vertreten sind. Das ist aber einmal so. Das müssen Sie akzeptieren.

(Anita Klahn [FDP]: Nein!)

Ich bitte, unserem Antrag zuzustimmen. Das Ansinnen von Herrn Callsen erübrigt sich.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Klar ist, dass wir zu den Verträgen stehen. Das ist die EU. Das ist die NATO. Das brauchen wir nicht extra zu betonen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN hat die Frau Abgeordnete Angelika Beer.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eigentlich schon eine spannende Debatte, die wir hier führen. Durch die zur Disposition stehende **Teilnahme der russischen Marine** - sie sollte morgen hier einlaufen - an den Feierlichkeiten der **Kieler Woche** wird auf einmal unsere Stadt, wird die Förde, auf die wir jeden Tag gucken, ein Stück weit in relevante Zusammenhänge mit aktuellen politischen Entwicklungen und sicherheitspolitischen Entwicklungen gestellt.

Ich muss, ehrlich gesagt, sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD: Zu sagen, es ist nicht unsere Aufgabe, **Außenpolitik** zu machen, finde ich etwas sehr einfach. Die Kieler Woche steht für **Völkerverständigung**. Das ist ein Stück Außenpolitik. Das gehört zusammen. Insofern kann ich nur sagen, dass wir in Kiel durch die Kieler Woche ein Alleinstellungsmerkmal haben und dass es ein hohes Gut ist, das man nicht polemisch beiseite rücken sollte.

Was ist Europa? Ich kann das nur für uns und für mich definieren. **Europa** bedeutet für mich, dass man redet, dass man versucht, sich zu verstehen, Kompromisslösungen für Interessenskonflikte zu finden, versucht, Lösungen zu erarbeiten, statt den anderen einfach kalt in die Ecke zu stellen. Jedes Mal, wenn wir dieses Prinzip in der Geschichte verletzt oder vernachlässigt haben, sind wir in eine Gewaltspirale geraten. Europa ist für mich auch Russland, auch wenn es nicht zur Europäischen Union

gehört. Geografisch ist es ein Stück Europa. Unser Hauptanliegen ist es, dort deeskalierend zu wirken.

Schleswig-Holstein - das ist schon gesagt worden - macht eine **aktive Europa- und Ostseepolitik**. Wir zeichnen uns seit Jahrzehnten durch einen klaren Kurs der Kommunikation statt der Konfrontation aus. Letzten Monat hat unsere Landtagsdelegation an der Sitzung in Kaliningrad teilgenommen. Ende August werden wir an der Ostsee-Parlamentarierkonferenz in Polen teilnehmen. Ich erwarte, dass das hier keiner infrage stellt. Das ist auch gut so.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass eine solche Politik, wie sie aus Schleswig-Holstein ausstrahlt, eben jetzt nicht **Opfer der Sanktionspolitik** der NATO oder der Bundesregierung sein sollte. Ich muss einfach die Äußerung von Frau von der Leyen - das Verteidigungsministerium und dessen Entscheidung ist eben angesprochen worden -, ansprechen, auch wenn wir hier keine Verteidigungspolitik machen. Ihre Forderung, dass sich Deutschland flexibel an stärkeren Truppenstationierungen in Osteuropa beteiligt, sich ebenfalls mit Eurofightern beteiligt, um ein Sicherheitsgefühl für die osteuropäischen Staaten zu produzieren, ist schon oft versucht worden umzusetzen, aber nur selten mit Erfolg. Ich halte für sehr bedenklich, was im Rahmen der Bundesregierung diskutiert wird.

Heute Nachmittag wird es eine weitere parlamentarische Beratung geben, nämlich auf Initiative der PIRATEN bei uns in der **Kieler Ratsversammlung**. Ich finde es gut, dass sich mehrere Fraktionen auf einen Resolutionstext geeinigt haben, nämlich SPD, Grüne, SSW, FDP und PIRATEN, in der sie die Bundesregierung - nicht den Außenminister - auffordern, die Absage an die Teilnahme der „Boiky“ zu überdenken. Das ist das, was auch wir hier vertreten.

(Zuruf Lars Winter [SPD])

- Ich kann das gern zitieren. Es ist doch gut, dass es dort offensichtlich andere politische Bündnisse gibt als hier. Der Satz lautet: Die Bundesregierung wird gebeten, bei der Pflege der auswärtigen Beziehungen diese Rolle der Kieler Woche stärker als bisher zu gewichten und insbesondere die Entscheidung, einem russischen Marineschiff den Besuch der Kieler Woche nicht zu gestatten, zu überdenken. Genau das werden wir - wenn auch in anderer politischer Konstellation - im Kieler Rat beschließen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere eigene Geschichte und aktuelle Ereignisse in anderen Gegen-

(Angelika Beer)

den der Welt zeigen, wie schnell sich das friedliche Zusammenleben in das Gegenteil verkehren kann. Ich möchte, dass wir dann, wenn wir hier über Außenpolitik diskutieren, dies ein wenig differenzierter machen. **Sanktionen** haben in der Vergangenheit nie geholfen, politische Krisen zu beheben. Hierfür gibt es zahlreiche Beispiele, wie zum Beispiel die Situationen im Iran, im Irak und in Syrien. Ich könnte in diesem Zusammenhang auch Kuba nennen. Die Sanktionen dort sind vor 55 Jahren verhängt worden. Sie gelten immer noch. Diejenigen, die dafür bezahlen, sind die Menschen, die Bevölkerung. Sanktionen führen nie zu einer Änderung der zu Recht kritisierten Politik, in diesem Fall der Politik Russlands gegenüber der Ukraine, die wir verurteilen.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete Beer, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Landtagspräsident, ich komme zum Ende. Sanktionen haben noch nie einen Politikwechsel herbeigerufen und werden es auch dieses Mal nicht tun. Zu Völkerverständigungen, auch zu denen, die wir verurteilen oder kritisieren, gibt es keine Alternative.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Abgeordneten des SSW hat Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die **Kieler Woche** ist **gelebte Völkerfreundschaft**; auch ohne die Beteiligung der russischen Fregatte. Menschen aus vielen Ländern treffen sich, stellen sich dem sportlichen Wettkampf oder feiern zusammen an der Förde. Genau das macht die Völkerfreundschaft aus. Darum treffen weder die Überschrift noch der letzte Satz des Antrags der FDP zu. Beide stellen in Abrede, dass die Kieler Woche auch in diesem Jahr der Völkerverständigung dienen wird. Genau das tut sie jedoch. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich um Augenmaß bitten. Die Ausladung der russischen Fregatte bedeutet nicht, dass während der Kieler Woche überhaupt keine Gespräche mit Russinnen und Russen stattfinden.

(Beifall SSW und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Die Gespräche sind sogar ein fester Programmpunkt, der uns auf der Parlamentarierreise nach Kaliningrad im Mai noch einmal bestätigt wurde. Diese Gespräche sind gute Tradition im Ostseeraum.

Seit Egon Bahrs Idee einer Neuen Hanse und der Wiederbelebung des kulturellen Austauschs in der Ostseeregion durch die Regierung unter Führung von Björn Engholm kündigen zahlreiche kleine und große Kooperationsprojekte von dem guten nachbarschaftlichen Miteinander. Ich nenne hier nur die JazzBaltica, die Nordischen Filmtage und FolkBaltica. Es gibt noch viele andere Projekte. Diese **kulturelle Zusammenarbeit** machte die **Ostsee** wieder zu dem, was sie jahrhundertlang gewesen war: Ein **europäisches Binnenmeer**, an dessen Küste die Ideen nur so sprudeln und ausgetauscht werden. Man redet miteinander und macht gemeinsam Musik, spielt Theater und tut das alles ungeachtet von Grenzen und Sprachen. So erlebe ich selbst die Arbeit in den entsprechenden parlamentarischen Gremien. Auch deshalb sind wir im Mai nach Kaliningrad gereist. Wir wollten reden und nicht schweigen. Die Kultur bahnt Wege und baut Brücken, auf denen wirtschaftliche Kooperationen mit einiger Verzögerung folgen.

Diese Strategie war zunächst umstritten und wurde von einigen belächelt, die fürchteten, dass sich Schleswig-Holstein überheben würde. Inzwischen hat sich diese Strategie aber allgemein durchgesetzt. Es war richtig, Kaliningrad und das damalige Leningrad frühzeitig in das Netz einzuknüpfen. Das war zu einer Zeit, als man abseits der Ostsee jeglichem Kontakt mit Russland sehr skeptisch gegenüberstand. Um die guten Kontakte gerade mit diesen Städten beneiden uns inzwischen viele. Die Kontakte haben die Region insgesamt stabilisiert und Vorurteile abgebaut. Das alles ließ uns enger zusammenrücken. Wir haben den Grundstein gelegt für eine dauerhafte Kooperation. Warum also der Blick zurück? - Ich möchte daran erinnern, wie das starke Band um die Ostsee gewachsen ist und dass es einiges aushalten kann.

Das gilt auch für die Entscheidung des deutschen Außenministeriums, der russischen Fregatte keine Einlaufgenehmigung zur Kieler Woche zu erteilen. Diese Entscheidung hängt mit den Sanktionen der Europäischen Union zusammen, die gemeinsam im Zuge der Ukraine-Krise verabredet wurden.

Die Kieler Woche wird wegen der Ausladung keineswegs ihren Charakter als Fest der Völkerver-

(Jette Waldinger-Thiering)

ständigung verlieren. Wie der offiziellen Chronik zu entnehmen ist, kamen 1973 erstmals offizielle Vertreter aus allen Staaten rund um die Ostsee zur Kieler Woche. Seitdem ist Kiel einmal im Jahr Gastgeber der Ostsee. Das wird die Stadt an der Förde bleiben. Sie wird es sicherlich auch in den nächsten Jahren wieder für alle Ostseerainer werden, davon bin ich überzeugt. Ich habe vollstes Vertrauen in die Haltbarkeit der Verbindungen entlang der Ostsee. Die Krise in der Ukraine zeigt uns, wie wichtig es ist, den Frieden in Europa zu bewahren. Frieden in Europa ist eben kein Luxus, daran müssen wir alle gemeinsam arbeiten.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Axel Bernstein das Wort.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident, auch wenn die Mittagspause eigentlich schon begonnen hat, so seien mir noch vier Anmerkungen erlaubt. Zum einen müssen wir - so glaube ich - in dieser Debatte sehr darauf achten, dass Ursache und Wirkung nicht miteinander verwechselt werden. Die Ursache für die **Ausladung des russischen Kriegsschiffes** ist die fortwährende Aggression zumindest Russland nahestehender Bevölkerungsteile in der Ukraine.

Herr Klug, Sie sind jemand, der sich durchaus in der osteuropäischen Geschichte auskennt. Da Sie dies an dieser Stelle anders sehen, möchte ich darauf hinweisen, dass die russische Marine bei der Besetzung der Krim eine herausragende Rolle gespielt hat. Das ist anders als in der jetzigen Situation, bei der ein wenig unklar und diffus ist, ob die Kombattanten im Osten der Ukraine formal russische Soldaten sind oder von diesen unterstützt oder auch nur mit Waffen beliefert werden. Hier haben sich russische Militäreinheiten der Marine große Teile der ukrainischen Marine angeeignet und Standorte besetzt. Ich glaube, das lässt ein solches Schiff zu einem besonderen Symbol werden.

Wenn man einen Vergleich mit früheren Konflikten herstellt, dann ist es doch gut, dass wir heute 20 Jahre weiter sind und dass man ein solches Verhalten heute nicht mehr sanktionslos toleriert. Bei unseren Freunden entlang der Ostsee, bei **Polen** und bei den **baltischen Staaten**, zu denen wir als Schleswig-Holsteinischer Landtag eine besondere Verbindung haben, löst dieses Verhalten natürlich

Ängste und Sorgen aus, die wir nach meiner festen Überzeugung höher gewichten müssen als den Beitrag, den ein zusätzliches russisches Schiff auf der Kieler Woche zur Völkerverständigung leisten könnte.

(Beifall CDU und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Die Art, wie die Situation in anderen Ländern aufgenommen wird, zeigt, und das finde ich viel wichtiger, die Diskussion, die derzeit in Schweden und in Finnland geführt wird. Das sind Länder, die während des gesamten Kalten Krieges formalpolitisch neutral geblieben sind. Diese Länder denken heute intensiv darüber nach, NATO-Mitglieder zu werden. Sie werden mit ihren Einheiten während der Kieler Woche hier vertreten sein. Ich kann uns alle nur auffordern, mit ihnen in einen intensiven Dialog zu treten, weil dies für Stabilität und Sicherheit im Ostseeraum ein ganz wichtiger Schritt nach vorn wäre.

(Beifall CDU)

Ich will noch einmal festhalten: Wir fordern die **russische Regierung** natürlich auf, zu einer Politik für Frieden, Achtung des Völkerrechtes und Demokratie in Europa zurückzukehren. Wenn sie das tut, dann sind russische Einheiten bei der Kieler Woche 2015 natürlich wieder willkommen. Diese Vorleistung muss aber erbracht werden.

Vor diesem Hintergrund sage ich noch einige Worte zum **Abstimmungsverhalten**. Der Kollege Voß hat dargestellt, welche innerkoalitionären Zwänge die Formulierung des gestellten Antrags hervorgebracht haben. Diese kann ich nachvollziehen. Für uns gilt aber, dass wir Ursache und Wirkung sehr deutlich machen. Das Bedauern darf nicht missverständlich als ein Bedauern über die Entscheidung interpretiert werden, sondern es ist vielmehr ein Bedauern über das Verhalten Russlands. Ich sage ganz deutlich: Das Wort „Bedauern“ ist in diesem Zusammenhang sehr schwach. Das Verhalten Russlands, so wie es zum heutigen Tag an den Tag gelegt wird, ist zu verurteilen. Aus diesem Grund werden wir den Antrag in der Form, wie er jetzt gestellt ist, nicht unterstützen.

(Beifall CDU und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Präsident Klaus Schlie:

Für die Landesregierung hat die Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Frau Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Bemerkung vorweg. Nicht nur die vorliegenden Anträge, sondern auch die Redebeiträge machen deutlich, wie schwierig die politische Gemengelage ist. Deshalb erlauben Sie mir die Frage: Glauben Sie wirklich, dass ein **Brief des Ministerpräsidenten** des Landes Schleswig-Holstein bei einer Entscheidung der Bundesregierung, die nicht allein vom Bundesaußenminister, sondern von der Bundesregierung insgesamt, das heißt auch von der Bundesverteidigungsministerin, getroffen worden ist, vor dem Hintergrund der EU-Sanktionen etwas geändert hätte? Ich glaube nicht. Darum sage ich: Das, was wir in Schleswig-Holstein leisten können, ist, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Deshalb möchte ich beginnen mit einem Zitat von Helmut Schmidt. Helmut Schmidt hat einmal gesagt, heutzutage sei das Wichtigste zu lernen, wie man andere Völker verstehe, und zwar nicht nur deren Musik, sondern auch deren Philosophie, ihre Haltung, ihr Verhalten. Nur dann könnten sich die Nationen untereinander verstehen. Ich halte das für richtig.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund begleiten mich - „natürlich“ hätte ich fast gesagt - die Entwicklungen der letzten Monate mit großer Sorge. Immer weiter eskalierende **Konflikte** wie in der **Ukraine**, aber auch jetzt aktuell im Irak begleiten uns tagtäglich durch die Nachrichten. Selbst der Bundespräsident äußert sich mittlerweile in den Medien dahingehend, dass sich Deutschland in letzter Konsequenz auch an Militäreinsätzen zur Konfliktlösung im Ausland beteiligen sollte. Ich halte diese Signale für bedenklich.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Angelika Beer [PIRATEN])

Wir sollten die Debatte anders führen, und Helmut Schmidt hat es erkannt. Zur **Verständigung von Menschen** und damit auch der Nationen muss es **Begegnungen** geben. Es müssen der Austausch und die Zusammenarbeit gefördert werden. Das gilt insbesondere in den heutigen Zeiten in Bezug auf die Europäische Union und Russland oder, um es ganz konkret zu sagen, in Bezug auf die Ostseeanrainer und ihre Nachbarschaft zu Russland. Insofern ist der Ansatz des vorliegenden Antrags nachvollziehbar. Auch Volksfeste wie die Kieler Woche sind ein Beitrag dazu, dass sich Menschen kennenlernen und austauschen. Ich persönlich hätte es durchaus

begrüßt, wenn auch die besagte russische Fregatte an der Kieler Woche hätte teilnehmen können.

(Beifall SPD, SSW, FDP und Angelika Beer [PIRATEN])

Die echte Debatte geht aber deutlich weiter als der symbolhafte Einlauf eines Marineschiffs im Rahmen der Kieler Woche. Sie muss sich mit den Fragen beschäftigen, was wir als Landesregierung und was Sie als Landtag dazu beitragen können, damit die **Beziehungen zu Russland** weiter verbessert werden können. Wir alle stehen insoweit in der Verantwortung. Mir als Europaministerin ist das bewusst, und ich lade Sie herzlich dazu ein, sich als Landtag künftig politisch noch mehr einzubringen.

Ich begrüße ausdrücklich, dass der Landtag im Rahmen der Kieler Woche eine **Ostsee-Jugendkonferenz** durchführt. Ich will aber auch nicht verhehlen, dass ich es immer noch bedaure, dass der Landtag das Parlamentariertreffen im Rahmen der Kieler Woche eingestampft hat.

Ich sage auch, jetzt unter dem Stichwort „Ostsee“, dass wir uns insgesamt vehement mit der Frage beschäftigen müssen, wie wir uns die **OstseeKooperation** vor dem Hintergrund der aktuellen Politik vorstellen und wie wir sie stärken können. Wir werden im Juli die Gelegenheit dazu bekommen, das hier im Landtag aktuell miteinander zu debattieren, weil dann der aktuelle **Ostseebericht** vorliegen wird. In dem Ostseebericht - das wissen Sie - werden wir darlegen, welche Aktivitäten wir in den letzten beiden Jahren in der OstseeKooperation entwickelt haben. Aber ich plädiere dafür, dass wir eine aktuelle Debatte führen, eine Debatte über die Zukunft der OstseeKooperation.

Vor einigen Wochen nahm ich an der Sitzung des Ostseerates in Turku teil, an einer Sitzung, die immer auch ein Treffen der Außenminister der Länder des Ostseeraums zum Inhalt hat. Dieses Treffen fand nicht statt. Auch das ist ein Symptom dafür, dass wir uns ernsthafte Gedanken darüber machen müssen, wie wir uns die Ostseezusammenarbeit vorstellen.

Einige von Ihnen, wie zum Beispiel der Kollege Dr. Ekkehard Klug, werden wissen, dass der finnische Diplomat René Nyberg vor vielen Jahren maßgeblich dazu beigetragen hat, dass Finnland die **Nördliche Dimension** entwickelt hat. Für Finnland ist die OstseeKooperation weiterhin erste Priorität. Man hat darüber Diskussionen geführt. Aber auch das ist klargestellt worden: Die Nördliche Dimension ist für Finnland und für den Ostseeraum von ent-

(Ministerin Anke Spoorendonk)

scheidender Bedeutung, im Übrigen auch für Schleswig-Holstein.

Gerade in diesen schwierigen politischen Zeiten zeigt sich auch, wie wichtig es ist, dass die baltischen Staaten, aber auch Russland, eng mit dem Schengen-Raum verbunden sind. Denn gerade in Zeiten politischer Spannungen zwischen der EU und Russland ist die Ostseekooperation als wirtschaftliche und kulturelle Brücke ins nordöstliche Europa von besonderer Bedeutung, um den sich an anderer Stelle abzeichnenden Abgrenzungstendenzen entgegenzuwirken.

Wir wollen diese **Zusammenarbeit** mit den **baltischen Staaten** weiter voranbringen. Wir wollen aber auch deutlich machen, wie wichtig die Ostseekooperation für die russischen Regionen ist, die an unsere baltischen Staaten, an die Ostseeanrainer, angrenzen.

Wir wissen, dass in Kaliningrad eine andere Diskussion läuft als zum Beispiel in Moskau, und wir wissen, dass auch im Oblast Leningrad eine andere Diskussion geführt wird. Diese Diskussionen müssen wir unterstützen. Wir müssen auch die Regionen unterstützen, die die Ostseekooperation sehr wohl im Blick haben.

Als Beispiel dafür, dass diese Landesregierung die Ostseepolitik stärken will und auch die Zusammenarbeit mit den baltischen Staaten, rufe ich in Erinnerung, dass der Ministerpräsident im Mai letzten Jahres eine Reise in die baltischen Staaten unternommen hat, an der ich teilnehmen durfte. Dort konnten Kontakte geknüpft werden, die in diesem Jahr dazu geführt haben, dass Schleswig-Holstein Partnerland für den deutschen Frühling in Estland geworden ist. Wir haben auch Gespräche über wirtschaftliche Zusammenarbeit führen können und nicht zuletzt auch über kulturelle Zusammenarbeit.

Ich rufe in Erinnerung, dass der Wirtschaftsminister erst im September letzten Jahres in St. Petersburg war und neben dem Besuch der dortigen Messe auch Gespräche mit dem Wirtschaftsministerium der Russischen Föderation sowie der Stadt Sankt Petersburg führen konnte. Sankt Petersburg ist im Ostseeraum die größte Metropole, und der Hafen in Sankt Petersburg ist der größte Hafen des Ostseeraums. Dies nur, um auch das noch einmal ins Bild zu setzen.

Wir halten ständige Kontakte in die kaliningrader Region. Unsere Schleswig-Holstein-Büros in Tallin, in Riga, in Vilnius und in Kaliningrad sowie die Hanse-Offices in Danzig und Sankt Petersburg unterstützen als Informations- und Vermittlungsstel-

len vor Ort Unternehmen, Privatleute und Projekttakteure aus Schleswig-Holstein und im baltischen und russischen Raum. Auch aus diesen Verbindungen resultiert Verständnis.

Meine Damen und Herren, ich zähle das alles auf - wohlgemerkt, nicht abschließend -, um Ihnen noch einmal vor Augen zu führen, dass diese Landesregierung bereits danach handelt, den Gesprächsfaden mit Russland nicht abreißen zu lassen, sondern im Gegenteil diese Gespräche und diese Verständigung weiter ausbauen möchte. Ich weiß, dass auch der Bundesaußenminister ein großes Interesse daran hat, dass auf allen Ebenen weiter konstruktiv auf Russland zugegangen wird. Wir werden das auch in Schleswig-Holstein weiter tun.

Ich lade Sie, meine Damen und Herren, als Landtagsabgeordnete, ich lade den Landtag ein, sich nicht nur weiter mit der Ostseekooperation zu befassen, sondern diese auch weiter auszubauen; denn die heutige Debatte sollte aus meiner Sicht nicht nur als Appel stehenbleiben. Ich glaube, wichtig wird sein, wie wir nach dieser Debatte gemeinsam handeln werden. Und dafür werbe ich. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 4 Minuten und 30 Sekunden überzogen. Diese Redezeit steht deshalb jetzt auch allen anderen Fraktionen zur Verfügung.

(Heiterkeit)

Gestatten Sie mir aufgrund Ihrer Aussage, Frau Ministerin, dass der Landtag dieses **Treffen der Parlamentarier** „eingestampft“ habe, die Bemerkung, dass das in dieser Formulierung wohl so nicht zutreffend ist.

Ich möchte, da ich dies als Zuständigkeit in meiner Funktion als Landtagspräsident sehe, deutlich unterstützen, was hier bezüglich der Ostsee-Parlamentarier-Konferenz, aber auch was zum Parlamentsforum Südliche Ostsee gesagt wurde, dessen Treffen wir gerade in Kaliningrad hatten. Die **Beziehungen zur Russischen Föderation** sind insgesamt sehr eng und ich persönlich habe gerade dort eine Einladung an russische Jugendliche für dieses Treffen der Jugendlichen übergeben. Ich denke, der Eindruck, der gerade entstanden ist, was die Konzeption des Landtages insgesamt zu den Beziehungen

(Präsident Klaus Schlie)

zur Russischen Föderation angeht, entspricht meines Erachtens nicht dem, worum wir uns alle gemeinsam - wofür ich sehr dankbar bin - bemühen.

Mir liegen hier zwei weitere Wortmeldungen vor. Bevor Sie, Frau Ministerin an der Reihe sind, liegt mir noch die Wortmeldung der Kollegin Angelika Beer vor.

(Frau Ministerin Anke Spoorendonk steht bereits am Rednerpult)

- Da Sie aber bereits am Rednerpult stehen, ergibt es Sinn, wenn Sie als Erste sprechen.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Vielen Dank, dass Sie mir Gelegenheit geben zu sprechen. Ich entschuldige mich für diese Wortwahl. Es war zu flapsig ausgedrückt. Ich weiß sehr wohl, was der Landtag leistet.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Jetzt hat die Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Vielen Dank, Frau Ministerin Spoorendonk, wir sind in weiten Teilen sehr eng bei Ihnen, und die Einladung zu einer verstärkten Diskussion über die **Vertiefung der Beziehungen in der Ostseeregion** nehmen wir natürlich an, weil es substanziell für unsere nachbarschaftlichen Verhältnisse zu anderen Ländern, aber auch für uns selber sehr wichtig ist.

Herr Landtagspräsident hat gerade meinen Dreiminutenbeitrag vorweggenommen. Ich möchte nur noch einmal deutlich machen, dass es drei sehr intensive Beratungen gegeben hat, ob dieses Treffen weiter beibehalten werden soll. Es hat sich jedoch bei der Abwägung der Kosten und der leider zurückgehenden Teilnehmerzahl bei den anderen Parlamentariern herausgestellt, dass dieses Format nicht gerade zukunftsfruchtig ist. Deswegen haben wir uns entschlossen, die **Ostsee-Jugendkonferenz** hierher zu holen, weil wir die Jugend für Europa begeistern wollen. Gleichwohl werden wir natürlich auch bereit sein, zukünftig zu überlegen, wie wir vermehrt mit Abgeordneten aus unseren Ostseerainern in Dialog treten können. Vielleicht

lässt sich dies auch in einem neuen, finanzierbaren Format realisieren.

Ich habe mich auch gemeldet, weil Sie - und das ist sehr wichtig - die Rolle von Sankt Petersburg hervorgehoben haben.

Das fordert mich noch einmal heraus, Herr Kollege Bernstein, Ihre Hoffnung, dass **Sanktionen** irgendetwas ändern, teile ich nicht. Gerade die Sanktionen haben dazu geführt, dass die einzige Fährlinie Kiel - Sankt Petersburg eingestellt werden musste und dass auch der Fährverkehr zwischen der Ukraine und Kiel drastisch reduziert wurde. Das sind die Auswirkungen von Sanktionen, ganz konkret hier vor Ort. Deswegen wiederhole ich: Sanktionen werden die Krise nicht retten.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich schlage vor, in Abweichung von der Geschäftsordnung den vorliegenden Änderungsantrag zu einem selbstständigen Antrag zu erklären und dann auch über den Änderungsantrag der CDU-Landtagsfraktion abstimmen. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann verfahren wir so.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/1966, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von FDP und der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW, die CDU-Fraktion und der Abgeordnete Dr. Breyer. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse dann über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen. Ich lese ihn noch einmal vor:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekennt sich zu den gemeinsam vereinbarten Bündnisverpflichtungen innerhalb der NATO und zu den vereinbarten Maßnahmen der Europäischen Union, die von der Bundesregierung umgesetzt werden.“

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der PIRATEN. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der

(Präsident Klaus Schlie)

FDP-Fraktion. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/2040, in der ursprünglichen Fassung abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von PI-RATEN und CDU. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, dass wir den Bericht über den Petitionsausschuss nach der Mittagspause aufrufen - Ich wünsche Ihnen guten Appetit und unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung: 13:25 bis 15:01 Uhr)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, wir beginnen mit unserer Nachmittagssitzung. Ich nehme an, dass das Thema Energiewende gleich noch mehr Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses interessieren wird, als zurzeit anwesend sind.

Begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Mitglieder des CDU-Ortsverbands Owschlag und des CDU-Ortsverbands Struxdorf. - Seien Sie uns im Schleswig-Holsteinischen Landtag herzlich willkommen.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 64 auf:

Energiewende und Klimaschutz in Schleswig-Holstein - Ziele, Maßnahmen und Monitoring

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/1985

Ich erteile dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Dr. Robert Habeck, das Wort.

(Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir hatten schon turbulenterer Situatio-

nen und Diskussionen rund um die **Energiewende**. Insofern zeigt das aufgeräumte Plenum tatsächlich, dass wir es vielleicht schaffen, in eine ruhigere Phase der Energiewende einzutreten. Ich würde das sehr begrüßen.

Vor einem Jahr haben wir an dieser Stelle im Energiewendebericht, den wir jährlich vorlegen, die Umlagen und die Kosten für die privaten und gewerblichen Strombezieher diskutiert sowie die Folgerungen für die Aktionen auf der Bundesebene. Nun sind wir kurz davor, ein neues EEG zu bekommen, das aus meiner Sicht ein Stück weit hinter den Erwartungen, die wahrscheinlich viele - ich gehöre dazu - hatten, zurückbleibt. Insofern wird dadurch ein Schlussstrich unter diese Debatten gezogen. Wir können so wieder die Aufmerksamkeit auf die Situation im Land lenken.

Beim letzten Mal haben wir auch über den **Ausbau der erneuerbaren Energien** in Schleswig-Holstein gesprochen. Ab und zu konnte man hören: Wo sind denn die neuen Windmühlen? Man sieht noch gar nichts.

Das hat sich im Laufe des letzten Jahres grundlegend geändert. Wer heute auf der A 7 nach Norden fährt, muss nur noch 60 km/h fahren, weil die **Windmühlen** überall neben der Straße zu sehen sind.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Und Plakate!)

Wer durch die Lande fährt, sieht überall die Kräne. Das kann man mit Zahlen belegen. 2013 haben wir 162 Anlagen mit einer Leistung von 428 MW genehmigt. Das entspricht der Leistung von etwa einem halben Atomkraftwerk.

Allein in den ersten vier Monaten des Jahres 2014 waren es 199 Anlagen, also mehr als im gesamten Jahr 2013. Die Leistung beträgt 569 MW, und es werden gut 1,1 GW werden. Möglicherweise wird die Leistung auch deutlich über 1 GW liegen. 1 GW entspricht ungefähr der Leistung eines Atomkraftwerks; das sage ich für diejenigen, die sich nicht so damit auskennen.

Das heißt: Wir haben einen stürmischen Zubau der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein, der sichtbar und durch Zahlen belegbar ist. Sie sehen das im Energiewendebericht auf Seite 15. Dort ist der Anstieg der erneuerbaren Energien grafisch dargestellt. Sie sehen, wie steil die Kurve in den Jahren 2013, 2014 und 2015 ist. Danach flacht sie ein bisschen ab.

Wir haben eine durch politische Unsicherheiten und durch die Diskussion um das EEG ausgelöste

(Minister Dr. Robert Habeck)

Drangzeit, manchmal auch eine Art der Windhundenrennen. Das ist für die Verwaltungs- beziehungsweise Genehmigungsbehörde eine überaus anspruchsvolle Aufgabe.

Wir haben versucht, der Situation vorzubeugen, indem wir zehn neue Stellen schufen. Sie sind allerdings seit Monaten an der Grenze ihrer Belastbarkeit. Danach wird sich die Kurve abflachen. Ich für meinen Teil würde sagen: Kluge politische Planung sieht anders aus, aber wir müssen mit der Situation fertig werden. Deshalb spreche ich an dieser Stelle einen herzlichen Dank an die Mitarbeiter im LLUR aus, die diese Drucksituation aushalten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich komme auf den **Netzausbau** zu sprechen. Wir wissen, wie man Windmühlen in Schleswig-Holstein hinstellt. Wir wissen - auch bei allen Adlerschutzdebatten -, wie man Genehmigungen hinbekommt, und wir kommen auch bei den Fragen der Flugsicherung und der Limitierung in Ostholstein langsam voran. Wir stehen gerade vor der großen Herausforderung des Netzausbaus.

Seit zwei Jahren führen wir intensive Dialogprozesse. Wir versuchen einzulösen, was wir uns gegenseitig in vielen Reden zuvor geschworen haben, nämlich Betroffene zu Beteiligten zu machen. Windmühlen findet man noch mittelschön, aber man verdient Geld damit. Der Netzausbau ist jedoch die ungeliebte Schwester der Energiewende.

Gleichwohl haben wir eine Situation, die vielleicht mit dem Energiewendebericht 2013 vergleichbar ist: Wo sind denn die Netze? Sie werden gebaut. Es gibt die Offshore-Anbindung. Das Umspannwerk in Büttel ist errichtet. An der Mittelachse, an der südlichen Teilstrecke Hamburg-Nord und Dollern wird gebaut. Für die **Westküste** ist die Feldfreiräumung für das Umspannwerk im ersten Planungsabschnitt bereits erfolgt. Für die ersten beiden Abschnitte für die Westküste sind die Unterlagen eingereicht. Für den dritten und kompliziertesten Abschnitt erwarten wir die Einreichung im dritten Quartal 2014. Ab 2015 wird sukzessive gebaut werden. In einem Jahr wird man an der Westküste noch deutlicher sehen, wie sich die Energiewende auch in Netzen manifestiert.

Bei der **Mittelachse** verhält es sich entsprechend. Alle Planungsunterlagen sind eingereicht. Bis 2019 wird die Mittelachse ertüchtigt werden. An der Westküste wird bis 2017/2018 bis Niebüll hoch gebaut werden. Wir sind kurz davor, das Nord.Link-Kabel zu genehmigen. Das wäre sehr schnell ge-

gangen. Als ich Minister wurde, habe ich Gespräche mit den Norwegern geführt, ob das Kabel nach Niedersachsen oder doch nach England führen sollte. Von diesen ersten Gesprächen bis zum absehbaren Ende der Planfeststellung sind sehr viel Arbeit und Mühsal investiert worden. Aber wir werden den Planfeststellungsbeschluss wohl über diesen Sommer hinbekommen.

Bleiben noch das Sued.Link-Kabel und Ostholstein. Das Sümlink-Kabel ist für die Energiewende in Deutschland vielleicht entscheidend. Es würde Strom aus Norddeutschland nach Süddeutschland transferieren. Die Energie des schleswig-holsteinischen Onshore-Windes und des Offshore-Windes vor der Küste sowie das Nord.Link-Kabel und die Leitungen nach Norwegen speisen dort ein.

Wir errichten eine Kapazität von 4 GW, die für Süddeutschland nahezu grundlastfähig ist. Das ist die Voraussetzung dafür, dass Süddeutschland und insbesondere Bayern sowie Baden-Württemberg aus der Atomenergie aussteigen können. Wenn man die Energiewende im Süden will, sollte man sich freuen, dass der Norden und Nordeuropa zur Drehscheibe der Energiewende werden, um den Süden zu versorgen, anstatt gegen die Energiewende zu kämpfen.

Bleibt noch die **Ostküste**. Sie ist das Problemkind für uns. Wir haben lange Zeit die Berechnungen mit TenneT und E.ON abgleichen müssen. Wir steigen nach den Sommerferien in den Dialogprozess ein, den wir auch an der Westküste durchgeführt haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir werden dann von der Mittelachse Richtung Lübeck nach Göhl genau das gleiche Verfahren durchführen. Wir werden auch dort auf eine formale vorgezogene Raumordnung verzichten und das im direkten Austausch mit den Betroffenen, mit den Gemeinden und mit den Bürgern vor Ort versuchen zu integrieren und die Argumente auszutauschen, um die Ostküstenleitung 2019/2020 errichtet zu haben.

Der entscheidende Zukunftsschritt wird sein, die Stromversorgung in die Systemumwandlung zu integrieren - im Wirtschaftsbereich, im Wärmebereich und in der Speichertechnologie. Dabei setzen wir vor allem auf ein großes Investitions- beziehungsweise Forschungsprojekt, das die Bundesregierung anschiebt, das sogenannte Schaufenster Intelligente Energie. Wir bewerben uns zusammen mit Hamburg für den Untereelberaum dafür. Das ist ein privilegierter Raum, weil wir dort die großen Windcluster haben. Wir haben dort Wasserstoff-

(Minister Dr. Robert Habeck)

technologien. Wir haben dort den Industrieraum Brunsbüttel. Wir haben dort den Hamburger Stromabnehmerverbund.

Wenn wir dort als Schleswig-Holstein zusammen mit den Hamburgern zeigen könnten, wie man die **Energiewende** auch für das nächste Jahrzehnt vorantreiben kann, würden wir die Vorreiterrolle, die wir uns im Land wieder erkämpft haben, auch dort wahrnehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Gestatten Sie mir einige letzte Anmerkungen. Anders als es manchmal den öffentlichen Eindruck hat, gibt es im Land einen breiten Konsens der Parteien, Fraktionen, Gesellschaften, Naturschutzverbände sowie industrie- und wirtschaftsübergreifend, dass die Energiewende in Schleswig-Holstein gewollt wird. Ich habe mehrfach erlebt, dass wir uns über Details, über Gangarten, über Diskussionsstile oder über Argumente ausgetauscht haben und dass wir dabei manchmal auch gestritten haben. Das ist voll okay. Es wäre auch ein Wunder, wenn sich alle einig wären.

Aber ich habe auch erlebt, dass man nicht den billigen parteitaktischen Vorteil genutzt hat, um eine gemeinsam gewollte Zielvereinbarung infrage zu stellen. Deswegen bedanke ich mich bei allen, die daran mitgewirkt haben, dass wir die Energiewende umsetzen können. Exemplarisch konnte man das sehen, als die Endverhandlungen zum EEG in Berlin geführt wurden, wo CDU-Bundestagsabgeordnete, SPD-Landtagsabgeordnete, MELUR und noch mehr - ein paar Grüne waren auch dabei - versucht haben, die Interessen des Landes dort zu vertreten.

So kann es gehen. Ich glaube, Schleswig-Holstein geht in vielerlei Hinsicht neue Wege und kommt auf diesen neuen Wegen schneller voran als der Rest der Republik. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 3 Minuten überzogen. Diese könnte jetzt auch allen Fraktionen zur Verfügung stehen. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Jens Magnussen für die CDU-Fraktion.

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, erst einmal vielen Dank für den Bericht. Auch an die Mitarbeiter des MELUR herzlichen Dank für den Bericht. Gott sei Dank haben Sie mir 3 Minuten mehr Redezeit gegeben. Sie haben meine ganze Rede kaputt gemacht. So freundschaftlich standen wir noch nie nebeneinander wie bei diesem Thema Energie. Aber nichtsdestotrotz möchte ich ein Stück weit Wasser in den Wein schütten.

Denn seit dem 11. März 2011, 14:47 Uhr Ortszeit, Erdbeben, Tsunami und Fukushima, sind 28.680 Stunden vergangen. Und Sie sind seit 18.576 Stunden in der Regierungsverantwortung. Aus meiner Sicht bis heute wahrnehmbar, Sie haben das abgearbeitet, was andere vorbereitet haben.

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD] - Oliver Kumbartzky [FDP]: Aber so ist es doch!)

Ich habe aber wenig in dem Bericht gelesen, der jetzt die großen Strategien für das weitere Vorgehen plakativ darstellt. Ich glaube, worüber wir vollkommen einig sind, ist der Umgang mit dem EEG. Das sehe ich genauso kritisch wie Sie. Ich hätte auch lieber etwas anderes erwartet und erhofft, aber die Situation ist, wie sie ist. Darauf müssen wir aus Bundessicht, insbesondere mit einer schleswig-holsteinischen Position, immer wieder achten und auch rechtzeitig den Finger in die Wunde legen.

(Beifall CDU)

Was bei Ihnen auffällig ist, ist, dass Sie immer erst einmal die Schuld bei anderen suchen. Ich möchte das Thema der aktuellen Diskussion um das **EEG** aufnehmen. Der Ministerpräsident hat „plakatiert“ zur Stichtagsregelung mit breiter Brust den Schulterchluss mit der **Windenergie** dargelegt. Ich sage: Gut so. Was er tunlichst nicht dargelegt hat, ist die Tatsache, dass im Einvernehmen mit der Runde der Ministerpräsidenten und der Bundesregierung vereinbart war, bei einer moderaten Anzahl an noch nicht genehmigten Windenergieanlagen eine Öffnung der Stichtagsregelung möglich zu machen. Der Ministerpräsident und das Land Schleswig-Holstein haben sich bei der Stichtagsregelung schlichtweg nicht durchsetzen können - das müssen wir heute zur Kenntnis nehmen -, weil sie ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben. 480 offene Anträge sprechen eine klare Sprache.

(Beifall CDU und FDP)

Dazu noch 100 offene Vorgänge in Baden-Württemberg. Damit war der vereinbarte „moderate“

(Jens-Christian Magnussen)

Rahmen gesprengt. Die Bundesregierung wird der Stichtagsregelung so, wie wir sie alle für die Verlässlichkeit der Planung fordern, vermutlich nicht zustimmen. Ich denke, das ist noch einmal ein großes Stück Arbeit, wo Sie auf der Zielgeraden gerade vielleicht noch die Kurve für Schleswig-Holstein und für die Windinvestoren bekommen könnten. Für die Energiepolitik der Neuzeit hätten wir uns mehr Konstruktivität der Landesregierung gewünscht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die **Energiewende** ist eine der größten Herausforderungen der Gegenwart. Wir sind gemeinsam dabei, die Energiewirtschaft Deutschlands komplett umzudrehen.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Ja!)

Die CDU Schleswig-Holsteins hat seit Beginn der Wende immer wieder auf ein gemeinsames Wirken hingewiesen und dieses auch angeboten. Aber Sie zeigen sich immer wieder beratungsresistent und von sich selbst überzeugt, dieses Problem allein lösen zu können.

Der Umbau der Energiewirtschaft ist ein Spiel mit dem Feuer, liebe Kollegen. Schrauben an der falschen Stelle zu drehen, hat die Folge, dass sich Unternehmen vom Standort entfernen, was den Verlust von Arbeits- und Ausbildungsplätzen nach sich zieht. Aber die Alltagsprobleme bleiben und sind uns allen gegenwärtig.

Die Windinvestoren fordern verständlicherweise Planungssicherheit und klare Botschaften. Die Verbraucher im Privatbereich und aus Handel und Gewerbe, insbesondere die KMU und nicht die Großindustrie, dürfen kostenmäßig nicht überstrapaziert werden. Für die chemische Industrie, insbesondere für den Standort Brunsbüttel, weiß ich das aus erster Hand, **Energiekosten** sind zu einem bedeutenden Produktionsfaktor geworden.

Die deutsche chemische und pharmazeutische Industrie hat im Zeitraum von 1990 bis 2011 eine Produktionssteigerung von circa 62 % zu verzeichnen. Zeitgleich konnten der Energieverbrauch um 20 % und die Emission der Treibhausgase um 49 % reduziert werden. Wir nehmen also zur Kenntnis: Auch bei den Großverbrauchern ist das Verständnis zum **Klimaschutz** entstanden und hat sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung auch in den Werken umgesetzt.

Ein wesentlicher Aspekt, der zum Gelingen der Energiewende beiträgt, ist die Akzeptanz in der Bevölkerung. Ein Baustein ist die Nutzung des Überschussstroms. Experten sagen 400 Millionen €

volkswirtschaftlichen Schaden nur durch Einsparmaßnahmen voraus. Aber wenn Sie sich im Bericht auf ein Gutachten beziehen und ausführen, dass es Bereiche der Nutzung gibt, die unwirtschaftlich sind, dann machen Sie es sich zu einfach. Ich stelle mir die Frage nach der Aufgabenstellung zum Agora-Gutachten. Ging es da um eine dezentrale Wärmeanwendung, oder geht es um Industrie- und Fernwärme? Ich vermute einmal, es geht um den zweiten Bereich.

Der Bereich der **Wärmenutzung** im Rahmen der Energiewende ist bis jetzt, aus welchen Gründen auch immer, eher stiefmütterlich behandelt worden. Sie haben angekündigt, einen Wärmewendepakt auf den Weg zu bringen. Ich empfinde es ein Stück weit zu spät. Sie hatten auch angekündigt, dass ein Energiewendebeirat im nächsten Jahr darüber berichtet und darüber befunden werden soll. Ich finde, wir haben in dem Zusammenhang ein Jahr verloren.

(Beifall CDU und FDP)

Aber gut, das ist der Weg, den Sie gehen.

(Sandra Redmann [SPD]: Ausgerechnet er!)

- Ausgerechnet er, der von der Kernenergie kommt. Nun machen Sie das doch einmal.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

- Ganz ruhig.

Aber zurück zum **Überschussstrom**. Liebe Kollegen, eindrucksvoll wurden im Bericht mit Nullen hinter dem Komma Milliarden Euro Entschädigungsansprüche für Abregelungen dargestellt. Es handelt sich um 0,037 Milliarden €; das entspricht nach meiner Rechnung 37 Millionen €. Ich finde, 37 Millionen € sind eine stattliche Hausnummer. Also sollte man hier auch ein Stück weit gegenwirken.

(Sandra Redmann [SPD]: Ihr solltet jetzt eigentlich klatschen!)

Das wird aber in diesem Bericht als unwirtschaftlich dargestellt. Vor dem Hintergrund ist die Aufgabenstellung vielleicht noch einmal zu überprüfen.

Apropos Stichwort Unwirtschaftlichkeit. Um Akzeptanz zu erhalten und gegebenenfalls zu fördern, sollte jede Initiative recht sein, sich der Aufgabenstellung anzunehmen, zumal Sie auf aktuelle Rahmenbedingungen in dem Bericht hinweisen. Genau da liegt der Hase im Pfeffer, die Rahmenbedingungen. Da sind Sie gefordert. Sie sollten sich auch aktiv damit auseinandersetzen, wie durch Modifikationen der Rahmenbedingungen das schwarzstartfähige

(Jens-Christian Magnussen)

hige Pumpspeicherkraftwerk Geesthacht wirtschaftlich betrieben werden kann.

(Beifall CDU und FDP - Oliver Kumbartzky [FDP]: Genau!)

Die Aufgabenstellung „Energiewende und Wärme-wende“ ist so facettenreich. Sie umfasst technische, betriebswirtschaftliche und insbesondere vorrangig rechtliche Aspekte. Die rechtlichen Aspekte sind das eigentliche Problem bei den großen Bereichen der Energiewende.

Fazit: Der Bericht liest sich gut, aber leider keine neuen Erkenntnisse, geschweige denn zielorientierte Ansätze. Herr Minister - ich hatte es vorhin ausgeführt -, beim EEG sind wir uns, glaube ich, einig. Das Angebot der CDU Schleswig-Holstein steht weiter. Für jede sinnvolle Maßnahme, die die Energiewende günstig und in der Bevölkerung akzeptabel macht, steht die CDU zur Verfügung. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Olaf Schulze das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine Damen und Herren! Kollege Magnussen, das war eben echt schon sehr hart, aber ich werde gleich darauf zurückkommen.

Der Bericht der Landesregierung zur **Energiewende** und zum **Klimaschutz** in Schleswig-Holstein gibt uns die Möglichkeit, hier im Hause wieder einmal über den Klimaschutz zu diskutieren, und das fehlte mir bei Ihnen eigentlich total, aber gut.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Das ist bei Ihnen leider nicht vorhanden.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Wo ist denn das Klimaschutzgesetz?)

- Abwarten, abwarten. Warten Sie einfach ab, und hören Sie einfach zu!

Bei der Energiewende - das hat Minister Habeck eben schon ausgeführt - sind wir uns eigentlich relativ einig. Das hatte ich jedenfalls bis eben gedacht, bis ich diese Rede gehört habe. Aber vielleicht komme ich darauf zum Schluss noch zurück.

Als Erstes möchte ich mich beim Ministerium sowie bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern recht

herzlich für den Bericht bedanken, der sehr umfangreich ist. Nachdem die Debatte über den Klimaschutz in den letzten Jahren doch etwas in den Hintergrund geraten ist, zeigt der Bericht noch einmal auf, wie wichtig es ist, die Energiewende voranzubringen, um den Klimawandel zu begrenzen.

Die Folgen des Klimawandels können wir schon heute - auch in Deutschland - beobachten: Häufigerer Starkregen und längere Hitzeperioden sind die Folgen. Dies wird auch für Schleswig-Holstein zukünftig sicherlich ein Problem werden, wenn wir da an unsere Küsten denken.

Das ambitionierte Zwei-Grad-Ziel aus dem Kyoto-Protokoll ist nur noch zu erreichen, wenn wir schnell und konsequent handeln. Ansonsten wäre ein globaler Temperaturanstieg um 4 °C oder mehr in diesem Jahrhundert wahrscheinlich. Dies wird im fünften Sachstandsbericht des IPCC noch einmal deutlich, der vor Kurzem vorgestellt wurde. Bis zum Jahr 2050 sollen die Emissionen in der EU um 80 bis 95 % gegenüber 1990 gemindert werden. Damit das Zwei-Grad-Ziel aber auch wirklich erreicht werden kann, brauchen wir endlich ein internationales Abkommen, das alle Länder bindet - Industrie- wie Schwellenländer.

(Beifall Angelika Beer [PIRATEN])

Deshalb ist es wichtig, dass 2015 in Paris ein umfassendes **Klimaabkommen** beschlossen wird, in dem verbindliche und ambitionierte Verpflichtungen zur Reduzierung der **Emissionen** enthalten sind.

Meine Damen und Herren, ein wichtiger und richtiger Schritt in dieser Richtung ist der Vorstoß von Präsident Barack Obama zur drastischen Reduktion des CO₂-Ausstoßes in den USA.

(Beifall Angelika Beer [PIRATEN])

Die US-Regierung hat angekündigt, den CO₂-Ausstoß aus Kraftwerken bis 2020 um 26 % und bis 2030 um 30 % zu senken. Endlich hat mit den USA eine weitere Industrienation die Brisanz erkannt, und Deutschland kann, da wir schon so weit vorangekommen sind, davon profitieren. Deutschland und gerade auch Schleswig-Holstein hat auf dem Feld jede Menge technisches Know-how und Wissen zu bieten.

(Beifall SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb ist es gut, und wir begrüßen den Vorstoß der Bundesumweltministerin Hendricks

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Oder?)

(Olaf Schulze)

- Herr Kumbartzky, hören Sie zu, genau, SPD -, für Deutschland in einem „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ bis November ressortübergreifende Maßnahmen zu entwickeln. Sie sehen, wir sind dabei und wollen auch umsetzen.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Und wie lange?)

- Darauf kommen wir gleich zu sprechen.

Konsequenter Klimaschutz bedeutet auch weniger Import fossiler Energieträger. - Vielleicht kann auch der Kollege Magnussen da einfach einmal zuhören.

(Jens-Christian Magnussen [CDU]: Ich höre zu!)

Mehr Investitionen in Infrastruktur und neue Technologien sowie **Wertschöpfung** im eigenen Land.

(Jens-Christian Magnussen [CDU]: Das sehe ich!)

Dies zahlt sich aus, auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Schleswig-Holstein ist das beste Beispiel dafür, wie mit neuen Technologien und deren Weiterentwicklungen Wertschöpfungen im eigenen Land erhalten bleiben. Gerade die Onshore-Windkraft hat gezeigt, wie mit Bürgerbeteiligung eine ganze Region davon profitiert. Klimaschutz, Energiewende und Wertschöpfung gehen hier Hand in Hand. Das ist sicherlich nicht unbedingt nur auf CDU-Initiativen zurückzuführen.

Das zeigt der Bericht der Landesregierung eindrucksvoll. Rund 15.400 Menschen sind 2012 Beschäftigte in Branchen der erneuerbaren Energien. Rund 8,5 Millionen t Treibhausgase wurden eingespart, und durch **erneuerbare Energien** wurden 2012 480 Millionen € an Brennstoffimporten eingespart. Die CO₂-Emissionen sind in Schleswig-Holstein - jetzt hören Sie zu - 2012 gegenüber 1990 um 24,7 % zurückgegangen, in Deutschland insgesamt um 21,1 %. Dies zeigt, dass es richtig war, schon früh auf erneuerbare Energien zu setzen, und wir haben es getan.

(Vereinzelter Beifall SPD, Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wenn wir aber unsere Ziele erreichen wollen, dürfen wir jetzt in unseren Bemühungen nicht nachlassen und müssen die Energiewende weiter konsequent voranbringen.

Das Land Schleswig-Holstein will bis 2025 mindestens 300 % des Stromverbrauchs des Landes mit

Strom aus erneuerbaren Energien abdecken. Dafür wurden die Windeignungsflächen im Land auf 1,7 % der Landesfläche ausgeweitet. Es wird in den nächsten Jahren viele neue **Windmühlen** durch Re-powering geben.

Deshalb ist in dem Bericht auch ein Schwerpunkt auf den Ausbau der Netze gelegt, der Minister hat es eben schon dargelegt. Gerade mit der Westküstenstrasse wurde gezeigt, wie gute Bürgerbeteiligung stattfinden kann.

Neben der Bürgerbeteiligung ist für uns auch der Ausbau der dezentralen Energieversorgung ein wichtiger Punkt, um die Energiewende zum Erfolg zu führen. Wir brauchen neben dem Netzausbau auch den Zubau und die Integration von Speichern. Ob Wasserstoff oder Power-to-heat und Batteriespeicher - wir müssen jetzt in die Technologien investieren, damit wir auch weiterhin weltweit an der Spitze mitwirken können.

(Beifall SPD, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Flemming Meyer [SSW])

Lieber Kollege Magnussen, „dezentral“ ist das Stichwort, und ich habe noch genügend Zeit, nämlich 2 Minuten, um mich zu Ihrem Beitrag äußern zu können. Dezentral ist etwas, was wir hier im Landtag seit etwa 2005 bis 2007 gemeinsam mit den Grünen immer wieder gefordert haben und wozu wir gesagt haben, das brauchen wir. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, als wir gesagt haben: „Wir brauchen dezentrale Energieversorgung, wir setzen auf erneuerbare Energien, wir wollen hier Wind, Biomasse und Photovoltaik ausbauen“, dass Sie sich hingestellt haben, die Atomkraft massiv weiter voranbringen wollten und sich für Kohlekraftwerke eingesetzt haben.

(Zurufe CDU - Sandra Redmann [SPD]: Natürlich stimmt das! Das war so!)

- Das ist doch so gewesen. Wer hat denn hier gestanden?

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Das ist ein alter Hut!)

- Das ist kein alter Hut. Wenn Fukushima nicht gewesen wäre, hätten wir immer noch die längeren Laufzeiten für Atomkraftwerke.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Angelika Beer [PIRATEN])

Sie waren es doch, der damals gesagt hat, wir könnten nicht auf **Atomkraft** und **Kohlekraft** verzichten

(Olaf Schulze)

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Da hat er recht!)

- Sehen Sie, Sie sind anscheinend leider heute noch nicht lernfähig, jedenfalls einige in Ihren Reihen, weil nämlich, so der O-Ton von Herrn Magnussen, die Atomkraft das Rückgrat unserer Energieversorgung sei. - Herzlichen Dank!

Heute stellen Sie sich hin und fordern von uns, dass wir eine **dezentrale Energieversorgung** einrichten sollen.

(Jens-Christian Magnussen [CDU]: Genau!)

- Aber da widersprechen Sie sich doch. Lernen Sie doch endlich dazu. Atomkraftwerke sind nicht dezentral. Das ist nun einmal so, und das müssen auch Sie lernen. Das werden Sie vielleicht auch irgendwann noch einmal lernen.

(Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Magnussen?

Olaf Schulze [SPD]:

Selbstverständlich gern.

Jens-Christian Magnussen [CDU]: Herr Kollege Schulze, vielleicht kann der Minister Ihnen das nach der Sitzung erläutern, weil es ein ganz anderes Thema ist. Aber erst einmal vielen Dank, dass Sie mich in die Atomecke stellen.

- Sie sind ja da. Dahin haben Sie sich selbst gestellt.

- Nein, ich glaube, ich bin einer derjenigen, die mittlerweile gesagt haben: Wir nehmen den gesellschaftlichen Prozess der Energiewende an. - Genauso sehe ich das auch. Sie haben aufgrund Ihrer Reden, die Sie hier jetzt halten und die auch der Minister hält, uns gegenüber im Bereich regenerative Energien 20 Jahre Vorsprung in Ihrem Gedankengut. Wo bleiben denn Ihre Konzepte, die Sie in den 20 Jahren entwickelt haben? Ich habe sie noch nicht wahrgenommen. Wenn Sie auf dezentrale Energieversorgung Einfluss nehmen,

(Beifall Volker Dornquast [CDU])

dann fehlt mir da irgendetwas. Irgendetwas fehlt mir da. Vielleicht kann der Minister Ihnen nachher erläutern, warum das Kernkraft-

werk Brokdorf, das eigentlich stillstehen sollte, aufgrund der Revision eines anderen Kernkraftwerks nicht in den Stillstand gegangen ist. Der Grund ist: TenneT hat gefordert, das Kraftwerk am Netz zu halten, um die Netzstabilität weiterhin zu gewährleisten. Würden Sie das zur Kenntnis nehmen? Würden Sie das den Minister nachher noch einmal fragen? Ich würde es ihn jetzt nicht fragen, weil das eine ganz andere Debatte ist.

- Ich bin gern bereit, Ihnen unsere Konzepte von der Energiewende und der dezentralen Energieversorgung nachher vorzustellen.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Wir warten noch 20 Jahre, dann ist er so weit! - Heiterkeit SPD)

In vielen Reden der letzten Jahre habe ich dies auch schon getan. Das ist von den grünen Kolleginnen und Kollegen auch immer wiederholt worden. Kollege Matthiessen hat immer wieder vorgetragen, wie wir uns das vorstellen, und auch der Minister hat es vorgetragen. Ich habe eben auch schon gesagt, dass wir uns zukünftig - das waren leider Ihre letzten Jahre in Regierungsverantwortung - um die Speichertechnologien kümmern müssen. Das machen wir jetzt. Ja, wir tun es, fragen Sie den Minister. Auch das steht in dem Bericht, wenn Sie es nachlesen wollen. Das hätten wir schon viel früher haben können, wenn man nicht darauf beharrt hätte, dass es längere Laufzeiten für Atomkraftwerke geben müsste,

(Beifall Sandra Redmann [SPD])

und wenn Sie nicht darauf beharrt hätten, dass Sie noch vier weitere Kohlekraftwerke haben wollten.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch das ist die Realität. Es freut mich, dass Sie heute sagen, Sie seien geläutert. Es freut mich auch, dass Sie heute sagen, Sie hätten heute eine andere Auffassung, dann können wir uns auch gern am Rande noch einmal zusammensetzen und schauen, wie wir eine dezentrale Energieversorgung in Deutschland hinbekommen. Vielleicht können wir dann zukünftig auch den gemeinsamen Weg gehen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Schulze, es gibt das Bedürfnis des Herrn Abgeordneten Magnussen, Sie weiter zu fragen. - Wenn wir Zwischenbemerkungen haben, bitte ich, die doch ein bisschen zu komprimieren.

Olaf Schulze [SPD]:

Gern.

Jens-Christian Magnussen [CDU]: Herr Kollege Schulze, würden Sie erstens zur Kenntnis nehmen, dass es im Bereich der regenerativen und dezentralen Energieversorgung Konzepte gibt, die kürzlich im Landeshaus vorgestellt wurden. Der zweite Punkt ist, dass wir als CDU erkannt haben, dass die Kernenergie ein Auslaufmodell ist. Das bitte ich auch einmal zur Kenntnis zu nehmen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist ja mal etwas Neues! - Zurufe: Aha!)

Ich bin es mittlerweile auch leid, diese Geschichte immer wieder zu hören. Wenn Sie nichts Neues haben, dann tut mir das leid.

- Herr Magnussen, ich nehme das gern zur Kenntnis. Es freut mich, dass Sie sich jetzt von der Atomkraft abwenden. Das finde ich gut.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Ich würde Ihnen das auch nicht immer wieder vorhalten, wenn Sie sich nicht hier hinstellen und solche Reden halten würden. Dann wären wir sicherlich ein ganzes Stück weiter. Sie aber hier hinzustellen und zu sagen, dass diese Landesregierung nicht genug tut, dass wir es versäumt haben, in der Energiewende voranzugehen, das provoziert schon sehr stark, Ihnen wieder vorzuführen, was Sie früher gesagt haben. Sie müssen zu dem stehen, was Sie damals gesagt haben. Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie jetzt anderer Meinung sind und sich auf unsere Seite zubewegen. Das finde ich sehr gut und richtig.

Energiewende und Klimaschutz gehen Hand in Hand. Hier sind wir in Schleswig-Holstein aber auf einem guten Weg, den wir konsequent weitergehen werden. Ich hoffe, dass auch Sie irgendwann unseren Weg mitgehen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Jetzt wird einer ganz böse!)

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Kollege Magnussen, auch ich habe schon oft eine Meinung vertreten, die ich dann im Laufe meines politischen Lebens geändert habe. Bei der Befürwortung der **Atomkraft** ist allerdings eine Sache zu beachten: Wir haben immer wieder vorgetragen, es ist nicht reversibel. Das heißt, wenn eine Windanlage kaputtgeht, können wir sie abbauen und zur grünen Wiese zurückbauen. Wir erleben jetzt paradoxerweise, dass im bundesweiten Vollzug bis auf Bayern - glaube ich - ausschließlich grüne Ministerien damit beschäftigt sind, die Abwicklung des Atomprogramms zu organisieren,

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

dass es in den nächsten zigtausenden von Jahren sicher gehandhabt wird.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Herr Minister, ich danke Ihnen für Ihren Bericht. Der Bericht unterstreicht die große Bedeutung der Onshore-Windenergie für die **Energiewende** in Schleswig-Holstein. Im Berliner Gegenwind der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes hat die Landesregierung für unsere Windmüller und Bürgerwindparks Flagge gezeigt. Dafür bin ich unserem Ministerpräsidenten und dem Energiewendeminister dankbar.

Bisher hieß es ja immer mindestens in der Zweckbestimmung des Gesetzes: mindestens so und so viel Windenergie oder Solarenergie. Die Große Koalition will den Ausbau der Erneuerbaren jetzt mit dem sogenannten atmenden Deckel begrenzen. Keiner begreift, was das ist. Die **Windenergie** wird gedeckelt, ausgerechnet der Billigmacher der Energiewende.

Wer die Branche verunsichern will, verhält sich wie der Bundeswirtschaftsminister. Freitags verkündet er, dass montags eine neue Vergütung gilt. Vertrauensschutz und Planungssicherheit sehen nun weiß Gott anders aus. Insofern ist das Problem der Stichtagsregelung, die Herr Magnussen auch in seiner Rede thematisiert hat, wirklich eine Sache, an die wir, Herr Ministerpräsident, im Verfahren des Gesetzgebungsverfahrens noch einmal ran müssen.

(Beifall SPD)

Zum **Netzausbau** in Schleswig-Holstein und darüber hinaus stellt der Bericht fest, die Landesregierung geht davon aus, „dass die Novelle allenfalls

(Detlef Matthiessen)

Auswirkungen auf die Geschwindigkeit der Entwicklung des Ausbaus der Erneuerbaren in Schleswig-Holstein haben wird, nicht aber auf den Netzausbaubedarf an sich“. Das neue Gesetz hat also negative Auswirkungen auf die erneuerbare Energieentwicklung. Der Netzausbau bleibt dennoch auf der Zeitschiene notwendig. Warum ist das so?

Erstens. Wir haben Rückstände aufzuholen. Ich verweise da auf die EinsMan-Abschaltung. Immer noch werden in unserem Land Windenergie und andere Erneuerbare abgeregelt, weil das Stromnetz zu schwach ist, um die Leistung abzuführen.

Zweitens. In dem Bericht wird gut dargestellt, dass unser Land 2025 nach der Abschaltung des letzten Atomkraftwerks Brokdorf, Kollege Magnussen, mehr Strom erzeugen wird als 2006. 2006 war das Jahr, in dem noch alle drei AKW liefen. Die installierte Leistung der Stromerzeugungsanlagen aus Erneuerbaren ist bei gleicher Strommenge, die über das Jahr erzeugt wird, höher als die der bisherigen atomar-fossilen Erzeugung. Schlicht ausgedrückt: Erneuerbare erfordern mehr Netz.

Drittens. Netzausbau braucht Zeit. Mit der vorgezogenen **Bürgerbeteiligung**, mit eventuellen Raumordnungsverfahren und so weiter sind wir auf dem Erfolgsweg. Dieser Dialog mit den Bürgern ist eine neue Qualität im Umgang mit den Menschen und Regionen, die von Planungsvorhaben betroffen sind. Das bedeutet viel Arbeit in den Verfahren, die weit über die gesetzlichen Pflichten hinausgeht. Das bedeutet Arbeit, Zeit und Geld.

Ich möchte Ihnen, Herr Minister Dr. Habeck, und Ihren Mitarbeitern gratulieren, dass Sie das genauso machen. Dieser neue Weg ist offenbar auch erfolgreich. Es ist eben - das hat sich in der Praxis gezeigt - auch ein bedeutender Zugewinn für die Demokratie, für Teilhabe, für Einmischung in die eigenen Angelegenheiten. Der Aufwand lohnt sich.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich empfehle, das auch für den Netzausbau in Ostholstein so fortzusetzen, wie die guten Erfahrungen von der Westküste das gezeigt haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die politische Schlussfolgerung heißt also: Weitermachen mit dem Netzausbau, weiter ohne zeitliche Abstriche, Weitermachen mit den Bürgerinnen und Bürgern und nicht ohne die Menschen, nicht über sie hinweg.

Welche Bilanz der bisherigen **Energiepolitik** der Küstenkoalition in Schleswig-Holstein können wir ziehen? - Einen Quantensprung nach oben. Während die Vorgängerregierungen immer mehr an Boden verloren, steht unser Land heute wieder ganz vorn. Die Zahlen im Bericht, Herr Magnussen, belegen das. Wir steuern auf die Einhundert-Prozent-Marke zu. Wir werden in diesem Jahr oder Anfang nächsten Jahres, je nach Wetterlage, so viel sauberen Strom erzeugen, wie wir verbrauchen. Es wurden 2013 Anträge für 800 MW genehmigt. In diesem Jahr werden es voraussichtlich 1.400 MW oder mehr sein. Das ist ein Vielfaches gegenüber den Vorjahren. Herr Minister, das ist eine beachtliche Leistung Ihrer Verwaltung, des LLUR, in den komplexen Verfahren nach dem Bundesimmissionschutzgesetz.

(Zuruf Volker Dornquast [CDU])

- Könnte man mal nachfragen, ich weiß es nicht, Herr Dornquast. - Erlösen von 1,5 Milliarden € für die Erneuerbaren in Schleswig-Holstein stehen etwa 480 Millionen € Einsparungen an Importen von fossilen Brennstoffen gegenüber. Ganz deutlich wird es bei der CO₂-Emission. Tonnen pro Einwohner in Schleswig-Holstein: 6,7. Tonnen pro Einwohner im Bundesdurchschnitt: 10. Das ist eine ganz harte Marke, eine Benchmark, mit der wir als Bundesland wirklich hervorragend dastehen. Es ließen sich noch eine ganze Reihe von weiteren Parametern in dem Bericht und drumherum präsentieren.

Nach der **Stromwende** brauchen wir die vom Minister erwähnte **Wärmewende**, wir brauchen auch eine **Verkehrswende**. Es wird deutlich, die **Energie-wende** ist neben Umwelteffekten auch ein bedeutendes Wirtschaftsthema. Von den derzeit 6 GW installierter Leistung Erneuerbarer werden wir diese wahrscheinlich in dieser und der nächsten Legislaturperiode mehr als verdoppeln. 1 GW Windenergie bedeutet circa 1 Milliarde € Investitionen. Die daraus abzuleitende Wertschöpfung bleibt gerade bei Bürgerwindparks in Schleswig-Holstein. Wer also über Ausschreibung nachdenkt, wie die GroKo in Berlin, der spinnt.

Herr Meyer war gerade in der Türkei. Dort gibt es einen öffentlichen Netzbetreiber, der sagt, in diesem und jenem Umspannwerk haben wir eine Kapazität frei. Auf öffentlichem Grund kann ich vielleicht über eine öffentliche Ausschreibung nachdenken. In Schleswig-Holstein ist die Situation so: Wer ein Projekt betreiben will, der muss erst einmal zum Landeigentümer hingehen und einen Pachtvertrag unterschreiben, oder er muss im gewerblichen

(Detlef Matthiessen)

Bereich zu einem Hallenbesitzer gehen und ihn fragen, ob er eine PV-Anlage auf seinem Dach errichten darf. Dazu sind Pachtverträge erforderlich.

Ich kann mir schlicht nicht vorstellen, wer Normadressat eines Ausschreibungsverfahrens sein soll, jemand mit einem Pachtvertrag oder jemand ohne einen Pachtvertrag.

Wir wollen die Akteursvielfalt erhalten. Wir wollen keine Ausschreibungen. Wir wollen Bürger- und Solarparks. Ja bitte, im Echten Norden soll es auch in Zukunft heißen „Power from the Bauer“ und nicht von internationalen Großkonzernen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wundere mich ein bisschen, dass meine Vorredner von SPD und Grünen dem Minister so viel Honig um den Bart schmieren. Seitdem Robert Habeck Landwirtschaftsminister ist, wäre ich mit dem Honig sowieso sehr vorsichtig.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Das ist das eine. Ich möchte Ihnen nachher ein paar Beispiele nennen, warum das so ist. - Ja, der brauchte ein bisschen.

Meine Damen und Herren, Fakt ist doch, dass die Landesregierung mit der Neuausweisung von Windeignungsgebieten und dem Dialogverfahren zur Westküstenleitung die Früchte erntet, die bereits vorher gesät worden sind. Ganz klarer Fall.

(Beifall FDP und CDU)

Der aktuelle Stand des für die **Energiewende** immens wichtigen **Netzausbaus** ist in dem Bericht ausführlich und plausibel dargestellt. Dafür vielen Dank an das Ministerium. Ich möchte die Landesregierung an dieser Stelle aber bitten, die Geodaten der Vorzugskorridore und der bisher geplanten Trassenverläufe der Westküstenleitungen in den gängigen Dateiformaten der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

(Vereinzelter Beifall FDP und PIRATEN)

Das wird zu mehr Transparenz führen. Herr Dr. Habeck, wenn man das zum Beispiel in xlsx-Dateien veröffentlichen würde, wäre das genauer, gerade für die Anwohner. Das ist eine Forderung, die aus den Kreisen kommt. Ich bitte Sie, das zu prüfen.

Meine Damen und Herren, offen bleiben in dem Bericht leider genaue Angaben zum Stand des Ausbaus der Windenergieanlagen. So wäre es gut gewesen darzustellen, wo welche Anlagen beantragt worden sind und wie der Stand der Genehmigung dieser Anlagen derzeit aussieht. Leider findet man im Bericht nur Gesamtzahlen und einen groben Überblick. Dabei sollte der Bericht ja - das war die Intention - detailliert die Fortschritte der Energiewende aufzeigen. Wir erwarten daher, dass im nächsten Bericht genauer dargelegt wird, wie der Ausbau der neuen Energien konkret vonstatten geht.

Ich vermisse in dem Bericht das Thema Netzstabilität. Kein Wort zur Netzstabilität. Ich frage mich in diesem Zusammenhang, was der Minister eigentlich dazu sagt, dass die turnusgemäße Revision des Kernkraftwerks Brokdorf nach hinten verschoben worden ist. Die Frage müssen wir doch ganz ehrlich stellen. Es wundert mich, dass Herr Dr. Habeck darauf nicht eingegangen ist. Die Revision des Kernkraftwerks Brokdorf ist verschoben worden, weil das niedersächsische Kernkraftwerk Grohnde auch gerade in der Revision ist und diese aus unterschiedlichen Gründen länger dauert. Da haben die Bundesnetzagentur und TenneT gesagt, dass es ein potenzielles Risiko für die Sicherheit der **Stromversorgung** in Norddeutschland gibt, falls beide Anlagen gleichzeitig vom Netz sind. Da bleiben für mich sehr viele Fragen offen, gerade an den grünen Energiewendeminister. Ich würde es begrüßen, wenn Sie dazu Stellung nehmen, weil das Thema Netze ein großer Part in dem Bericht war. Die Frage ist natürlich auch: Wann geht es denn los mit der Revision in Brokdorf, und wie ist es mit der Sicherheit, wenn die Revision nach hinten geschoben wird?

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Wie schätzen Sie die Sicherheit der Stromversorgung allgemein ein? Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Dazu möchte ich gern noch einmal Ihre Stellungnahme hören. Wie gesagt, ich fand es verwunderlich, dass Sie zum Thema Brokdorf auch in der Presse nichts gemacht haben.

So viel erst einmal zum Thema Netze. Andere Themenfelder werden in dem Bericht leider gar nicht angerissen. Das ist kein Vorwurf an die Ersteller

(**Oliver Kumbartzky**)

des Berichts. Denn es ist ja leider Fakt, dass Minister Habeck viele Baustellen offen hat, um die er sich noch nicht wirklich gekümmert hat. Eigene Impulse vermisst man komplett. Ich will Ihnen das an einigen Beispielen deutlich machen. Das Thema Wärme. Der schlafende Riese der Energiewende, der Wärmemarkt, darf weiter schlummern, er wird nicht wachgeküsst. Dabei gibt es ja viele Ideen. Leider tut der Minister da wirklich gar nichts.

Auf den Seiten 43 und 44 des Berichts sind die Positionen und Maßnahmen der Landesregierung beschrieben. Dort befindet sich folgender, bemerkenswert nichtssagender Satz, den ich gern zitieren möchte:

„Das MELUR setzt sich darüber hinaus für geeignete Rahmenbedingungen ein, die zukunftsweisende „Power to Heat“, „Power to Gas“ und ähnliche Projekte an die Wirtschaftlichkeit heranführen.“

Da frage ich mich ganz ehrlich: Was tut das Ministerium denn genau? Was sind die konkreten Maßnahmen?

Nichts, da wird einfach nur so ein Satz hingeschrieben, und keine konkreten Maßnahmen werden im Bericht niedergeschrieben, der eigentlich ausführlich darstellen sollte, was das Ministerium in Sachen Energiewende tut.

(Wortmeldung Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Matthiessen, ich möchte gern meine Gedanken weiterentwickeln und fahre fort.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Auch bei der **Energiespeicherung** tut sich auf Regierungsebene wirklich gar nichts. Auf Seite 70 ist zwar erwähnt, dass es in Geesthacht ein Pumpspeicherkraftwerk gibt. Aber wie steht es denn momentan um das Pumpspeicherkraftwerk? Da gab es das Monitoring mit den Fischen. Das ist abgeschlossen, und es ist noch nicht verkündet worden, wie es weitergeht. Wie ist da der aktuelle Stand? Auch da erwarte ich von der Regierung klare Informationen.

Herr Dr. Habeck, Sie sind mit viel Getöse, mit einer eigenen Regierungserklärung und vielen Ankündigungen als Energiewendeminister vor zwei Jahren gestartet, und nun, zwei Jahre später, zeigt sich, dass von den ganzen Ankündigungen schlicht und ergreifend nichts übrig geblieben ist.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Wir sind im Prinzip keinen Schritt weiter als vor zwei Jahren. Sie können keine Eigenleistungen nachweisen.

Herr Schulze, es ist ja schön, dass Sie erwähnen, dass die Bundesministerin ein **Klimaschutzgesetz** auf den Weg bringen will. Schauen Sie einmal in Ihren Koalitionsvertrag auf Landesebene! Auch dort steht geschrieben, dass das Land ein Klimaschutzgesetz veröffentlichen will. Wo ist es denn, wo bleibt es denn? Soll das 2018 kommen? Da ist Robert Habeck nicht mehr Minister.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Na, na! Nicht zu früh freuen, Herr Kollege!)

- Sie auch nicht, Herr Dr. Stegner.

Wir müssen auch beachten, dass das jetzige EEG nicht dazu führt, dass der Klimaschutz richtig vorangebracht wird. Da sind noch mehrere Maßnahmen notwendig. Ganz klarer Fall.

Meine Damen und Herren, wenn wir einmal zurückdenken, was in den vergangenen zwei Jahren die **Energiepolitik** von Robert Habeck war, ist eigentlich nur eine Sache hängen geblieben: Das ist der Punkt mit dem Atommüll aus den Wiederaufbereitungsanlagen in Sellafield. Da hat er einmal einen Impuls gesetzt, wenn auch ein sehr fragwürdiger Vorstoß. Aber auch mit diesem Vorstoß ist er sang- und klanglos baden gegangen. Danach ist nichts mehr gekommen.

Meine Damen und Herren, der Strom wird für die Verbraucher immer teurer, die Netzstabilität ist gefährdet, der Wärmemarkt findet beim Minister keine Beachtung, und auch bei der Energiespeicherung gibt es keine konkreten Fortschritte. Der vorliegende Bericht - das muss man einmal knallhart so sagen - ist ein Armutszeugnis der Regierung. Es gibt keine Visionen, keine Ideen, keine konkreten, greifbaren Ansätze. Man kann es mit einem Satz zusammenfassen: Robert Ratlos kommt bei der Energiewende einfach nicht voran.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion der PIRATEN hat Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn der Debatte möchte ich mich einmal vergewissern, über welche Drucksache wir re-

(Angelika Beer)

den. Ich habe mich vorbereitet, über den Bericht Drucksache 18/1985 zu diskutieren.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Daraus habe ich zitiert!)

- Dann haben wir vielleicht unterschiedliche Ausgaben. Ich verstehe nicht, in welcher Form Sie mit diesem Bericht umgehen, denn so schlecht ist er nun wirklich nicht.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem wir die Klimakonferenz in Lübeck hatten, veranstaltet durch die norddeutschen Länder, habe ich gedacht, dass wir das Thema etwas ernsthafter angehen, nicht nur wegen der Aussagen von Professor Dr. Latif zu den Folgen, wenn wir beim CO₂-Ausstoß keine radikalen Änderungen vornehmen. Ich habe mir ein paar Stichpunkte herausgesucht und will versuchen, eine sachliche Diskussion zu führen, und zwar nicht über vergangene Positionen, die zu Recht revidiert worden sind. Ich finde es gut, dass Sie sich anders positioniert haben. Da braucht man hier nicht immer über das Vorgestern zu diskutieren, sondern ich will nach vorn gerichtet diskutieren.

(Beifall PIRATEN)

Klar ist, dass Windräder selbstverständlich keine Deiche ersetzen. Aber sie zeigen, dass Schleswig-Holstein nicht nur die Symptome des Klimawandels bekämpft - wie hier unterstellt wird -, sondern auch die Ursachen entschieden angeht. Der Zubau von 1 GW installierter Leistung **Windenergie** allein in diesem Jahr zeigt, dass wir unsere ambitionierten Ziele erreichen können. Rein rechnerisch - das hat der Minister neulich detailliert vorgeführt - kann sich unser Bundesland schon heute zu 100 % mit **erneuerbaren Energien** versorgen. Wer kann das schon außer uns? Das ist ein wichtiges Signal auch und vor allem in Richtung Bundesregierung, deren Kritik, die hier geäußert worden ist, ich durchaus teile.

Was sich der Bundesplanwirtschaftsminister in Berlin ausgedacht hat - ich freue mich, dass Ministerpräsident Albig die Formulierung der PIRATEN in seiner darauf folgenden Pressekonferenz übernommen hat

(Zuruf Ministerpräsident Torsten Albig)

- ja, das war so, Sie klauen ja häufiger, aber Sie dürfen das, wir PIRATEN nehmen das überhaupt nicht schräg -,

(Beifall PIRATEN)

führt am Ende dazu, dass man den Fahrradfahrern demnächst die Dynamos vom Rad abschraubt. Wenn der Häuslebauer in Zukunft für den Strom, den er privat in einer Solaranlage erzeugt und selber verbraucht, auch noch EEG-Umlage zahlen soll, ist das wirklich ein Irrwitz.

(Beifall PIRATEN)

Es ist nicht allzu lange her, da hat sich Deutschland unter großem Einsatz die Technologieführerschaft bei der **Solarenergie** erkämpft. Und heute? Bis auf SolarWorld sind fast alle deutschen Solarunternehmen pleite. Jetzt sollen auch noch die Handwerksbetriebe dran glauben, die die Anlagen auf die Dächer schrauben. Da stimmt etwas nicht.

Das gleiche Problem haben wir bei der **Energiespeicherung**. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen, dass es ein riesengroßes Brett ist, das durchbohrt werden muss. Das ist nicht so einfach. Wir wissen, dass Gutachten in Auftrag gegeben worden sind, sind gespannt, den Bericht dazu zu bekommen. Zumindest die Kolleginnen und Kollegen aus dem Umwelt- und Agrarausschuss wissen das. Erst dann werden wir dort eine sachliche Diskussion mit detaillierten, guten Vorschlägen, wie man im Bereich der Energiespeicherung weiterkommt, führen können.

Wer heute ein Pumpspeicherkraftwerk betreibt, muss für den Strom, den er zum Heraufpumpen des Wassers benötigt, ebenfalls EEG-Umlagen bezahlen. Die Speicherung wird also als Verbrauch gesehen und damit doppelt bestraft. Das ist ein Hemmschuh in der Energiewende. Da müssen wir ran. Das muss geändert werden. Sonst kann es nichts werden.

(Beifall PIRATEN)

Hier wünsche ich mir übrigens, dass wir parteiübergreifend - auch wenn es in der Debatte zu ganz anderen Schauplätzen kam - versuchen, Druck auf Berlin zu machen. GroKo hin, GroKo her, hier geht es um die **Energiewende**.

Jetzt komme ich doch noch einmal auf CO₂ zu sprechen. Das, was Barack Obama jetzt in den USA macht, erstmals auf einen klimafreundlichen Kurs zu drängen und ihn umzusetzen, sollte uns bestärken, mit gutem Vorbild voranzugehen. Es kommt spät. Ich teile die Meinung, dass wir nur international mit verbindlichen Verträgen die Zielsetzung erreichen können. Sonst findet das Worst-Case-Szenario von Professor Latif statt. Das kann keiner von

(Angelika Beer)

uns verantworten, auch nicht im Hinblick auf Kinder und zukünftige Generationen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ich möchte noch einen anderen Bereich ansprechen, weil ich glaube, wir sollten uns nicht nur auf Kohlendioxid und seine Reduktion konzentrieren. Der Klimaschutzbericht geht richtigerweise, wie ich finde, auch auf Methan und Lachgas ein. Wichtig ist zu wissen, dass das Treibhauspotenzial von Methan etwa um 25-mal und das von Lachgas rund 300-mal größer ist als das von CO₂. Mit dem Erlass der Abdeckung von Güllebehältern ist hier ein richtiger Schritt getan, denn **Methan** und **Lachgas** sind vornehmlich ein Problem der Landwirtschaft. Hier gilt es, Landwirte und Verbraucher weiter zu sensibilisieren. Es lässt sich nämlich feststellen, dass die Vermeidung von Methan und Lachgas deutlich kostengünstiger ist als die Reduktion von CO₂. Ersetzt man etwa die Pralltellerausbringung von Gülle durch die Schleppschuhtechnik, so verringert sich die Emission signifikant.

Zum Schluss, verehrte Kolleginnen und Kollegen, will ich auf eine Untersuchung der Uni Bonn hinweisen, die nachweist, dass Stickstoff, der nicht als Nitrat, sondern in Form von Ammonium gezielt in den Wurzelraum der Pflanzen infiltriert wird, zu 95 % von Pflanzen aufgenommen wird. Das heißt, dass nur 5 % in Sickerwasser gelangen und emittiert werden. Dadurch muss deutlich weniger Stickstoff ausgebracht werden, was die Düngekosten reduziert.

Wir Verbraucher sollten wissen, dass das Essen von 1 kg Rindfleisch pro Jahr - ich will jetzt keine Veganer angreifen; das ist nur eine Statistik, bei der allen unterstellt wird, dass sie Rindfleisch essen; im Durchschnitt isst ein Bürger 8,8 kg Rindfleisch im Jahr - einem CO₂-Äquivalent von 7 Milliarden Autokilometern entspricht. Würde jeder von uns auf 1 kg Rindfleisch im Jahr weniger essen, könnte dies pro Mensch und Jahr eingespart werden. So einfach ist es manchmal, die Probleme bildlich darzustellen.

Ich bedanke mich für den Bericht und bei denen, die ihn erstellt haben, und freue mich auf die weitere Diskussion im zuständigen Ausschuss, aber auch im Energiewendebeirat. - Vielen Dank.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN], Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Es sind große politische Herausforderungen, die die **Energiewende** an uns stellt: weg von den fossilen Energieträgern hin zur Energie aus **erneuerbaren Energien**. Wie wir schon mehrmals gehört haben, können wir bei uns im Land davon ausgehen, dass Schleswig-Holstein in diesem Jahr erstmals so viel Strom aus erneuerbaren Energien produzieren kann, wie das Land selbst verbraucht - sofern der Wind mitspielt. Sprich, es gibt die Möglichkeit einer hundertprozentigen Deckung aus dem Mix erneuerbarer Energien. Die rechnerische Möglichkeit ist da, und das ist eine unheimlich gute Nachricht. Wir können stolz auf das sein, was wir in Schleswig-Holstein bisher erreicht haben, denn es macht deutlich, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir als SSW haben nie an diesen unseren Möglichkeiten gezweifelt. Schleswig-Holstein war und ist ein Windland mit geografisch hervorragenden Voraussetzungen - onshore und offshore. Wind ist und bleibt der Energieträger Nummer eins bei uns. Entsprechend hat sich die **Windenergie** auch zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor bei uns im Land entwickelt. Dies haben wir immer unterstützt.

Aber wie wir gehört haben, sind wir noch lange nicht am Ende der Fahnenstange. Wir wollen, dass noch mehr Strom aus erneuerbaren Energien produziert wird. Aus dem Bericht geht hervor, dass der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch in Schleswig-Holstein in den nächsten zehn Jahren auf mindestens 300 % steigt. Das versetzt uns in die Situation, Strom zu exportieren, der zu 100 % aus erneuerbaren Energien erzeugt wird. Damit erreichen wir den Stand, den wir sonst nur mit den AKW und den Kohlekraftwerken hier im Land erreicht haben. Es ist also möglich, die ausgedienten Technologien zu ersetzen. Man muss es eben nur wollen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien und die damit zusammenhängende dezentrale Energieproduktion setzen natürlich voraus, dass dafür die notwendigen Netzkapazitäten geschaffen werden. Aus diesem Grund legt der Bericht seinen Schwerpunkt

(Flemming Meyer)

auch auf die Netzausbaustrategie des Landes. Zu den aus schleswig-holsteinischer Sicht großen Leitungen zählen die Westküstenleitung, Mittelachse und Ostküstenleitung sowie die großen Netze nach Norwegen - Nord.Link - und die Ballungsgebiete nach Süddeutschland - Sued.Link. Alle diese Vorhaben sind von der Bundesnetzagentur bestätigt. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, den Windstrom an der West- und Ostküste durchgängig einzuspeisen, um ihn in die Verbrauchszentren oder zu den Speicherkraftwerken Skandinaviens zu leiten. Das sind riesige Vorhaben, die sich nicht von heute auf morgen umsetzen lassen.

Bei oberflächlicher Betrachtung könnte man geneigt sein zu sagen, dass die Entschleunigung beim Ausbau der erneuerbaren Energien - insbesondere bei der Windenergie - durch die aktuelle Novelle des EEG den Vorteil hat, dass die Netzengpässe zumindest nicht mehr werden, eben weil der **Netzausbau** bisher nicht immer mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien Schritt halten konnte. Grundsätzlich muss es aber so sein, dass der Netzausbau und der Ausbau der erneuerbaren Energien synchron verlaufen sollten. Daher ist es zu begrüßen, dass es das Anschlusskataster der Schleswig-Holstein Netz AG ermöglicht, Netzengpässe frühzeitig zu erkennen, um den regionalen Netzausbaubedarf konkret nachvollziehen zu können.

Wir haben immer gesagt, dass der Netzausbau nur gelingen kann, wenn die Bevölkerung frühzeitig in den Planungsprozess eingebunden wird. Dabei soll die Bevölkerung nicht nur über den Neu- oder Ausbau informiert werden. Wir wollen eine wirkliche Bürgerbeteiligung, bei der es auch darum gehen muss, alternative Trassenführungen in Erwägung zu ziehen und dort, wo es möglich ist, Erdkabeln den Vorrang einzuräumen.

(Beifall PIRATEN)

Der Dialogprozess an der Westküste ist ein unheimlich gutes Beispiel dafür, dass dies so machbar ist. Dafür gebührt allen Akteuren unser Dank. Energiewende und damit auch Klimaschutz dürfen keine Lippenbekenntnisse sein. Sie müssen verbindlich umgesetzt werden, aber immer im Dialog mit den Menschen. Genau das tut diese Regierung. Dafür meinen Dank. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Nun hat noch einmal Herr Minister Dr. Robert Habeck das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank. - Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil ich auf direkte Fragen keine Antwort schuldig bleiben will.

Zum Wärmesektor, der hier mehrfach angesprochen wurde: Die Landesregierung ist als Erste diejenige gewesen, die eine Strategie entwickelt hat, wie wir im **Wärmebereich** vorankommen. Das hat keine Landesregierung vor uns gemacht. Wir haben - einige waren dabei - vor drei, vier Monaten mit den Akteuren auf dem Wärmemarkt diskutiert und die Strategie vorgestellt. Daraufhin wurde durch den Energiewendebeirat - den Sie gefordert haben, den wir gern eingerichtet haben, wofür ich mich noch einmal bedanke - verabredet, dass wir im Lauf des nächsten Jahres als Schwerpunkt der Energiewende den Wärmebereich verabreden und mit den Stadtwerken, mit den Wohnungsbaugenossenschaften und mit den Kommunen durchdeklinieren. Der Ruf nach einem Klimaschutzgesetz heißt, diesen Prozess zu konterkarieren.

Ich nehme erstaunt zur Kenntnis, dass sich die FDP hier hinstellt und nach **Ordnungsrecht** ruft, während wir nach einem gemeinsam beschlossenen **Beteiligungungsverfahren** rufen. Herr Kumbartzky, um es einmal auszusprechen, was Sie sagen: Ich bin bereit, darüber zu diskutieren. Wir werden ein Klimaschutzgesetz haben. Die Debatte aufzunehmen, ist ein Ruf nach Ordnungsrecht, nichts anderes regeln Gesetze. Sie regeln, wie verfahren werden soll.

Im Wärmebereich können wir viel von **Dänemark** lernen. In Dänemark hat man jedoch den großen Vorteil, dass man nicht nur über großvolumige Anlagen verfügt, sondern dass dort seit 16 Jahren eine **CO₂-Abgabe** besteht. Herr Kumbartzky, wenn es das ist, was Sie wollen, dann würde ich mich freuen, darüber später diskutieren zu können.

Zweitens. Zu Recht wurde darauf hingewiesen, dass der **Netzbetreiber TenneT** in Brokdorf in einer Pressemitteilung darauf hingewiesen hat, dass die Revision aus seiner Sicht verschoben werden muss, weil **Grohnde**, das AKW in Niedersachsen, ebenfalls vom Netz ist. Man befürchtet, dass dort Instabilitäten auftreten. Sie beziehen sich auf eine Studie der Bundesnetzagentur von 2011, in der ein solches Szenario als bedenklich skizziert wurde.

(Minister Dr. Robert Habeck)

Daraufhin haben wir im Februar bei der Bundesnetzagentur nachgefragt, ob dies noch der Fall sei. Die Antwort ist klar und befriedigend: Nein, das ist nicht der Fall. Aufgrund der inzwischen vorgenommenen **Netzverstärkungsmaßnahmen**, genannt wurde unter anderem die Windsammelschiene Krümmel-Görries, aber auch die HUGE-Umrichterstation der Offshore-Kabel, ist das AKW in Brokdorf nicht mehr systemrelevant. Daher wird die Revision an diesem Samstag beginnen und entsprechend durchgeführt werden.

Drittens. Ja, Herr Magnussen, die **Abschaltungskosten** sind ärgerlich, da gebe ich Ihnen völlig recht. Die 37 Millionen € sind kaum zu rechtfertigen. Sie kommen durch den **fehlenden Netzausbau** in den letzten zehn Jahren zustande. Wir versuchen jetzt, den Turbo einzuschalten. Das ist zu spät, das ist eindeutig so. Wir hätten diese Debatte nicht vor zwei Monaten, sondern vor zehn Jahren führen müssen. Hier sind Versäumnisse entstanden.

(Beifall Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir versuchen also aufzuholen, was schiefgegangen ist. Sie haben völlig recht, die Abschaltungskosten sind sinnvoller zu verwenden. Entscheidend ist jedoch nicht das EEG, sondern das EnWG. Bei der Novelle, die jetzt im Herbst - im nächsten halben Jahr - ansteht, werden wir uns dafür einsetzen, dass gekappter Landstrom, also EinsMan-Abschaltungen, regional verwendet werden kann. Ich würde mich freuen, wenn Sie Ihre Kontakte auf Bundesebene nutzen würden, um diese Maßnahmen zu flankieren. So kommen wir voran. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Es gibt weitere Dreiminutenbeiträge. Zunächst hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky das Wort für die FDP-Fraktion.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Dr. Habeck, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass ich Sie lediglich an Ihren eigenen Koalitionsvertrag erinnert habe, und zwar ohne irgendeine Wertung. Ich habe Sie nur erinnert.

(Beifall FDP)

Ich finde es schade, dass Sie es offenbar nötig haben, hier falsch zu zitieren. Sie sind sehr dünnhäu-

tig geworden, das fällt schon länger auf. Das finde ich sehr bedauerlich.

Eine Frage haben Sie leider nicht beantwortet, die Frage zu Brokdorf wurde beantwortet, danke. Zum Thema **Geodaten**: Dieses Thema ist mir wichtig. Es ist mir wichtig, dass diese bereitgestellt werden, um für mehr Transparenz an der Westküste zu sorgen. - Danke.

(Beifall FDP und PIRATEN - Torge Schmidt [PIRATEN]: Wollen wir gemeinsam einen Antrag stellen?)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Mir ging es ähnlich wie Frau Beer. Zu dem Beitrag der FDP sage ich: Sie haben einen anderen Bericht gelesen.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Ich habe aus dem Bericht zitiert!)

Sie stellen sich hier hin und sagen, die Landesregierung mache nur das, was die Vorgängerregierung vorbereitet habe. Hier tue sich nichts, es gebe keine Konzepte für die Zukunft. Das waren im Wesentlichen Ihre Aussagen.

Herr Kumbartzky, es wurden zwölf neue Leute eingestellt, es wurde eine eigene **Energieplanungsbehörde** geschaffen. Wenn diese in der Lage ist, im Vergleich zur Vorgängerregierung das Fünf- bis Zehnfache pro Jahr zu genehmigen, dann habe ich dazu in meiner Rede gesagt, das ist eine gewaltige Verwaltungsleistung, die diese Landesregierung von der Vorgängerregierung unterscheidet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Netzsicherheit und die Versorgungssicherheit sind hohe Güter. Wollen Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass der Wirtschaftsminister dieses Landes, Herr Meyer, mit Herrn Horch das Fraunhofer-Institut in Itzehoe, dem ISIT, und die University of Applied Sciences in Hamburg gemeinsam beauftragt hat, für die **erzeugungsdichten Regionen**, die Landkreise Steinburg, Nordfriesland und Dithmarschen, im Verbund mit dem Verbraucherzentrum Hamburg über **wissenschaftliche Konzepte** nachzudenken, etwas vorzulegen und sich so zu bewer-

(Detlef Matthiessen)

ben. Ich finde, dass der Gedanke, hier etwas Neues tun zu wollen, dadurch operativ umgesetzt ist. Das, was Sie gesagt haben, nämlich diese Landesregierung tue nichts, es gebe keinen Unterschied zu den Vorgängerregierungen, ist zumindest nicht meine Wahrnehmung, wenn ich das einmal an diesen zwei genannten Beispielen bescheiden vortragen darf.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Das hätte man in den Bericht schreiben können!)

Ich könnte dies fortsetzen, aber dann springt mir aufgrund der Dreiminutenredezeit der Präsident ins Genick.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Kumbartzky würde gern eine Frage an Sie richten.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Oliver Kumbartzky [FDP]: Vielen Dank, lieber Kollege. Sie erwähnten eben Herrn Horch und Itzehoe. Auf welcher Seite des Berichts finde ich diese Information?

- Dies ist breit veröffentlicht worden. Ich habe das gelesen, ich glaube, der Herr Minister hat sogar im Ausschuss darüber berichtet und so weiter. Sie wissen es also, oder haben Sie noch nie davon gehört?

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Matthiessen, gestatten Sie eine weitere Frage des Herrn Abgeordneten Kumbartzky?

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Bitte schön.

Oliver Kumbartzky [FDP]: Wir klären das genau, lieber Kollege. Danke schön. Selbstverständlich weiß ich das. Sie sagten jedoch zu Beginn Ihres Dreiminutenbeitrags, wir sollten uns mehr auf den Bericht konzentrieren. Daher dachte ich, Sie würden aus dem Bericht zitieren. Ich habe übrigens in meiner Rede aus dem Bericht zitiert. Das nehmen Sie bitte zur Kenntnis. Daher lautete meine Frage eben, wo sich das von Ihnen Gesagte im Bericht befinde. Ich nehme zur Kenntnis: Das befindet sich nicht im Bericht. Schade.

- Hier haben Sie mich falsch verstanden. Das habe ich so nicht gesagt. Ich habe gesagt: Mein Gefühl ist wie das von Frau Beer und von anderen hier im Hause auch, dass Sie einen anderen Bericht gelesen haben als den, den wir hier diskutieren. Sie haben verschiedene Vorwürfe erhoben. An zwei Beispielen habe ich verdeutlicht, dass dem nicht so ist. Die Energiewende sollten wir eigentlich zu einem gemeinsamen Projekt machen. Sie stellen sich hier so billig hin und sagen: „Die tun nichts“, und so weiter. Das geht mir auf den Zeiger. Das ist ein Mangel an Engagement zu diesem Thema. - Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht Drucksache 18/1985 federführend an den Umwelt- und Agrarausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 53 auf:

Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. Januar 2014 bis 31. März 2014

Bericht des Petitionsausschusses
Drucksache 18/1923

Ich erteile dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Herrn Abgeordneten Uli König, das Wort.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, Ihnen heute als Vorsitzender des Petitionsausschusses den Tätigkeitsbericht für das erste Quartal 2014 vorzustellen. Der Petitionsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags hat im Berichtszeitraum 114 neue Petitionen erhalten. In vier Sitzungen hat sich der Ausschuss mit diesen und den aus vorigen Quartalen noch anhängigen Verfahren befasst. Im Berichtszeitraum sind 88 Petitionen abschließend behandelt worden. Davon gab es eine Gegenvorstellung zu bereits einem abschließend beratenen Verfahren. In 88 Petitionen, die der Petitionsausschuss abschließend beraten hat, erledigte er 15 Petitionen im Sinne und 21 teilweise im Sinne der Petentinnen und

(Uli König)

Petenten. 51 Petitionen konnte er nicht zum Erfolg verhelfen. Eine Petition wurde im Laufe des Verfahrens zurückgezogen.

(Unruhe)

- Ich bin noch nicht fertig. Ich warte darauf, dass Sie mir zuhören, auch der Minister. Ich hätte gedacht, dass Sie das interessiert. - Ich habe Ihnen in der Vergangenheit vor allem von den Erfolgen des Petitionsausschusses berichtet. Da wir nicht allen Petitionen abhelfen können, werde ich heute einmal die andere Seite beleuchten. In mehreren Fällen baten uns Petenten darum, die Hürde für die Zulassung für das Medizinstudium abzusenken. Dies bezog sich entweder auf die Allgemeinheit oder auf einen persönlichen Einzelfall.

In beiden Varianten konnten wir den Petenten leider nicht weiterhelfen.

In einer öffentlichen Petition mit 1.484 Mitzeichnern forderte ein Petent, die Landesverordnung für die Abiturprüfung für Nichtschülerinnen und Nichtschüler sowie Schülerinnen und Schüler an nicht staatlich anerkannten Ersatzschulen und Waldorfschulen so zu überarbeiten, dass die Abiturnote in gleicher Weise wie an staatlich geführten Schulen ermittelt werden sollte. Der Petitionsausschuss hat in diesem Fall davon Abstand genommen, eine Empfehlung auszusprechen.

Der Ausschuss bittet den Landtag, hiervon Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen.

(Beifall PIRATEN und SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wir kommen deshalb jetzt zur Abstimmung. Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht in der Drucksache 18/1923 zur Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen. Wer der Ausschussempfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das bei einer Gegenstimme des Herrn Abgeordneten Dr. Patrick Breyer so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu Punkt 29 der Tagesordnung:

Unterstützung der Forderung der Ministerpräsidenten nach Schaffung eines EU-Kommissionsressorts für Minderheiten

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1969 (neu - 2. Fassung)

Verantwortlichkeiten für Minderheiten auf EU-Ebene verbindlich regeln und die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen unterstützen

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/2036

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/2044

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann begrüßen Sie bitte mit mir auf der Tribüne die Minderheitenbeauftragte Renate Schnack mit ihren Begleiterinnen Dr. Heike Schmidt und Linda Pieper. Sie alle sind uns angekündigt worden. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

(Beifall)

Wir kommen jetzt zur Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Angelika Beer von der Piratenfraktion.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Minderheitenbeauftragte Renate Schnack! Wenn es um Minderheiten geht, gibt es viel zu diskutieren. Vielleicht sollte ich mich dafür entschuldigen, dass es dazu jetzt wahnsinnig viele Papiere gibt; aber das Ergebnis ist gut. Es gibt nämlich nun auch eine interfraktionelle Vorlage, und ich denke, dass dies das richtige **Zeichen für die Minderheitenpolitik** in Schleswig-Holstein ist.

(Beifall)

Es ist ein Signal an die Europäische Union und an die Europäische Kommission. Ich will kurz begründen, warum uns das so wichtig ist.

Worum geht es? - In der EU leben 505 Millionen Einwohner. Davon gehören etwa 8,2 % oder 40 Millionen Menschen einer autochthonen Minderheit an. Dabei werden von **156 nationalen Minderheiten und Volksgruppen** 90 Regional- und Minderheitensprachen gesprochen, wovon 37 Amtssprachen sind und 53 Sprachen als Sprachen

(Angelika Beer)

Staatenloser gelten. Betrachten wir alle 47 europäische Staaten, so gehören mehr als 100 Millionen Menschen, also jeder siebte Europäer, einer autochthonen Minderheit oder Volksgruppe an.

Ich möchte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt sicherlich nicht mit statistischen Zahlen oder mit Datenmaterial langweilen. Aber diese Fakten sind wichtig, weil man bedenken muss, dass es sich um fast 10 % der EU-Gesamtbevölkerung handelt, die sich speziellen kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Bedürfnissen und Problemen gegenübergestellt sehen.

Diese Fakten sind wichtig, wenn man bedenkt, dass es bisher innerhalb der EU-Kommission niemanden gibt, der sich aktiv und engagiert für sie einsetzt, um Minderheitenrechte zu implementieren, gleichberechtigte Integration in die Gesellschaft zu fördern und Spannungen zwischen Mitgliedstaaten, deren Gesellschaften und ihren Minderheiten zu moderieren. Dies gilt vor allem dort, wo nationalistische und **extremistische Kräfte** aus diesen Spannungen einen politischen Nutzen zu ziehen versuchen.

(Beifall PIRATEN)

Minderheiten, verehrte Kolleginnen und Kollegen, haben Fähigkeiten und Fertigkeiten, die für ganz Europa wichtig sind. Sie stellen einen Mehrwert da.

(Beifall PIRATEN)

Mehrsprachigkeit, Innovation durch Kreativität, Konfliktmanagement, wirtschaftliche Produktivität, kulturelle Vielfalt, Integrationsbereitschaft, um nur einige wenige aufzuzählen.

Leider werden Minderheiten von der Mehrheitsgesellschaft meist erst dann wahrgenommen, wenn es zu **Krisen und Konflikten** kommt, wie geschehen auf dem Balkan, im Baskenland oder auch in Nordirland. Nicht zuletzt deshalb müssen die Minderheitenrechte in den EU-Staaten sichergestellt sein und gestärkt werden. Vor allem während der **Beitrittsvorbereitungen** von neuen europäischen Staaten kann es nicht sein, dass man Minderheiten ignoriert, nur weil man glaubt, dass eine EU-Erweiterung wirtschaftlich sinnvoll oder politisch wünschenswert wäre.

(Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen stärken wir auch dem ehemaligen Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen im Jahre 2009 und gerade jüngst unserem Ministerpräsidenten anlässlich des Kongresses der FUEV, auf dem er sich für die **Einrich-**

tung eines EU-Kommissariats eingesetzt hat, den Rücken in ihren Aussagen. Wir möchten ihnen diesen hoffentlich einstimmig gefassten Beschluss mitgeben. Wir als Landtag haben einstimmig die Minority Safepack Initiative unterstützt. Wir denken, dass es an der Zeit ist, dass die Minderheit endlich auch sichtbar in der Überschrift eines Kommissariats vorkommt und nicht weiterhin unter „ferner liefern“ läuft und negiert wird.

In Anbetracht der Tatsache, dass humanitäre Fragen innerhalb der EU-Kommission bisher kaum eine Rolle gespielt haben, bin ich sehr froh, dass wir hier gemeinsam einen Prozess in Gang setzen. Wenn wir sehen, wie gerade jetzt schon die Verhandlungen zur Bildung der neuen EU-Kommission laufen, dann glaube ich, ist es richtig und gut, dass der Landtag hier und heute ein solches Signal senden kann und senden sollte. Ich bin zuversichtlich - egal ob es Jean-Claude Juncker oder Martin Schulz sein wird -, dass diese Forderung in Brüssel Gehör finden wird. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bevor wir in den Beratungen fortfahren, möchte ich meine Begrüßung von eben noch ein wenig ergänzen. Das Mitglied der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen und ehemaliger Vorsitzender des Südschleswigschen Vereins, Herr Heinrich Schulz, ist ebenfalls anwesend. - Seien auch Sie herzlich willkommen hier im Landtag.

(Beifall)

Nun ist die CDU-Fraktion an der Reihe. Frau Abgeordnete Astrid Damerow hat das Wort.

Astrid Damerow [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! In Schleswig-Holstein sind immerhin drei der vier Minderheiten Deutschlands vertreten. Die Minderheitenpolitik in unserem Land gilt europaweit als vorbildlich. Ich schicke dies vorweg, weil ich finde, dass es zwar schön ist, dass dies als vorbildlich gilt, aber es gibt uns auch ein Stück weit die Pflicht auf, dass wir uns auch innerhalb Europas für die **Rechte der Minderheiten** starkmachen. Ich halte das für eine Selbstverständlichkeit.

Im Übrigen haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union schon selbst in ihren Grundsatzerträgen auch auf die fundamentalen Grundrechte der Minderheiten geeinigt. Die **Diskriminie-**

(Astrid Damerow)

rung aufgrund der Zugehörigkeit einer nationalen Minderheit ist verboten, die Pflege von Brauchtum, kulturellen Traditionen und Sprache muss gewährleistet sein.

Das Europäische Parlament - ihm gehören nicht wenige Abgeordnete einer Minderheit an - setzt sich ebenso wie zahlreiche Mitgliedstaaten intensiv für die Minderheitenrechte ein. Dies spiegelt im Übrigen auch der EU-Haushalt in seinem mehrjährigen Finanzrahmen bis 2020 in gewisser Weise wider.

Minderheitenpolitik und die Förderung von Minderheitenaktivitäten stellen einen Finanzierungsschwerpunkt dar. So wird die **Minderheitenförderung** im Rahmen des Europäischen Sozialfonds in der Regionalpolitik explizit erwähnt. Von 2014 bis 2020 werden über den ESF mindestens 80 Milliarden € für Investitionen in Beschäftigung, soziale Inklusion und Human Resources bereitgestellt. Sehen Sie es mir bitte nach, wenn ich hier den englischen Begriff verwende, weil ich den Begriff Humankapital ganz furchtbar finde. Mindestens 20 % der Mittel des ESF, also 16 Milliarden €, müssen nun für soziale Inklusion verwendet werden. Ein Ziel dabei ist auch die bessere Integration, beispielsweise der Roma, in den Mitgliedstaaten.

An dieser Stelle wird aber auch deutlich, dass eine klare Verantwortlichkeit für dieses Thema in der Hand eines Kommissars mehr als sinnvoll ist. Und allen sind die Probleme der Integration der Minderheiten in den verschiedenen Mitgliedstaaten durchaus bekannt. Wir versprechen uns davon eine deutlich bessere Durchschlagskraft und deutlich kräftigere Impulse vonseiten der Kommission für die Minderheiten.

(Beifall CDU, SPD und SSW)

An der Stelle möchte ich mich jetzt bei allen Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich bedanken, dass wir es geschafft haben, einen fraktionsübergreifenden gemeinsamen Antrag hier auf den Weg zu bringen. Ich finde, das ist ein gutes Signal aus dem Schleswig-Holsteinischen Landtag und damit auch ein kraftvoller Antrag.

(Beifall)

Uns ist durchaus klar, dass die Umsetzung unseres Anliegen sicherlich keine einfache Sache sein wird, da die **Ressortverteilung** natürlich von dem neuen Kommissionspräsidenten vorgenommen werden wird. Auf der anderen Seite wissen wir aber auch, dass im Moment in Brüssel die Verhandlungen zur **Kommissionsstruktur** stattfinden und dass

diese gerade vorbereitet wird. Also ist es vielleicht jetzt genau der richtige Zeitpunkt, mit einem solchen Antrag ein Signal Richtung Berlin und Brüssel zu senden, um hier im Vorfeld unseren möglichen Einfluss geltend zu machen.

Meine Damen und Herren, die Art des Umgangs der Europäischen Union mit ihren Minderheiten ist ein Gradmesser für gelebte vielfältige Demokratie. Das dürfen wir alle nicht vergessen. Und ich finde, dass uns allein dieser Satz zeigt, wie wichtig es ist, dass wir uns hier gemeinsam dafür starkmachen und dass wir hier, was den Minderheitenschutz angeht, stets nach vielen Verhandlungen eine gemeinsame Linie finden. Ich denke, wir sind hier auf einem guten Weg. Lassen Sie uns so fortfahren.

Und der Landesregierung wünsche ich bei ihren Bemühungen in Berlin, um das auf den Weg zu bringen, viel Erfolg im Sinne unserer Minderheiten. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bevor wir in der Debatte fortfahren, bitte ich Sie, mit mir gemeinsam auf der Tribüne Mitglieder des Deutschen Frauenrings aus Kiel und den Schleswig-Holsteinischen Heimatbund, Ortsverband Flintbek, zu begrüßen. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

(Beifall)

Für die SPD-Fraktion hat nun Frau Abgeordnete Birte Pauls das Wort.

Birte Pauls [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Minderheitenpolitik braucht starke politische Mehrheiten. Deswegen freut es mich ganz besonders, dass es an dieser Stelle zu einem gemeinsamen fraktionsübergreifenden Antrag aller Fraktionen gekommen ist. Wir haben ein wenig miteinander gerungen, sind uns aber einig geworden. Das freut mich sehr und dafür möchte ich mich bei allen bedanken.

(Beifall)

Vom 8. bis zum 10. Mai 2014 hat bei uns im Grenzland der FUEV-Kongress stattgefunden. Diese Veranstaltung war eine große und wichtige Präsentation der Kraft der nationalen Minderheiten in Europa. Und ich war froh, dass die Bedeutung der Minderheiten in unserem Grenzland damit noch

(Birte Pauls)

einmal unterstrichen wurde. In diesem Zusammenhang hat Ministerpräsident Albig erneut in aller Deutlichkeit formuliert, was wir bereits in unserem Antrag im September gefordert haben, nämlich eine klare **Verantwortlichkeit für Minderheiten bei der Europäischen Kommission**.

Ich war bei der Veranstaltung in Sønderborg dabei und habe die Begeisterung erleben dürfen, die diese Formulierung bei den Vertretern der Minderheiten ausgelöst hat. Deshalb freut es mich sehr, dass die PIRATEN unseren Antrag aus dem September des letzten Jahres noch einmal aufgenommen haben, um diese Forderung zu unterstreichen. Wir wollen, dass bei der Europäischen Kommission verbindliche Verantwortlichkeiten für Minderheitenangelegenheiten geschaffen werden.

Nur so wird es gelingen, die im Rahmen der **Grundrechtecharta** und der **Kopenhagener Kriterien** zugesagten Minderheitenrechte durchzusetzen. Nur so wird es gelingen, die kulturelle und sprachliche Vielfalt zu wahren. Und nur so wird es gelingen, die verabredeten Standards im Umgang mit den Minderheiten in den einzelnen Mitgliedsstaaten auch wirklich umzusetzen. Angesichts der Ergebnisse bei der Europawahl, bei der leider viele rechtspopulistische Parteien in den Nationalstaaten viel zu viele Stimmen hinzugewonnen haben, ist diese Forderung aktueller und dringender denn je.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Die Europäische Union hat sich in ihrer Grundrechtecharta zum Schutz nationaler Minderheiten verpflichtet. Die Achtung und der Schutz von Minderheiten ist zudem Teil der Kopenhagener Kriterien, die für einen Beitritt zur EU zu erfüllen sind. Aber die Europäische Kommission hat bisher keine konkreten Kompetenzen in Bezug auf die Durchsetzung der Minderheitenrechte und ihres Schutzes. Und genau das gilt es zu ändern. Frau Kollegin Beer hat die Zahlen genannt. Das brauche ich an dieser Stelle nicht zu wiederholen.

Trotz der Grundrechtecharta und trotz der Kopenhagener Kriterien werden weiterhin viele Minderheiten in Europa verfolgt, diskriminiert und ausgegrenzt. Die FUEV, die **Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen**, sammelt diese Informationen und transportiert sie in die Politik hinein, wird laut, dort wo Unrecht geschieht, und macht deutlich, was es noch alles zu tun gibt.

Dass auch aktuelle politische Entwicklungen immer auch Minderheiten betreffen, zeigen uns die hochbrisanten **Geschehnisse in der Ukraine**, die Min-

derheit der Krimtataren ist hiervon stark betroffen. Und es ist sehr gut, dass die FUEV dort vor Ort ist. Ich danke Hans-Heinrich Hansen als Präsidenten der FUEV und seinen Mitarbeitern und Mitstreitern ganz ausdrücklich für ihre Arbeit auch an dieser Stelle. - Und ich möchte dich, Heinrich Schulz, bitten, diese Grüße auch zu übermitteln.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir alle, so hoffe ich jedenfalls, begrüßen die Arbeit der **FUEV** und hoffen und wollen, dass der Hauptsitz und das Sekretariat in **Flensburg** bleiben. Aber ihre Arbeit ist ja nicht nur regional begrenzt. Auch gerade bei politischen Entscheidungen auf Bundesebene steht die FUEV als Berater zur Verfügung. Auch das haben wir gerade in der aktuellen Ukraine-Krise erleben dürfen.

Aber gerade weil sich nicht alle Nationalstaaten an die geltenden Minderheitenkriterien halten und weil es politische Schwankungen gibt, bedeutet es für die FUEV einen erheblichen Arbeitseinsatz, Zeiteinsatz und Personaleinsatz, der mit Sonntagsreden nicht bezahlt werden kann. Deshalb begrüßen wir außerordentlich, dass sich die Landesregierung über den Bundesrat für eine bundesweite **institutionelle Förderung der FUEV** starkgemacht hat, und wir bitten Sie, sich weiterhin auf Bundesebene dafür einzusetzen. Auch da wäre ich froh, wenn es hier zu einer interfraktionellen Einigung kommen könnte.

Die autochthonen nationalen Minderheiten sind Brückenbauer zwischen den Kulturen in ihren jeweiligen Nationalstaaten und setzen sich mit ihrer Arbeit gegen Nationalismus und für **Verständigung in Europa** sowie für friedliche Lösungen von Konflikten ein, von denen die Minderheiten in Europa betroffen sind.

Gerade in dieser Zeit, in der nationalistische Ideen in Europa leider wieder viel zu stark in den Vordergrund rücken, ist die Arbeit der FUEV und der Beitrag der Minderheiten zu mehr Toleranz und Verständnis dem anderen gegenüber von enormer Bedeutung für ein friedliches Zusammenleben in Europa.

(Beifall SPD und SSW)

Die Minderheiten sind es, die entscheidend dazu beitragen, die europäische Idee in Zeiten der Krise wieder zu stärken. - Ich danke Ihnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Herr Abgeordneter Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Renate Schnack und sehr geehrter Herr Schulz, Ungarn in Rumänien, Schweden in Finnland, Kaschuben in Polen, Friesen in Deutschland und in den Niederlanden und Sinti und Roma in sehr vielen europäischen Staaten, in Europa leben mehrere hundert Minderheiten. Statistisch betrachtet ist jeder siebte Europäer Angehöriger einer nationalen Minderheit.

Viele Konflikte, wie beispielsweise der **Ukraine-Konflikt** - das ist vorhin auch schon gesagt worden -, lassen sich nur vollständig erklären, wenn man die dort lebenden Minderheiten berücksichtigt. Die Situation der nationalen Minderheiten ist in ihren Staaten allerdings sehr unterschiedlich. Die **dänische Minderheit** beispielsweise kämpft bei uns - das kann man in diesen Tagen wieder lesen - vor allem um die rechtliche Gleichstellung. Die Sinti und Roma werden in vielen Staaten hingegen verfolgt und auch von staatlicher Seite diskriminiert. Ein trauriges Beispiel sind unter anderem die Entwicklungen in Ungarn. Und wenn man vor allem über die **Sinti und Roma** und über andere Minderheiten spricht, gibt es auch eine sehr starke **soziale Dimension**, die man in der Minderheitenpolitik berücksichtigen muss. Ein trauriges Beispiel dafür ist eine Zeitungsmeldung aus Frankreich der letzten Tage, die ich mitgebracht habe: Ein Roma-Junge wurde halb totgeschlagen, er wurde in einem Pariser Vorort bis zur Bewusstlosigkeit geschlagen und kämpft dort nun um sein Überleben.

Ich finde, dass alle diese Beispiele - so unterschiedlich diese Probleme auch sind - zeigen, dass es eine ganze Reihe von Maßnahmen und Initiativen in der Minderheitenpolitik sowohl in den Mitgliedstaaten als auch in der Europäischen Union geben muss.

Wir Grüne sind im Europäischen Parlament wieder in einer Fraktionsgemeinschaft mit dem Zusammenschluss der europäischen Minderheitenparteien. Sich in Europa stärker für die **Rechte der nationalen Minderheiten** einzusetzen, ist für uns nicht nur deshalb, aber natürlich auch deshalb ein zentrales Ziel europäischer Politik.

Aus unserer Sicht ist beschämend, dass es in der EU-Kommission auch vor dem Hintergrund der Punkte, die ich gerade eben genannt habe, keine klare Zuständigkeit für die nationalen Minderheiten gibt. **Minderheitenpolitik** muss aus unserer Sicht stärker eine **europäische Aufgabe** sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW, vereinzelt CDU und PIRATEN)

Ein Schritt - längst nicht der einzige - ist, dass es in der EU-Kommission eine klare Zuständigkeit für Minderheitenpolitik geben muss. Gut ist, dass sich der Ministerpräsident wortstark in diese Debatte zu einem ganz wichtigen Zeitpunkt eingemischt hat und die Forderung der Minderheitenverbände unterstützt. Auf europäischer Ebene wird nämlich gerade über den Kommissionspräsidenten verhandelt; das hat auch schon die Kollegin Damerow angesprochen. Wenn feststeht, wer EU-Präsident oder EU-Präsidentin werden wird, folgen der Zuschnitt und die Besetzung der Ressorts der Europäischen Kommission. Daher ist jetzt der richtige Zeitpunkt, diese Debatte im Landtag zu führen.

Die Grünen-Fraktion bedankt sich bei den antragstellenden PIRATEN, die diese Initiative in den Landtag eingebracht haben. Denn es darf im Brüsseler Postenpoker nicht nur darum gehen, ob Jean-Claude Juncker EU-Kommissionspräsident werden soll oder nicht, sondern es geht um viele konkrete politische Inhalte, die damit verbunden sind. Einer dieser Inhalte ist auch die europäische Minderheitenpolitik.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN, SSW und vereinzelt CDU)

Aus unserer Sicht gehört zu einer Stärkung der europäischen Minderheitenpolitik, auch strukturell etwas für die europäischen Minderheiten zu tun. Der Dachverband der europäischen Minderheiten, die FUEV, leistet essenziell wichtige minderheitenpolitische Arbeit; auch das hat die Kollegin Pauls schon erwähnt. Sie informiert beispielsweise über Minderheiten. Sie vernetzt sie untereinander und formuliert klare minderheitenpolitische Forderungen an die Politik und an andere zivilgesellschaftliche Akteure.

Die FUEV hat ihren Hauptsitz bei uns in **Flensburg**, einer Stadt, die mit ihrer Geschichte und minderheitenpolitischen Gegenwart ein hervorragender Standort ist und das aus unserer Sicht auch bleiben soll. Wer Minderheitenpolitik wichtig findet, sollte das hier auch bei der Finanzierung der Dachorganisation der europäischen Minderheiten zum Ausdruck bringen.

(Rasmus Andresen)

Deswegen haben wir als Koalitionsfraktionen mit diesem Aspekt eine Ergänzung der Anträge vorgenommen, die von anderen Seiten schon vorlagen. Wir finden es gut, wichtig und richtig, nochmals zum Ausdruck zu bringen, dass nicht nur das Land Schleswig-Holstein, sondern dass gerade auch der Bund bei der Finanzierung seiner minderheitenpolitischen Rolle gerecht werden muss. Ein Schritt dafür ist auch eine bessere **Finanzierung der FUEV**.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir Grünen freuen uns - wie sicherlich alle hier - darüber, dass es gelungen ist, Minderheitenpolitik wieder parteiübergreifend zu machen, seitdem diese Koalition regiert.

(Beifall SPD und SSW)

Ich danke allen Seiten, auch der Union. Es ist sehr gut, dass wir diese Schritte gehen, weil wir alle Kräfte brauchen, um unsere Forderungen auf Bundesebene und auf europäischer Ebene umzusetzen.

Wir senden heute ein starkes Signal. Ich freue mich schon darauf, dass wir das beim nächsten Mal wieder tun werden. - Schönen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die nationalen Minderheiten brauchen eine Stimme in der EU-Kommission. Dabei ist es letztlich egal, ob man in Brüssel ein Kommissionsmitglied ausschließlich für die Minderheitenpolitik einsetzt, oder ob einer der EU-Kommissare dieses Ressort neben anderen mit in sein oder ihr Portfolio aufnimmt.

Wichtig ist, dass eines der Kommissionsmitglieder verbindlich für dieses Thema zuständig ist, das in einer ganzen Reihe von Mitgliedsländern der Europäischen Union von erheblicher politischer Bedeutung ist. Nicht überall sind dabei die Dinge so gut geregelt wie in **Dänemark und Deutschland**. Wir geben hier Europa ein Beispiel, auch wenn wir nicht erwarten können, dass die bei uns **historisch gewachsenen** Strukturen überall eins zu eins kopiert werden.

Wenn die Europäische Union jedoch von Beitrittskandidaten erwartet, dass sie beim Schutz von nationalen Minderheiten grundlegende Regeln beachten, ist es auch nicht zu viel verlangt, dass die Kommission der Europäischen Union diesem Thema künftig institutionell mehr Beachtung schenkt, als es in der Vergangenheit bis heute der Fall gewesen ist.

Ich finde es auch sehr erfreulich - da schließe ich mich meinen Vorrednerinnen und Vorrednern an -, dass es uns gelungen ist, einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen dieses Hauses zustande zu bringen. Das ist ein wichtiges politisches Signal, das wir nach Brüssel senden. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Kære Renate og Heinrich! Die Reihe der Unterstützer dieser Forderung verlängert sich. Diese Forderung ist aus den Reihen der Minderheiten gewachsen, und sie hat sich entwickelt. Was sich anfangs als Forderung der Zuständigkeiten angegliedert an ein bestehendes Kommissar-Ressort darstellte, entwickelte sich zu der Forderung nach einem Amt, das sich gänzlich den autochthonen Volksgruppen und Minderheiten in der EU widmet.

Dieser Wunsch hat sich mittlerweile weit verbreitet. So hat etwa unser Landesvorsitzender, mit Unterstützung der friesischen FNP, auf dem letzten Kongress der EFA diese Forderung vorgetragen. Dieser wurde von den 36 vollwertigen Mitgliedern - aus Regionalparteien stammend - einstimmig beschlossen. Die EFA hat sich nun in einem Schreiben an José Barroso, den Präsidenten der Kommission, gewandt. Damit ist die Forderung dort hingelangt, wo sie wachsen und letztlich verwirklicht werden soll, nämlich in der Kommission.

Die Kommission hat in der Vergangenheit verlaun lassen, dass sie für diese Belange nicht zuständig sei, und zum Teil wird auch die Notwendigkeit eines solchen Amtes angezweifelt. Diese Auffassung muss jedoch kein Blankoscheck für ein Abhaken dieses Ziels sein. Bündnispartner gibt es jede

(Jette Waldinger-Thiering)

Menge. Nur sind die Enden auf politischer Ebene noch nicht ausreichend verknüpft.

Die **Verteilung der Ressorts** ist Sache der EU-Staaten. Genau an dieser Stelle müsste die Bundesregierung auf ihre Nachbarn zugehen. Dänemark wäre aus schleswig-holsteinischer Sicht sicherlich der erste Ansprechpartner. Jedoch ist die Diskussion andernorts schon weiter. So haben sich etwa Vertreter der Regierungsparteien in Österreich für die Einrichtung eines Minderheitenressorts ausgesprochen.

In Bezug auf die EU-Kommission muss dazu gesagt werden, dass so manches zum Thema nationale Minderheiten schon vorhanden ist. Die Kommission fördert etwa Mehrsprachigkeit und setzt sich dafür ein, dass Hürden beim Job- oder Ausbildungswechsel über Grenzen hinweg abgebaut werden. Viele Kulturprojekte sind durch EU-Mittel gefördert worden und bereichern den Alltag der Minderheit sowie der Mehrheit.

Mit einer Zuständigkeit für nationale Minderheiten könnte man diesem Kurs eine neue Richtung geben. Das wäre ein Weg, der das genaue Hinsehen beinhaltet, und ein Weg, der Mehrsprachigkeit auch im Sinne von Minderheitensprachen und regionalen Dialekten berücksichtigt.

Der Inhaber dieses Amtes könnte ein Ansprechpartner für diejenigen sein, die anderswo kaum zu Wort kommen. Er könnte vermitteln, beobachten und beraten. Es wäre eine Institution, die Informationen sammelt und auswertet.

Diese Verrichtung ist in der Tat nicht neu. Neu jedoch wäre, den Blickwinkel - damit meine ich einen ehrlichen Blickwinkel - auf die Belange der nationalen Minderheiten und Volksgruppen zu richten. Zu tun gäbe es jedenfalls genug, genug um ein ganzes EU-Kommissar-Ressort auszufüllen. Die Frage der Notwendigkeit stellt sich für mich an dieser Stelle jedenfalls nicht.

Nun muss es in erster Linie darum gehen, dass sich die Landesregierung bei der Bundesregierung entschlossen für dieses Anliegen starkmacht. Die Gelegenheit muss jetzt genutzt werden; denn sobald die Ressorts verteilt und die Personalien zugeteilt sind, ist es zu spät. Ich glaube, dies hat die Landesregierung auch verstanden. Wir als SSW werden dieses Ziel wie auch in der Vergangenheit nicht aus den Augen verlieren.

Kümmere dich um deine Minderheiten. Unser Ministerpräsident unterstützt und bestätigt unseren Ruf nach einem EU-Kommissar oder vielleicht

auch nur ein Ressort bei einem EU-Kommissar. Ich hoffe, die Zukunft wird zeigen, dass unser interfraktioneller Antrag so viel Gewicht hat, dass wir in Berlin und auch in Brüssel gehört werden, damit wir bei der Verteilung berücksichtigt werden. Denn gerade die Krisen in der Ukraine und auf der Krim haben uns gezeigt - und ich werde nicht müde, dieses zu wiederholen -: Aktive Minderheitenpolitik ist aktive **Friedenspolitik**.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament sehe ich nicht. Dann hat jetzt für die Landesregierung der Herr Ministerpräsident Torsten Albig das Wort.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es tut gut, diese Geschlossenheit zu hören. Es tut gut zu sehen, dass wir uns gemeinsam zu dieser europäischen Normalität bekennen - wir haben es gehört, über 100 Millionen Menschen auf diesem Kontinent gehören zu einer Minderheit, also mehr Menschen, als in Spanien, Polen, Irland und Österreich wohnen -, dass wir diese Normalität auch in die Verfasstheit der Europäischen Kommission tragen wollen. Wir wollen gemeinsam dafür werben - 28 Kommissarinnen und Kommissare haben wir heute schön aufgeteilt nach den Mitgliedstaaten -, dass es gern auch einen 29. Kommissar, eine 29. Kommissarin für diese 100 Millionen Menschen geben darf, die europäübergreifend hinter diesem ganz besonderen Europa stehen.

Es zeichnet unser Europa aus - es ist ein Europa der Minderheiten -, dass dieses Kommissariat nicht nur eine zusätzliche Verwaltungsbehörde ist, die wir schaffen wollen, ein zusätzlicher gut bezahlter Job, sondern wir damit ein Bekenntnis Europas, auch des verfassten Europas, abfordern zu dieser Besonderheit unseres Kontinents und der Besonderheit, wie wir gern möchten, dass man mit Minderheiten umgeht, wie wir befördern können, dass diese Minderheiten ein wichtiger, ein bedeutender Teil dieses Kontinents sind.

Ich begrüße sehr, dass die FUEV bereits vor zehn Jahren gefordert hat, diesen Weg zu gehen. 2004 waren wir noch nicht erfolgreich, 2009 waren wir noch nicht erfolgreich. Jetzt haben wir 2014, und wir versuchen es ein drittes Mal. Liebe Renate Schnack, Sie haben es schon 2004 für Heide Simo-

(Ministerpräsident Torsten Albig)

nis vorangebracht. Mein Amtsvorgänger hat dies gefordert, meine Regierung fordert es auch.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Jede dieser Europawahlen ist ein richtiger Moment, zu sagen, darauf hinzuweisen: Denkt in Brüssel daran, wenn wir über Minderheiten reden. Dann wollen wir uns klarmachen: Dieser Kontinent schert sich um seine Minderheiten, dieser Kontinent, die Menschen in Europa begreifen, dass Minderheiten, wenn wir sie richtig verstehen, nicht immer nur in der Abgrenzung zur Mehrheitsgesellschaft, nicht immer nur als „Wir müssen sie schützen“ gesehen werden, sondern wir nutzen sie als Stärke, wir nutzen sie als Kraft, wir nutzen sie als besondere Möglichkeiten in Europa. Wir machen deutlich, dass sich um Minderheiten zu kümmern im Jahre 2014 mehr ist, als sie zu schützen. Wir müssen die Stärke und die Bedeutung von Minderheiten nach vorn bringen. Sie sind eine **Bereicherung**: Sie sind kulturell eine Bereicherung, sie sind ökonomisch eine Bereicherung, sie sind politisch eine Bereicherung. Dänemark und Schleswig-Holstein zeigen, wie man es machen kann.

Allerdings erleben wir, dass nicht immer so gedacht wird. Wir erleben in Europa, das in vielen Staaten versucht wird, Minderheiten ganz bewusst als nationales Thema zu reklamieren, in das Europa bitte nicht eingreifen soll. Das ist falsch. Ja, Minderheiten sind ein regionales Thema. Ja, Minderheiten sind ein nationales Thema. Minderheiten sind vor allem ein europäisches Thema, wenn man es richtig betrachtet. Wir möchten gern, dass dieses Signal aus Brüssel gesandt wird, dass dieses Signal ein besonderes Bekenntnis dieses Verständnisses von Mehrheitsgesellschaften und Minderheitsgesellschaften ist, Verständnis auch von einem Kontinent, der in seiner **Mehrsprachigkeit** so besonders ist und in seiner Mehrsprachigkeit eben keine Last, sondern eine Kraftquelle sieht, dass dieser Kontinent es mit einem Kommissariat ausstattet.

Wir wollen, dass dieses Europa als **Schutz- und Wertegemeinschaft** sich dieser als vorrangiger Aufgabe annimmt und sagt, dass das Kommissariat in dieser neuen - ich denke -, von Jean-Claude Juncker zu führenden Europäischen Kommission gut dafür geeignet ist, das auch zu einem Thema zu machen, der als Präsident, der aus einem sehr kleinen Land kommt, sagt: Es ist ein Thema, das ich annehmen möchte. Ich hoffe, dass diese neue Kommission - so denn hoffentlich sehr bald, wenn sie sich endlich einmal darauf geeinigt hat, wie sie sich bil-

det und wer ihr vorsteht - sagt: Lasst uns einen 29. Kommissar, eine 29. Kommissarin wählen.

Die Widerstände sind stark. Das wissen wir. Wir sind auch nicht naiv, keiner von uns, dass man darauf wartet, dass es ein Signal meiner Regierung oder ein Signal aus diesem Landtag gibt. Aber nach 2004 und 2009 bin ich ganz sicher: Der stete Tropfen wird irgendwann erfolgreich sein, irgendwann werden wir mit unserem Werben durchdringen, und irgendwann werden wir klarmachen: Es steht diesem Europa gut an, eine solche Entscheidung zu treffen.

Wenn wir jetzt noch keinen Erfolg haben, dann ist es heute jedenfalls ein gutes starkes Zeichen aus diesem Landtag. Dann werben wir dafür, als Nächstes nicht ganz so Großes anzustreben. Dann lasst es uns zum Beispiel im Kommissariat für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft ansiedeln, dann lasst es uns im Portefeuille einer Kommissarin, eines Kommissars ausweisen. Es wäre ein erster wichtiger Schritt.

Ein weiterer wichtiger Schritt wäre es, wenn wir, was hier bei uns selbstverständlich ist, was in Dänemark selbstverständlich ist, wo in Dänemark ein **Kontaktgremium** beim Parlamentspräsidenten für die deutsche Minderheit besteht oder wie wir in Schleswig-Holstein ein Gremium für die Friesische Volksgruppe, die deutschen Nordschleswiger, die deutschen Sinti und Roma, die Niederdeutschen haben -, so etwas beim Europäischen Parlament etablieren können. Das wäre auch ein starkes wichtiges nächstes Zeichen.

Wenn uns gar nichts gelänge, sind unsere Forderungen trotzdem relevant und bedeutend. Dann müssen wir mit diesen Signalen in die europäische Zivilgesellschaft hineinwirken und der europäischen Zivilgesellschaft deutlich machen: Wir müssen uns gemeinsam noch stärker für Minderheiten einbringen. Wir müssen gemeinsam die Minderheitenverbände in Europa stärken.

Dazu gehört auch die **institutionelle Stärkung der FUEV**, für die wir uns, auch gemeinsam mit anderen Bundesländern, einsetzen, ihre Einflussmöglichkeiten ausweiten und deutlich machen, dass sich dort eine wichtige und starke Stimme in Brüssel, in Straßbourg, aber auch in den Hauptstädten erhebt, dass wir eine europäische Bürgerinitiative wie **Minority Safepack** nehmen und dafür werben, dass dahinter ein Katalog von guten Ideen für die europäischen Minderheiten, für die europäischen Regional- und Minderheitensprachen steht, die geschützt und gefördert werden müssen.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

All das werden wir völlig unabhängig davon tun, ob wir erfolgreich sind. Wir - ich nehme das mit großer Freude und als Bestätigung und auch Legitimation mit - wollen eine Kommissarin, wollen einen Kommissar. Gelingt uns das jetzt noch nicht, dann werden wir die EU Schritt für Schritt in kleinen Schritten darauf vorbereiten. Irgendwann wird es soweit sein. Irgendwann wird das, was bei uns schon Normalität ist, auch in Europa Normalität sein. - Danke für Ihre großartige Unterstützung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu den Dreiminutenbeiträgen. Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Astrid Damerow das Wort.

Astrid Damerow [CDU]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident! Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil mich Ihre Rede in gewisser Weise ein wenig nachdenklich stimmt.

Ich bin mir jetzt nicht ganz sicher, ob Sie vorhin in unserer Diskussion immer genau zugehört haben. Wir fordern - das war auch der Konsens, den wir bei diesem gemeinsamen Antrag gefunden haben - explizit nicht einen zusätzlichen Kommissar, sondern wir haben sehr deutlich gemacht - ich glaube, das ist auch in allen Redebeiträgen klar geworden -, dass wir uns jetzt dafür einsetzen wollen, dass der Themenbereich und die Aufgabe Minderheiten bei einem der jetzt vorhandenen Kommissare und einem jetzt vorhandenen Kommissar-Ressorts angedockt - angedockt ist ein blöder Ausdruck -, dort angefügt wird.

Es ist sehr schön, wenn Sie hier dafür werben, einen neuen Kommissar einzurichten. Ist es der 29.? - Ich weiß es nicht. Ich warne aber davor. Ich war bisher immer davon durchdrungen, dass die Landesregierung irgendwo auch ein Stück weit Aufträge des Landtags ausführt.

Deshalb noch einmal ganz deutlich: Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass sich einer der vorhandenen Kommissare dieses Themas annimmt, und fordern Sie nicht irgendetwas - aus welchen Gründen auch immer -, von dem Sie heute schon genau wissen, dass es nichts werden wird; denn damit würden Sie unter Umständen den Minderheiten einen Bären dienst erweisen, weil nämlich am Ende möglicherweise gar nichts dabei herunkommt. Deshalb hier

noch einmal die Aufforderung meiner Fraktion, sich wirklich an den Inhalt und an die Absicht dieses gemeinsamen Antrags zu halten. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Bevor wir in die Abstimmung eintreten, stelle ich fest, dass sich der Antrag Drucksache 18/1969 - neu, zweite Fassung - und damit der Änderungsantrag Drucksache 18/2036 durch die Mit Antragstellung zum Antrag Drucksache 18/2044 erledigt haben. - Ich sehe keinen Widerspruch.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich lasse über den interfraktionellen Antrag Drucksache 18/2044 in der Sache abstimmen. Wer dafür stimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich rufe die Tagesordnungspunkte 32, 38 und 61 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Transparenter Haushalt für den Verfassungsschutz**

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1972

b) Allen Formen des Extremismus durch Prävention entgegenwirken

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1982

c) Verfassungsschutzbericht 2013

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/1810

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir jetzt zur Aussprache. Ich erteile zunächst dem Innenminister, Herrn Andreas Breitner, das Wort.

Andreas Breitner, Innenminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Fazit des Verfassungsschutzberichtes 2013 lässt sich in zwei Sätzen ziehen: Erstens. Die **Sicherheitslage** in Schleswig-Holstein ist stabil. Zweitens. Akute

(Minister Andreas Breitner)

Bedrohungen durch extremistische Organisationen sind derzeit nicht zu erkennen.

Allerdings warne ich vor vorschnellen Schlussfolgerungen. Die **extremistische Szene** in Schleswig-Holstein verfügt nach wie vor über ein **Gewaltpotential**, das jederzeit aktiv werden könnte. Die gegenwärtige Ruhe ist daher trügerisch. Das gilt für den Rechts- wie für den Linksextremismus ebenso wie für den Islamismus. Aufgrund der begrenzten Redezeit beschränke ich mich jetzt auf kurze Hinweise zum **Salafismus**, von dem weiterhin eine große Gefahr für die innere Sicherheit in Schleswig-Holstein ausgeht, ich weise aber ausdrücklich darauf hin, dass mir auch die anderen Formen und Richtungen des Extremismus in Schleswig-Holstein vertraut sind.

Die Anhängerschaft des Salafismus ist im vergangenen Jahr von 200 auf 210 Personen leicht angewachsen. Die Salafisten sind derzeit die dynamischste islamistische Strömung. Trotz der steigenden latenten Gewaltbereitschaft von vormals ausschließlich als politisch-salafistisch bekannten Personen liegen den Sicherheitsbehörden jedoch weiterhin keine Hinweise auf Strukturen mit einem islamistisch-terroristischen Hintergrund in Schleswig-Holstein vor.

Bei einer Reihe von Einzelpersonen im Land gibt es allerdings **Anhaltspunkte für Verbindungen und Kontakte zu islamistisch-terroristischen sowie dschihadistischen Strukturen**. Ausreisefälle mit dschihadistischem Hintergrund nach Syrien - nach unseren Erkenntnissen 13 Fälle im vergangenen Jahr - sind dabei von besonderer Bedeutung. Auch deshalb hat die Innenministerkonferenz in der vergangenen Woche beschlossen, mögliche **Verschärfungen des Personalausweisrechtes** zu prüfen. Erhöhte Wachsamkeit bleibt also das Gebot der Stunde.

Zum Antrag der PIRATEN nach mehr **Transparenz im Haushalt des Verfassungsschutzes** gestatten Sie mir folgenden Hinweis: Entgegen der Behauptung in der Antragsbegründung besteht gerade für die Mitglieder des Landtages sehr wohl die Möglichkeit, Einnahmen und Ausgaben des Verfassungsschutzes nachzuvollziehen. Die Kontrolle des Verfassungsschutzes durch das eigens hierfür in § 26 Landesverfassungsschutzgesetz vorgesehene Kontrollorgan, das Parlamentarische Kontrollgremium, ist auch in Fragen des Haushalts gewährleistet.

(Beifall FDP, Birgit Herdejürgen [SPD], Tobias von Pein [SPD] und Volker Dornquast [CDU])

Dass sich aber die Arbeitsweise des Verfassungsschutzes, die sich jedenfalls in Teilen auch aus einer detaillierten Aufstellung im Haushaltsplan ableiten ließe, aus **Gründen des Geheimschutzes** und der operativen Sicherheit nicht gänzlich öffentlich darstellen lässt, liegt - glaube ich - auf der Hand.

(Vereinzelter Beifall CDU, SPD und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Verfassungsschutzbehörden und einer Prüfung durch den Landesrechnungshof

(Wortmeldung Torge Schmidt [PIRATEN])

- ich lasse keine Fragen zu, Herr Abgeordneter - haben auch wir überlegt, wie wir die Transparenz des Verfassungsschutzes in Bezug auf den Haushalt optimieren könnten. Im Ergebnis soll für den Verfassungsschutz eine eigene Titelgruppe im Einzelplan des Innenministeriums eingerichtet werden. Darin sind die Haushaltsansätze zu unterschiedlichen Zweckbestimmungen dargestellt und erläutert. Lediglich die Ausgabenansätze für geheimhaltungsbedürftige Tätigkeiten werden weiterhin in einem Titel zusammengefasst werden müssen. Auch die Darstellung der **Personalausgaben** für den Verfassungsschutz ist im Haushaltsaufstellungsverfahren 2015 geplant.

Als Abteilung des Innenministeriums finden sich die Stellen des Verfassungsschutzes im Übrigen wie die Stellen aller anderen Abteilungen auch im Stellenplan des Innenministeriums wieder. Es ist nicht beabsichtigt, zukünftig von dieser Verfahrensweise abzuweichen.

Zudem ist die Landesregierung durch die schon umgesetzten Maßnahmen zur Organisation des Verfassungsschutzes den Forderungen nach mehr Transparenz und mehr Öffentlichkeit bei dessen Aufgabenerfüllung bereits nachgekommen.

(Unruhe - Glocke Präsident)

Folglich ist ein inhaltlich nicht weiterführender Beschluss des Landtages nach meiner Auffassung an dieser Stelle entbehrlich.

Wie ich bereits angeführt habe, bleibt der politische Extremismus auch in Schleswig-Holstein latent gefährlich. Dem Antrag der CDU, allen Formen des Extremismus präventiv entgegenzuwirken, stimme ich daher ausdrücklich zu. Aber Präventionsmaß-

(Minister Andreas Breitner)

nahmen müssen am Bedarf ausgerichtet sein und ein vernünftiges Verhältnis von Ressourcenaufwand und Nutzen aufweisen.

So kann für Schleswig-Holstein im bisherigen Jahresverlauf mit Blick auf den Linksextremismus ein eher geringer Aktionismus konstatiert werden. Die Gewaltbereitschaft wird deshalb aktuell als gering eingeschätzt. Die Fallzahlen der Kriminalitäts- und Gefährdungslage in diesem Phänomenbereich rechtfertigen grundsätzlich keine wesentlichen zusätzlichen präventiven Maßnahmen.

Anders sieht es im **Phänomenbereich Islamismus/Salafismus** aus, in dem zurzeit bundesweit zusätzliche Präventionsmaßnahmen geprüft werden. Personen, bei denen Anhaltspunkte für Verbindungen und Kontakte zu islamistisch-terroristischen sowie dschihadistischen Strukturen bekannt geworden sind, stehen zum Glück im Fokus der Sicherheitsbehörden. Die Aufklärung über die Gefahren des Islamismus/Salafismus erfolgt bereits umfänglich im Rahmen des **interkulturellen Dialogs** zwischen Polizei und insbesondere muslimischen Einrichtungen sowie durch Kontaktpflege zu Moscheen, Kulturvereinen und zu muslimischen Vereinen.

Ob und gegebenenfalls welche Beratungs- und Interventionsmaßnahmen darüber hinaus erforderlich und angemessen sein könnten, wird aktuell im Rahmen der Gremienarbeit auf Bundesebene erörtert. Aus unserer Sicht sollte für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe - ähnlich wie bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus - ein Bundesprogramm aufgelegt werden, um vergleichbare Präventions- und Interventionsstandards bei der Bekämpfung islamistisch-salafistischer Bestrebungen zu gewährleisten. Dabei sind auf Basis eines ganzheitlichen Präventionsansatzes in allen Ländern ressortübergreifende koordinierende **Strukturen zur Prävention von Islamismus und Salafismus** auszubauen und ein effektives, länderübergreifendes Präventionsnetzwerk Salafismus zu errichten. Die IMK hat eine Arbeitsgruppe mit genau diesem Auftrag eingesetzt. Ähnlich wie in den Landesprogrammen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus sollten allgemeine und spezifische Präventionsmaßnahmen sowie Interventionsmaßnahmen in Form abgestufter Beratungsangebote bis hin zur Aussteigerberatung gemacht werden.

Sie können sicher sein: Polizei und Verfassungsschutz werden dem Extremismus in diesem Land keinen Raum lassen - egal in welche Richtung er zielt. Dazu werden wir alles tun, um extremistische Bestrebungen im Keim zu ersticken und am besten gar nicht erst entstehen zu lassen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 2 Minuten 30 Sekunden überzogen. Die steht jetzt allen Fraktionen zur Verfügung, als erstes dem Fraktionsvorsitzenden der Piratenfraktion, Herrn Abgeordneten Torge Schmidt. Ich erteile Ihnen das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Vielen Dank, Herr Präsident! - Sehr geehrte Damen und Herren! Seit 2011 sind die Geheimdienste Deutschlands mehr in der Öffentlichkeit, als sie sich gewünscht hätten. Zunächst war es offenbar keinem der 17 Inlandsgeheimdienste trotz zahlreicher V-Leute im rechten Lager gelungen, den NSU als rechtsradikale Organisation auch nur zu erkennen. Seit letztem Jahr wissen wir - wie Dank Edward Snowden bekannt wurde -, dass unsere Spionageabwehr offenbar vor allem dadurch gegläntzt hat, den befreundeten Diensten zu vertrauen. In beiden Fällen haben die **Geheimdienste** versagt. Beide Fälle haben Ungeheuerliches zutage gebracht, glücklicherweise - muss man fast sagen - nicht explizit über den schleswig-holsteinischen Verfassungsschutz.

Diese **Skandale** haben die Öffentlichkeit auf einen eigentlich sehr lichtscheuen Bereich der staatlichen Betätigung blicken lassen, einen Bereich, den man doch noch deutlich stärker ausleuchten sollte, als es derzeit der Fall ist. Einen Schritt in diese Richtung gehen wir mit unserem Antrag auf einen nachvollziehbaren Haushaltsansatz für den Verfassungsschutz.

Zunächst aber zu dem oft geschobenen **Verfassungsschutzbericht**. Im letzten Jahr attestierte der Kollege Peters dem Verfassungsschutzbericht eine gewisse Theorielastigkeit. Das kann ich auch in diesem Jahr wieder bestätigen. Auch in diesem Jahr liefert der Bericht keine wirkliche Grundlage für die Existenz der noch nicht ganz preiswerten Behörde.

(Beifall PIRATEN)

Eine Sache fällt dann aber doch noch ins Auge. Es ist schon auffällig, mit wieviel Akribie der Verfassungsschutzbericht hier auf einzelne **Straftaten** von **Linksextremisten** eingeht, während dieselbe Akribie bei **Rechtsextremismus** offenbar nicht für erforderlich erachtet wurde. Auffällig ist es deshalb,

(Torge Schmidt)

weil der Verfassungsschutz ja vor allem Bewegungen und nicht einzelne Personen im Blickfeld haben will. Offenbar gibt es im linken Spektrum so wenig vermeintlich gefährliche Bewegungen, dass man auf einzelne Straftaten rekurrieren muss.

Der Bericht schweigt sich - bei aller Theorieastigkeit - schon nahezu verblüffenderweise auch darüber aus, was denn nun eigentlich **extremistische Straftaten** sind und wie man zu der jeweiligen Einstufung kommt. Wenn der Verfassungsschutz jede Sitzblockade bei einer antifaschistischen Demonstration als politisch motivierte Straftat von Linken einstuft, dann haben die hier gelieferten Zahlen keinen Wert. So wird es nämlich - deshalb komme ich darauf zu sprechen - bei der polizeilichen Kriminalstatistik gehandhabt. Churchill lässt grüßen. Wer sagt uns denn, wenn wir versuchen, den Bericht zu interpretieren, dass die Erfassung hier nicht ebenso - sagen wir - eigenwillig erfolgt.

Da sind wir schon bei dem Thema unseres Antrags: **Nachvollziehbarkeit**. Herr Minister Breitner, ich freue mich, dass Sie zumindest ein Stück weit in die richtige Richtung gehen. Von daher möchte ich unseren Antrag auch gern an den Finanzausschuss überweisen. Wie gesagt: Nachvollziehbarkeit. Ich habe eingangs gesagt, dass unser Antrag etwas Licht in ein ansonsten lichtscheues Milieu bringen soll. Nicht genug, aber immerhin mehr, als derzeit dort existiert.

(Beifall PIRATEN)

Eine der wichtigsten Aufgaben der Parlamente ist die **Kontrolle der Exekutive**. Wir sind natürlich nur ein Baustein in den Check und Balances des Rechtsstaates. Daneben sind die justizielle, die journalistische und auch die öffentliche Kontrolle ebenso wichtige Elemente. Aber gerade diese sind, was den Verfassungsschutz angeht, faktisch ausgeschaltet.

(Beifall PIRATEN)

Selbst über verwendete Mittel gibt es so gut wie keine Informationen. Nur die Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums wissen mehr und dürfen nicht darüber sprechen. Es ist deshalb faktisch unmöglich, will man sich an das Recht halten, Änderungen herbeizuführen. Wir müssen darauf vertrauen, dass schon alles in Ordnung ist. Das ist nicht akzeptabel, gerade weil wir die einzige Kontrollinstanz sind.

(Beifall PIRATEN)

Im Grunde muss man aber konstatieren: Wir, das Parlament, wissen eigentlich gar nichts über diese

von uns legitimierte Behörde. Mit einer eigenen Titelgruppe für den Verfassungsschutz wird ein klein wenig Licht in das Dunkel des Verfassungsschutzes gebracht.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Dr. Stegner?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Schmidt, Sie wissen aber schon, dass erstens in dem Parlamentarischen Kontrollgremium alle Fraktionen vertreten sind und dass zweitens der Preis dafür, dass sie darüber nicht reden dürfen, der ist, dass sie dort alles erfahren. Das ist eine deutlich effizientere Form, den Verfassungsschutz zu kontrollieren, als es teilweise in den Verfassungsschutzgesetzen des Bundes und anderer Länder enthalten ist.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Ja, das stimmt, Herr Stegner. Was hilft es aber, wenn zum Beispiel Herr König, der bei uns Mitglied im Parlamentarischen Kontrollgremium ist, dort Dinge erfährt, Änderungen herbeiführen will und diese nicht argumentieren kann, weil das geheime Informationen sind?

(Beifall PIRATEN)

Das ist doch das, was ich versucht habe, in meiner Rede auszuführen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Erlauben Sie noch eine Zwischenbemerkung?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Es ist im Interesse des Parlaments, dass es vertrauenswürdige

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Menschen in dieses Gremium schickt, die die nötigen Dinge erfahren und auch gegensteuern können. Es ist aber nicht im Interesse des Parlaments, wenn Interna, von denen wir nicht wünschen, dass sie veröffentlicht werden, dadurch veröffentlicht werden, dass sie in der Piratenfraktion öffentlich werden. Das ist doch ein nachvollziehbares Interesse des gesamten Parlaments.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Herr Dr. Stegner, ich rede hier nicht nur vom Interesse des Parlaments, sondern vom Interesse der Öffentlichkeit.

(Beifall PIRATEN)

Wir PIRATEN möchten nicht, dass in der Öffentlichkeit berichtet wird, dass V-Mann XYZ gerade in der Organisation in Neumünster - als Beispiel - ermittelt. Das sind Informationen, die zu Recht nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Es gibt aber noch mehr Dinge als parlamentarische Kontrolle, zum Beispiel Mittelverwendung und so weiter. Wenn man sich die Haushalte anderer Bundesländer anschaut, sind diese dort um etliches transparenter als das, was wir hier in Schleswig-Holstein haben. Genau deshalb haben wir diesen Antrag gestellt.

(Beifall PIRATEN)

Daraus rechtfertigt sich auch, warum wir verlangen, dass die **Mittel des Verfassungsschutzes** nicht über die Deckungsfähigkeit mit anderen Titeln ohne Weiteres erweitert werden können. Denn das würde das kleine bisschen an Kontrolle gleich wieder wertlos machen, natürlich nicht im Best Case. Der Best Case bedeutet auf Deutsch: Es wird schon alles gut gehen. Das darf aber nicht Arbeitsprämisse eines Parlaments sein. Immer dort, wo wir mit öffentlichen Geldern arbeiten oder Rechte von Bürgern beeinflussen, ist diese Hypothese ein parlamentarischer Versagen.

(Beifall PIRATEN)

Wir können und dürfen nicht weggucken, bis irgendein Skandal oder ein Skandalchen uns aus Wolke sieben schüttelt. Wir müssen diese Aufgabe dauerhaft wahrnehmen und die geeigneten Strukturen hierfür schaffen.

(Beifall PIRATEN)

Nachvollziehbare Mittel, die nicht ohne parlamentarische Kontrolle erhöht werden können, sind hier-

für ein Baustein. Nicht der einzige, aber hier und jetzt der erste.

Kurz zu dem Antrag der CDU. **Extremismus** ist ein so wunderbar beugsamer Begriff, dass der Innen- und Rechtsausschuss allein dafür eine Anhörung ansetzen kann.

(Unruhe - Glocke Präsident)

Wenn Sie jedoch Partnerschaften, Verzahnungen und Kooperationen mit anderen Bundesländern fordern, sollten Sie vielleicht gleich ganz ehrlich sein und die Forderung nach einer einheitlichen Bundespolizei und nach einer **einzigsten zentralen Verfassungsschutzbehörde** ausstellen. Das würden wir natürlich nicht unterstützen. Wir halten es eher mit dem in Deutschland zu Recht etablierten Föderalismus, der nun auch einmal Nachteile mit sich bringt. Immer weitere Kooperationen führen diese Ideen letztendlich ad absurdum. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abgeordneter Petra Nicolaisen das Wort.

Petra Nicolaisen [CDU]:

Sehr geehrtes Präsidium! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In unserer Gesellschaft hat **Extremismus** keinen Platz, weder von rechts noch von links noch von irgendeiner anderen Seite.

(Beifall CDU)

Der **Verfassungsschutzbericht** macht eines deutlich. Unsere Gesellschaft ist leider nicht frei von extremistischen Störungen. Deshalb bleibt es eine Aufgabe, aktiv gegen jede Form des Extremismus vorzugehen. Wir alle sind uns hier einig, dass es wichtig und auch richtig ist, dass wir im Bereich des Rechtsextremismus präventiv tätig werden. Vorsorge ist besser als Heilen, so sagen die Mediziner immer. Bei der Bekämpfung des Extremismus gilt dieses Prinzip auch, und zwar bei allen Formen des Extremismus.

Es gibt keinen guten Extremismus, es gibt keinen harmlosen Extremismus, und wir dürfen nicht den Fehler machen, irgendeine Form des Extremismus zu verniedlichen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Linksextremisten sind keine Weltverbesserer. Sie sind Ideologen, die genau wie Rechtsextremisten auch auf Menschenfang gehen und vor Gewalt

(Petra Nicolaisen)

nicht zurückschrecken. In Internetforen wird sogar ganz offen zur Gewalt gegen Andersdenkende aufgerufen. Und wer den **Linksextremismus** verniedlicht, der handelt verantwortungslos.

Ich zitiere aus dem Verfassungsschutzbericht:

„Neben der Verbreitung linksextremistischen Gedankengutes stellt insbesondere die unveränderte Bereitschaft zur Begehung von Straftaten eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens dar.“

Dies ist deutlich. Wenn man sich den gestern veröffentlichten Verfassungsschutzbericht des Bundes anschaut, wird dieses Bild bestätigt. Um fast 27 % ist die Anzahl linksextremer Gewalttaten gestiegen.

Herr Kollege Peters, vor diesem Hintergrund ist mir völlig unverständlich, dass Sie in Ihrer Pressemitteilung vom 15. April 2014 ernsthaft behaupten:

„Im Gegensatz dazu belegen die Erkenntnisse über Linksradikele in Schleswig-Holstein kein relevantes Gefährdungspotenzial ...“

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Bemerkung des Herrn Abgeordneten Tobias von Pein?

Petra Nicolaisen [CDU]:

Ja, gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Tobias von Pein [SPD]: Sehr geehrte Frau Kollegin, ist Ihnen bekannt, dass ein Großteil der Straftaten, die aus dem linksextremistischen Bereich kommen, die Sie genannt haben, vor allem deswegen zustande gekommen sind, weil es vor Ort Nazi-Demonstrationen und -Blockaden gab und die Straftaten als Reaktion darauf entstanden sind? Können Sie etwas zum Zusammenhang von Ursache und Wirkung sagen?

(Zurufe CDU)

Petra Nicolaisen [CDU]:

Ja, das ist mir bekannt. Das macht es aber kein Stück besser.

(Beifall CDU - Unruhe)

Schon aus dem Verfassungsschutzbericht hier im Land können die Erkenntnisse nicht stammen. Wenn Sie den des Bundes lesen, müssten Sie Ihre Aussage vielleicht zurücknehmen.

Meine Damen und Herren, auch das **islamistische Lager** besitzt ein besorgniserregendes Potenzial. Der Bericht spricht in diesem Zusammenhang von „steigender latenter Gewaltbereitschaft“. Der Bericht warnt explizit vor einer starken Anziehungskraft für Jugendliche und junge Erwachsene.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Lassen Sie mich den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, zitieren:

„Mit Blick auf den islamistischen Terrorismus kann ich feststellen, dass der derzeit für uns die größte Bedrohung für die innere Sicherheit darstellt, jedenfalls im terroristischen Phänomenbereich.“

Auch diese Aussage ist eindeutig.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Meine Damen und Herren, der bisherige Blick im Rahmen der **Extremismusprävention** wird ausschließlich nach rechts gerichtet. Ich halte dies für einen Fehler, und ich halte dies für gefährlich. Aus diesem Grund haben wir unseren Antrag gestellt.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir möchten die Prävention ausweiten. Ich begrüße es ausdrücklich und freue mich sehr, dass der Minister unserem Antrag zustimmt. Bei der Umsetzung unseres Antrags hoffe ich auf Ihre Zustimmung.

Wir wollen den Zulauf in alle extremistischen Richtungen verhindern. Denn wir alle wissen: Wer erst einmal in den Sog des Extremismus gelangt ist, der findet schwer wieder heraus. Der Weg von einer extremistischen Denkweise hin zu extremistischem Handeln ist erschreckend kurz.

Gerade junge Menschen haben ihre eigene Orientierung nicht abgeschlossen. Kommen begünstigende Faktoren hinzu, etwa Frustration in Schule oder Familie, sind sie oftmals leichte Beute für Menschenfänger.

Für den **Rechtsextremismus** gibt es gute Beispiele erfolgreicher Präventionsarbeit, zum Beispiel das Landesprogramm. Von diesen Erfahrungen können wir auch für andere Bereiche des extremistischen Spektrums profitieren. Es ist wichtig, dass die länderübergreifende Kooperation verstärkt wird. Wir können von den Erfahrungen anderer profitieren

(Petra Nicolaisen)

und umgekehrt genauso. Wir brauchen eine bessere Vernetzung, um frühzeitig drohende Tendenzen erkennen und ihnen begegnen zu können.

Meine Damen und Herren, oft genug hat es Vorwürfe gegeben, die Politik sei auf dem einen oder anderen Auge blind. Lassen Sie uns gemeinsam alle Augen offenhalten! Lassen Sie uns dem Extremismus in allen Formen eine Absage erteilen!

(Beifall CDU und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aus Zeitgründen kann ich den Antrag der PIRATEN hier nicht mehr kommentieren. Ich glaube, der Minister hat alles dazu gesagt. Es gibt bereits einen **transparenten Haushalt** im Bereich des **Verfassungsschutzes**. Wenn dies noch verbessert wird, kann das nur in unser aller Interesse sein.

Ich hoffe auf Zustimmung zu unserem Antrag und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Tobias von Pein das Wort.

Tobias von Pein [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Als ich den Antrag der CDU-Fraktion zum Thema „Alle Formen des Extremismus bekämpfen“ gesehen habe, wusste ich ehrlich gesagt nicht, ob ich lachen oder weinen sollte.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Ich habe dann einen Augenblick nachgedacht und geschluckt. Denn die Thematik ist tatsächlich nicht ganz so zum Lachen, wie ich zuerst gedacht habe.

Nicht zum Lachen finde ich die Tatsache, dass die CDU wieder einmal den Eindruck erwecken möchte, **Rechtsextremismus** gehöre in einen großen Topf mit sogenannten **Linksextremisten** und **radikalen Islamisten**. Dass diese Gleichsetzung politisch absolut nicht haltbar ist, haben wir bereits in der Debatte um das glorreiche Programm „Initiative Demokratie Stärken“ und die Extremismusklausel von CDU-Familienministerin Kristina Schröder gesehen. Zum Glück ist die nicht mehr im Amt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Worum ging es bei Frau Schröder? Mit der Bereitstellung von 5 Millionen € wurden verschiedene Träger beauftragt, sogenannte **Pionierarbeit** im unerforschten Feld der Themen **Linksextremismus und Islamismus** zu leisten. Dabei sollte **Prävention** betrieben werden, genauso wie Sie das in ihrem CDU-Antrag jetzt formuliert haben. Inzwischen wurde dieses Programm vom Deutschen Jugendinstitut unter die Lupe genommen und geguckt, wie sinnvoll und wirksam es eigentlich ist. Bereits der Zwischenbericht im Winter 2012 übte so harsche Kritik an der Zielsetzung des Programms, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung zuerst versucht hat, den Bericht unter Verschluss zu halten.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So sind die!)

2013 hat das DJI einen weiteren Zwischenstandsbericht veröffentlicht. Die Ergebnisse zeigen, dass der vermeintliche Bedarf, den Sie sehen, für ein solches flächendeckendes Programm nicht ansatzweise besteht.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Die Gründe dafür sind vielfältig. Der wissenschaftlich unklare Begriff des sogenannten **Linksextremismus** lässt zum Beispiel keine **Definition der Zielgruppen** der Aktivitäten zu. Die Folge: Viele der geförderten Projekte werden kaum oder gar nicht nachgefragt. Wenn sie nachgefragt werden, richten sie sich viel breiter aus, als es nach den Vorstellungen der CDU sein müsste, was ich wiederum gut finde. Genauso infrage gestellt wird die Zielsetzung der Präventionsprojekte gegen **Islamismus**, die aus dem Bundesprogramm finanziert werden. Die Mittel wären in der Integrationspolitik sehr viel besser aufgehoben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

An dieser Stelle haben Sie in Ihrer Regierungszeit übrigens gekürzt.

Nicht zum Lachen finde ich auch, dass Sie behaupten, unsere **Präventionsarbeit** würde sich auf den Bereich des Rechtsextremismus beschränken. Das stimmt so nicht. **Demokratieförderung** ist immer Präventionsarbeit, um allen demokratiefeindlichen Meinungen in der Gesellschaft zu begegnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wer weiß, wie und wo er oder sie sich für die Gesellschaft einsetzen kann, wird viel weniger auf die Idee kommen, zu antidemokratischen Mitteln oder

(Tobias von Pein)

gar Gewalt zu greifen. Leider ist der Nährboden, auf dem das Gefährdungspotenzial entsteht, viel näher bei uns, als es uns lieb sein kann. Phänomene wie Rassismus, Angst vor dem vermeintlich Fremden oder Antisemitismus entstehen in der Mitte der Gesellschaft und treffen hier leicht auf Zustimmung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Deshalb setzt Prävention in der Mitte der Gesellschaft an und schützt so auch vor dem Abwenden von Demokratie. Wenn Sie sich einmal genauer anschauen, was im Bereich der Rechtsextremismusprävention geleistet wird, werden Sie sehen, dass der Ansatz viel breiter ist, als Sie vermuten. Das ist nämlich immer zuerst Arbeit, um Demokratie zu fördern und ihren Feinden zu begegnen. Genau darum geht es, Demokratie zu stärken.

Dass das wichtig ist zeigt uns auch der vorliegende Verfassungsschutzbericht. Die Erfolglosigkeit der **organisierten Neonazis** in Schleswig-Holstein ist zwar erfreulich. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die **Radikalisierung** weiter anhält und Subkulturen die neue Zielgruppe der Nazis darstellen. Rassistische, völkische und eurokritische Parolen stehen im Mittelpunkt der Agitation. Wir müssen also weiter wachsam sein. Der aufkeimende Rechtspopulismus bei der Europawahl ist ein klares Alarmsignal gewesen.

(Zuruf Astrid Damerow [CDU])

Hier jetzt nachzulassen oder den Schwerpunkt unserer Arbeit zu verschieben, wäre genau der falsche Weg.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW - Zurufe FDP)

Auch die Aktivitäten im Bereich von **Salafismus und religiösem Fanatismus** müssen wir weiter im Auge behalten. Diese antidemokratischen Tendenzen sind gefährlich für das friedliche Zusammenleben. Aufklärung über die Gefahren, interkulturelle Kompetenz und vor allem eine gute Migrations- und Sozialpolitik sind hier viel bessere Ansätze als irgendein extra Anti-Islamismus-Programm.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Außerdem gilt auch hier: Jede gute Demokratieförderung ist eine gute Prävention vor religiös motivierter Demokratiefeindlichkeit.

Jetzt noch ein kurzes Wort zum **Verfassungsschutz**. Ich habe es hier schon einmal

gesagt: Die SPD steht zum Trennungsgebot zwischen Polizei und Verfassungsschutz. Für uns ist das Trennungsgebot nicht verhandelbar. Wir wollen keine politische Polizei oder Geheimpolizei. Deshalb ist es auch wichtig, dass es einen Verfassungsschutz gibt.

Doch die Reform nach dem NSU-Untersuchungsausschuss ist noch nicht am Ende. Mehr Vernetzung, mehr parlamentarische Kontrolle, Transparenz da, wo es möglich ist - das sind auch Ziele, die wir unterstreichen. Deshalb ist die Grundidee, die **Einnahmen und Ausgaben des Verfassungsschutzes im Haushalt** nachvollziehbarer darzustellen, nur zu begrüßen.

(Beifall PIRATEN)

Aber ganz so einfach ist es dann doch wieder nicht. Es lohnt sich, einmal die einzelnen Ansätze für den Verfassungsschutz in anderen Bundesländern anzugucken. Ich habe dabei interessante Einblicke in die Welt des Verfassungsschutzes gewonnen.

(Torge Schmidt [PIRATEN]: Es ist deutlicher!)

So dürfte John Le Carrés „Spion, der aus der Kälte kam“ kein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes in Bayern sein, denn im dortigen Haushalt sind sogar dessen Heizkosten ausgewiesen.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Richtig so!
- Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Auch die aufwendige Abendgarderobe einer Mata Hari lässt sich mit den in Sachsen vorgesehenen Mitteln in Höhe von 8.000 € für Einsatzkleidung wohl kaum bezahlen.

Aber gut, Spaß beiseite: Man kann sehen, dass der Verfassungsschutz zunächst einmal eine Behörde wie jede andere ist, deren Ausgaben dem Grundsatz von Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit unterliegen. Das ist keine große Überraschung. Deshalb kann man das auch im Haushalt so darstellen.

(Beifall PIRATEN)

Über die parlamentarische Kontrolle, die man ansonsten hat, wurde schon gesprochen.

Von daher danke ich der Landesregierung für ihren Bericht. Er zeigt, dass wir weiter wachsam sein müssen. Wir haben einiges auf den Weg gebracht. Die größte Gefahr geht eindeutig von rechts aus. Deshalb liegt der Schwerpunkt auch ganz klar auf der **Bekämpfung des Rechtsextremismus**, aber auch in der **Stärkung von demokratischer Kultur** insgesamt. Denn Demokratie ist nichts Selbstver-

(Tobias von Pein)

ständliches. Sie muss jeden Tag neu erkämpft, geliebt und erstritten werden. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Burkhard Peters das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Liebes Präsidium! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Tobias von Pein, danke für deine klaren Worte.

Im Verhältnis zum Jahresbericht 2012 ergeben die Erkenntnisse und Zahlen zum sichtbaren **Rechtsextremismus** in Schleswig-Holstein weniger Anlass zur Besorgnis als noch der vorherige. Ich spreche an dieser Stelle ausdrücklich nicht von latenten Formen des Rechtsextremismus. Dazu komme ich später.

Die Rechtsextremen sind zurzeit offensichtlich nicht in der Lage, kleine Aufmärsche auf die Straße zu bringen. Das war in den Jahren 2012 und davor noch anders. Auch die Zweitstimmen für die NPD von unter 1 % bei der letzten Bundestagswahl 2013 belegen den derzeitigen Rückgang.

Noch weniger Grund zur Besorgnis gibt es bei den dogmatischen **Linksextremen**. Sie haben vor allem ein demografisches Problem. Die Autonomen nehmen bei ihren wenigen Gewaltaktionen vornehmlich Rechtsextreme aufs Korn.

Ob das Problem **Salafismus** ernst zu nehmen ist, bleibt zu beobachten. Die Kämpfe in Syrien und jetzt auch im Irak entlassen möglicherweise fanatisierte und brutalisierte Rückkehrer, die in unseren offenen Strukturen sehr gefährlich werden können. Der Mordanschlag eines aus Syrien zurückkehrenden Jihadisten Ende Mai auf das Jüdische Museum in Brüssel macht das deutlich. Insofern ist es beunruhigend, dass 13 Personen in Schleswig-Holstein bekannt sind, die nach Syrien gingen, von denen einige auch wieder zurückgekehrt sind. Es gibt aber offenbar keine gesicherten Erkenntnisse darüber, ob sich diese Personen in Syrien an Kriegshandlungen beteiligt haben. Im Gegensatz zum gestern veröffentlichten Verfassungsschutzbericht des Bundes schätzt zum Beispiel Innenminister Pistorius aus Niedersachsen die Lage als nicht bedrohlich ein, obwohl es auch dort eine Handvoll Rückkehrer aus Syrien gibt.

Meine Damen und Herren, enttäuschend ist, dass der Bericht den Handlungsempfehlungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Mordserie des NSU nur drei dürre Sätze widmet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und PIRATEN)

Bereits in meiner Rede zum Bericht 2012 hatte ich dargelegt, dass die Verwendung eines zu engen Extremismusbegriffs durch die Verfassungsschutzämter einer der Hauptkritikpunkte des NSU-PUA war. In dieser Hinsicht sehe ich keinen Hinweis, dass unser Amt diese Kritik zu seinem Thema macht.

(Beifall PIRATEN)

Nach wie vor wird das alte Muster von rechts, links und Mitte schematisch abgespult.

Das leitet über zum CDU-Antrag. Das hinter dem Antrag stehende Bild von Extremismus greift viel zu kurz: In der Mitte der Gesellschaft, da sitzen die Guten und Gemäßigten, aber links und rechts davon nisten die Extremisten unterschiedlicher Couleur, einig im Bestreben, unsere freiheitliche Gesellschaft zu zerstören.

(Zuruf Barbara Ostmeier [CDU])

Diese schematische Sicht hat keinen Begriff davon, dass die Verbreitung einer extremen Ideologie nur unter bestimmten gesellschaftlichen und sozialen Begleitumständen eine Potenz entwickeln kann, die für den Bestand der Verfassungsordnung bedrohlich werden kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und vereinzelt SPD)

Vor allem aber wird verkannt, dass gerade die sogenannte Mitte in solchen Prozessen oft eine fatale Rolle spielt.

(Beifall PIRATEN)

Es wird nicht gefragt: Was sind die Faktoren, die demokratie- und freiheitsfeindliche Denk- und Handlungsformen bei Menschen begünstigen? Welche Bedingungen stützen dagegen eine stabile Demokratie?

Vor allem wird nicht gefragt: Gibt es im nennenswerten Umfang Menschen, bei denen gefährliche Ideologien verfangen und die latent bereit sind, sich vom Projekt „demokratischer Rechtsstaat“ zu verabschieden?

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

(Burkhard Peters)

Es geht zentral um den Begriff der Anschlussfähigkeit bestimmter extremistischer Ideologien in der Bevölkerung.

Im Rahmen der sogenannten Einstellungsforschung wird dies von Professor Heitmeyer seit vielen Jahren repräsentativ erfragt. Die Resultate sind erschreckend. Sie belegen, dass autoritäre, rassistische, antisemitische und homophobe Einstellungen und Vorurteile tief im Denken der **gesellschaftlichen Mitte** verankert sind.

Die sogenannte „Mitte-Studie“ der Uni Leipzig kommt seit 2002 regelmäßig zu ähnlichen Ergebnissen. Im Jahresbericht 2014 heißt es - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidiums -:

„So paradox es klingen mag: Der Extremismus der gesellschaftlichen Mitte findet seinen Ausdruck in rechtsextremen Positionen.“

Für 2014 kommt die Leipziger Studie zu dem Ergebnis, dass ein Rückgang bei allen rechtsextremen Dimensionen der Befragung zu erkennen ist. Dies wird vor allem darauf zurückgeführt, dass sich die Bundesrepublik seit zwei Jahren in einer Phase anhaltender Prosperität befindet. Als weiteren wichtigen Faktor der Immunisierung gegen Rechtsradikalität benennt die Studie die Rolle der Bildung. Das ist vor allem die **Demokratiebildung**, wie Tobias von Pein dargelegt hat, ein entscheidender Faktor.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ausländerfeindlichkeit ist aber nach wie vor ein Problem von 20 % aller Deutschen. Islamfeindlichkeit und vor allem Antiziganismus haben seit 2011 sogar massiv zugenommen.

Meine Damen und Herren von der CDU, vor diesem Hintergrund bin ich zutiefst davon überzeugt, dass der von der Landesregierung verfolgte Kurs, der sich betont auf die Bekämpfung rechtsradikaler Tendenzen konzentriert, und zwar bis tief in die Mitte hinein, nach wie vor richtig ist. Denn alle Erfahrungen in Deutschland seit 1966 zeigen, dass mit einer wirtschaftlichen Krise auch regelmäßig das Erstarken rechtsradikaler Kräfte einhergeht. Hier gilt es also, Vorsorge zu betreiben.

Im Finanzausschuss wird der **Antrag** der PIRATEN zum **Haushalt des Verfassungsschutzes** beraten werden. Wir begrüßen, dass die Regierung bereits von sich aus Änderungen in Richtung mehr Transparenz gegenüber dem Rechnungshof und dem Finanzausschuss angekündigt hat. Aus grüner Sicht sollte ein Mehr an Transparenz auch die Stellenpläne des Verfassungsschutzes abbilden.

(Beifall PIRATEN)

Die Mitglieder des Finanzausschusses sollten neben den Mitgliedern des PKG mehr Einsicht in den Haushalt des Verfassungsschutzes erhalten. Das geht in anderen Ländern auch und ist aus unserer Sicht für eine effektive rechtsstaatliche Zusammenarbeit und Kontrolle notwendig. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bevor wir in den Beratungen fortfahren, bitte ich Sie, mit mir gemeinsam Gäste der Abgeordneten Birgit Herdejürgen und des Abgeordneten Hans-Jörn Arp von der Volkshochschule Krempe herzlich willkommen zu heißen. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Wir setzen die Beratung fort. Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! - Habt ihr jetzt beide dieselben Gäste mitgebracht, oder sind es unterschiedliche Gäste?

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Ja!)

- Da sieht man einmal, wie Kooperation funktioniert.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das sind auch alles nette!)

Sehr geehrter Herr Innenminister, ich bedanke mich ausdrücklich bei Ihnen für den Bericht, den Sie vorgelegt haben. Ich bedanke mich allerdings - darauf komme ich zurück - noch mehr für Ihre Rede, die Sie vorhin zu dem Bericht gehalten haben. Da eine Reihe von Dingen von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern schon angesprochen wurde und wegen der Anträge, die mitberaten werden, will ich nur relativ kurz auf den Verfassungsschutzbericht 2013 eingehen.

Es ist kein Geheimnis, dass der Verfassungsschutz für die Verteidigung unserer Freiheit und unserer Demokratie für die FDP-Fraktion eine ganz herausragende Bedeutung hat. Selbst wenn Schleswig-Holstein zum Glück weder ein nationaler noch internationaler Hotspot für Extremisten jedweder reli-

(Dr. Heiner Garg)

giöser oder politischer Strömung sein mag, ist es doch unerlässlich, dass die verfassungsfeindlichen Gruppierungen aller Art aus dem gesamten Spektrum unter Beobachtung sind.

(Beifall FDP, CDU und SSW)

Der **Rechtsextremismus** in Schleswig-Holstein stagniert. Ich glaube, wir können uns glücklich schätzen, dass all diejenigen, die das rechte Gedankengut in Schleswig-Holstein etablieren wollten oder immer noch etablieren wollen, auf taube Ohren stoßen. Wir können uns glücklich schätzen, dass die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner sich ihrer Verantwortung für die Demokratie bewusst sind und sich offen und friedlich dem Rechtsextremismus entgegenstellen.

Allerdings ist der Rechtsextremismus im digitalen Zeitalter nicht nur offensichtlich beziehungsweise anhand stumpfer Parolen und Hetzkampagnen zu erkennen. Der Rechtsextremismus geht oft neue, bedauerlicherweise sehr undurchsichtige Wege im Netz. Oftmals geschieht dies unter dem Tarnmantel des Opferschutzes, zum Beispiel durch Kampagnen gegen angeblichen Kindesmissbrauch. Dabei ist der Rechtsextremismus erst auf den zweiten, wenn nicht sogar erst auf den dritten Blick zu erkennen. Rechtsextreme suchen immer häufiger Kontakt zu Betroffenengruppen sexualisierter Gewalt sowie den Verbänden. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir gerade in diesem Bereich sehr aufmerksam bleiben.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Anders als der eine oder andere Vorredner bin ich sehr wohl der Auffassung, dass wir weder das rechte noch das linke Auge verschließen dürfen.

Ich glaube, der Kollege von der Piratenfraktion hat es gesagt: Ausgereicht dieser Landesregierung vorzuwerfen, sie sei auf dem rechten Auge blind, halte ich für mehr als komödiantisch.

(Beifall FDP, SPD und SSW)

In diesem Haus herrscht Gott sei Dank fraktionsübergreifend Einigkeit: Extremismus in jeder Form ist in Schleswig-Holstein fehl am Platz. Der Linksextremismus ist in Schleswig-Holstein wie auch der Rechtsextremismus präsent. Herr von Pein, über Ihre Rede habe ich mich deshalb so gewundert, weil der Innenminister eine vollständig andere Auffassung vorgetragen hat.

(Beifall FDP und CDU)

Er hat eine vollständig andere Auffassung. Ich habe zum wiederholten Male festgestellt, dass es offen-

sichtlich bei den politischen Ansätzen im Hinblick auf die **Verfassungsschutzpolitik dieses Landes** zwei Politiken gibt; die des SPD-Innenministers und die der SPD-Landtagsfraktion. Es wäre gut, wenn Sie sich für eine entscheiden könnten.

(Beifall FDP, PIRATEN und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Garg, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Fraktionsvorsitzenden von der SPD-Fraktion, Herrn Dr. Stegner?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Selbstverständlich. Vielleicht kommt noch eine dritte?

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Garg, ich habe den Innenminister eher so verstanden, dass er sich gegen jedwede Form von Gewalt gewandt hat und dass er gesagt hat, dass es dafür keinerlei Begründung gebe. Das, was der Kollege Pein dargestellt hat, war es, darauf hinzuweisen, dass es deutlich mehr Gefahren gibt, die von rechts ausgehen. Das ist offenkundig, das zeigt auch der Bericht. Darüber hinaus hat er dargestellt, dass das Entstehen von intoleranter, ausländerfeindlicher und dann zu Extremismus führender Haltung in der Mitte geschieht.

Ich will das gar nicht kritisch an Ihre Adresse sagen. Im Gegenteil, ich finde das positiv, dass sich die FDP so deutlich von rechtspopulistischen Überlegungen, die es bei der AfD und anderen gibt, abhebt. Das ist ein Beitrag dazu, zur Kenntnis zu nehmen, was es auch in der Mitte der Gesellschaft an Anti-Einstellungen gibt, die im Zweifelsfall in die rechte Richtung führen. Dies hat der Kollege von Pein dargestellt. Ich kann darin keinen Widerspruch zu dem erkennen, was der Innenminister gesagt hat. Das ist die Haltung der gesamten SPD Schleswig-Holsteins; ob in der Fraktion, in der Regierung oder in der Partei.

- Herr Kollege Stegner, an dieser Stelle biete ich Ihnen etwas an: Wir machen den Faktencheck. Wenn das Plenarprotokoll vorliegt, werden wir beide - gern auch bei einem Getränk - gemeinsam das, was der Innenminister substanziell in die Richtung des Antrags der Union gesagt hat, mit dem abgleichen, was Ihr Kollege von Pein dazu gesagt hat. Dann

(Dr. Heiner Garg)

gucken wir einmal, ob Ihre Zwischenintervention dem tatsächlichen Stand hält. Ich habe möglicherweise ein anderes Gehör bei der Rede des Innenministers gehabt. Ich bin aber zu der Auffassung gekommen, die ich gerade vorgetragen habe. Herr Stegner, Sie können das Getränk auch frei wählen.

(Zurufe Serpil Midyatli [SPD] und Hans-Jörn Arp [CDU])

- Herr Kollege Arp, das kann manchmal ein wirksames Mittel sein, um im politischen Meinungsbildungsprozess andere zu einem Kompromiss oder zu einer anderen Auffassung zu bringen.

Anders als es der Kollege von Pein zum Vortrag gebracht hat, finde ich, dass der **CDU-Antrag** sehr wohl ein geeigneter weiterer Schritt ist. Ein **Konzept**, das Maßnahmen für alle Formen des Extremismus vorsieht, halte ich für logisch und vernünftig. Angesichts der im Verfassungsschutzbericht angeführten Behandlungsfelder halte ich es auch für konsequent. Insofern habe ich die Kritik daran in dieser Form nicht ganz verstanden.

Der Bruch zum Antrag der PIRATEN fällt mir nicht ganz leicht. Ich glaube, ich habe in der Vergangenheit immer sehr deutlich gemacht, dass ich die Forderung der PIRATEN nach einem angeblich **transparenten Haushalt** des **Verfassungsschutzes**, jedenfalls das, was Sie unter Transparenz verstehen, rundweg ablehne. Meine Fraktion tut das auch. Ich will mich kurz fassen und sehr deutlich sagen: Ich werde nicht müde zu betonen, dass Geheimdienste im Geheimen operieren, sonst wären sie schließlich nicht geheim. Ich möchte explizit nicht, dass durch die Aufschlüsselung, die Sie sich vielleicht wünschen und die sich möglicherweise auch ein Finanzpolitiker einer anderen regierungstragenden Fraktion wünscht, in Zukunft Rückschlüsse auf die Geheimdiensttätigkeiten und auf die verfassungsschutzrechtlichen Tätigkeiten gezogen werden können. Insofern sind wir hier unterschiedlicher Auffassung.

Ich glaube, dass der Innenminister an dieser Stelle die Bedenken vollkommen zutreffend dargestellt hat. Diese teilt meine Fraktion. Vor diesem Hintergrund danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Ich gehe davon aus, dass wir den Verfassungsschutzbericht weiter im Innen- und Rechtsausschuss beraten. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir bedanken uns an dieser Stelle natürlich auch für den ausführlichen Bericht. Natürlich begrüßen auch wir die **Arbeit des Verfassungsschutzes**. Mit dem Verfassungsschutz ist das aber so eine Sache. Wir müssen aufpassen, dass wir von ihm einerseits nicht zu viel verlangen oder erhoffen. Andererseits müssen wir auch nicht glauben, dass der Verfassungsschutz über allem steht, jeden überwacht und hinter jeder Ecke steht, sodass man als Bürger die Sorge haben muss, besonders überwacht zu werden. Dies scheint in den letzten zwei Jahren ein beständiges Thema hier in diesem Landtag gewesen zu sein.

Der Verfassungsschutz kann sicherlich kein alleiniger Garant von Freiheit und Demokratie sein. Der Verfassungsschutz sammelt **Informationen** und gibt anschließend Informationen weiter. Die Entscheidung, wie mit diesen Informationen umgegangen werden soll und welches Handeln aus diesen Informationen möglicherweise resultiert, treffen im Regelfall andere. Der Verfassungsschutz kann sicherlich auch keine Gefahren aus dem Weg räumen. Er kann jedoch auf diese Gefahren hinweisen. Er kann möglicherweise auf versteckte **Gefahren** hinweisen. Ich glaube, dass wir die Öffentlichkeit auf genau diesen Tatbestand noch besser aufmerksam machen müssen, nämlich dass der Verfassungsschutz die Demokratie und die hier lebenden Menschen vor Gefahren schützt. Das trägt zu einer wehrhaften Demokratie bei. Ich sage ganz ehrlich, das beruhigt mich zunächst einmal.

Der Verfassungsschutz orientiert sich grundsätzlich an drei **extremistischen Organisationsformen**: an den rechtsextremistischen Bestrebungen, an den linksextremistischen Bestrebungen und zuletzt an den sogenannten extremistischen Bestrebungen mit Auslandsbezug. Eine Vorabpriorisierung lässt sich in meinen Augen nicht erkennen. Wir sollten auch vorsichtig damit sein und nicht in einer Paralleldebatte die eine Gruppe gegen eine andere ausspielen. Das gibt es auch hier manches Mal in den Zwischentönen. Vielmehr geht es darum, sensibel vorzugehen und von Fall zu Fall zu entscheiden, wo eine Gefahr droht und wo nicht. Wie groß sind die Gefahren möglicherweise für den Bürger beziehungsweise für den Staat und die demokratische

(Lars Harms)

Grundordnung, die in irgendeiner Art und Weise angegangen werden müssen?

Das ist sicherlich leichter gesagt als getan. Mehr noch, das ist wahrscheinlich eine der bedeutsamsten und zugleich schwierigsten Aufgaben des Verfassungsschutzes. Doch auch wir können und müssen einen Beitrag zum Schutz unserer Verfassung leisten. Dabei geht es um grundsätzliche Fragen und Aufgaben, nämlich die Frage, wie wir unsere **Gesellschaft** organisieren und wie wir **Demokratie**, **Respekt** sowie **Toleranz** gegenüber anderen und uns selbst erreichen können. Wir müssen genauer hinsehen, andere mit einbeziehen und teilhaben lassen. Wir müssen zuhören und aufeinander zugehen. Wir müssen Mut beweisen, auch dann gegenzuhalten, wenn es schwerfällt, wenn man seinem Freund oder Nachbarn mit extremistischen Ansichten gegenüberzutreten muss. Eine **aktive Zivilcourage** kann nicht aus dem Nichtstun erwachsen, sie braucht Leben, Bewusstsein und Willenskraft, um zu gedeihen.

Natürlich sind diese Ansätze kein Allheilmittel. Jedoch sind sie ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Deshalb sollten wir an dieser Stelle auch weiterhin **Präventionsprojekte** unterstützen und zudem natürlich auch weiterentwickeln. Denn mit Rückständigkeit und Verstaubtheit ist uns hier sicherlich nicht geholfen. Wir müssen weiterhin wachsam bleiben und uns für eine gegenwartsnahe Ausrichtung der Präventionsprojekte einsetzen. Das gehört zwar nicht zum Auftrag des Verfassungsschutzes, meine Damen und Herren, aber Präventionsprojekte helfen, dass extremistische Haltungen eingegrenzt werden können. Somit muss es beides geben: Präventionsprojekte, um Fehlgeleitete auf den Pfad der Tugend zurückzuholen, und den Verfassungsschutz, um uns vor den Taten der Unverbesserlichen zu schützen.

Nun zum **Antrag der PIRATEN** und zur Transparenz des Haushalts. Über eine Formulierung im Antrag bin ich dann doch gestolpert. Darin heißt es: „Ausgaben für den Gemeinschaftsunterliegende Tätigkeiten“ sollen extra veröffentlicht werden. Wie sollte denn so etwas in der Praxis aussehen? Die Arbeit des Verfassungsschutzes besteht ja eigentlich ausschließlich aus Tätigkeiten, die dem Geheimschutz unterliegen. Der Kollege Dr. Garg hatte eben auch schon gesagt, dass es das Wesen des Verfassungsschutzes sei, im Geheimen zu arbeiten. Folgt man diesem Gedanken, dann müsste eigentlich alles so bleiben wie es ist. Nun weiß ich auch, dass die PIRATEN gerade dies nicht wollen und dass wir auch etwas anderes tun werden.

Fakt ist nämlich, dass der neue **Haushalt** des **Verfassungsschutzes transparenter** dargestellt werden soll. So werden etwa die Personalkosten von den Sachkosten getrennt aufgelistet. Jedoch lässt sich eine völlige Offenlegung der Finanzbelange, welche in gewissem Maße auch die eigentliche Arbeit des Verfassungsschutzes abbildet, nicht machen.

Es gilt, die Arbeitsbedingungen des Verfassungsschutzes aufrechtzuerhalten, und dazu gehört eben auch die Wahrung der einzelnen Tätigkeiten des Geheimschutzes. Daran sollten wir nach unserer Auffassung auch in Zukunft grundsätzlich festhalten. Wir sind wahrscheinlich auf einem Weg zueinander. Aber eine **komplette Transparenz**, wie man sie sich in einem theoretischen Gebilde vorstellt, wird es sicherlich nicht geben können. Es ist nun einmal das Wesen von Verfassungsschutz und geheimdienstlicher Tätigkeit, dass dieses eben nicht geht. Wir wollen so transparent wie möglich sein, wir wollen auch über die Arbeit des Verfassungsschutzes immer wieder diskutieren, und dies tun wir jetzt auch in aller Öffentlichkeit. Dafür gibt es dann Rede und Gegenrede in der Diskussion und Kritik aus dem politischen und aus dem öffentlichen Bereich. Das ist völlig okay, und damit kann der Verfassungsschutz wohl auch sehr gut leben. Auch der Staat kann damit sehr gut leben. Es ist das Wesen eines demokratischen Staates, dass er dieses aushalten will und auch aushalten kann.

Dennoch ist es so, dass der Verfassungsschutz, damit er seine Arbeit machen kann und damit er die Demokratie und die Menschen schützen kann, auch **Rahmenbedingungen** braucht. Eine dieser Rahmenbedingungen ist nun einmal, dass man nicht alles transparent macht, sondern dass man bestimmte Arbeitsbereiche dann eben auch - ich will nicht sagen intransparent macht; das wäre das falsche Wort - so schützt, dass man tatsächlich auch seine Arbeit als Verfassungsschutz vernünftig machen kann. Es ist ja nicht so, dass wir sagen würden, der Verfassungsschutz soll alles tun dürfen. Das darf er nicht, und das weiß er auch. Er handelt auch danach, und wir als Parlament und die Bürger als Gesellschaft kontrollieren dies. Ich halte dies für eine ganz ordentliche Arbeitsteilung. Wenn wir aber gewisse Forderungen aufstellen, wie zum Beispiel Transparenz des Haushaltes, dann müssen wir auch darauf achten, dass wir es nicht übertreiben und die Arbeit des Verfassungsschutzes ad absurdum geführt wird.

Lieber Kollege Breyer, ganz ehrlich: Wenn Sie die Tätigkeit des Verfassungsschutzes ablehnen - das ist Ihr gutes Recht -, dann stellen Sie einen Antrag,

(Lars Harms)

und dann können wir darüber reden. Die Abstimmung darüber wird dann wahrscheinlich 68 zu eins ausgehen. Aber das ist dann auch egal. Zumindest ist dann aber darüber auch einmal abgestimmt worden. Aber zu versuchen, über die Hintertür zu sagen, wir führen die Arbeit des Verfassungsschutzes ad absurdum, indem wir alles transparent machen, funktioniert natürlich auch nicht. Denn diejenigen, die von der Arbeit des Verfassungsschutzes betroffen sind, wissen auch, was der Verfassungsschutz tut.

Der SSW steht hinter dem Verfassungsschutz, und er steht auch hinter der Demokratie und hinter dem Schutz der Demokratie. Deshalb: so transparent wie möglich, aber so sicher wie nötig.

(Beifall SSW und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. - Zunächst hat der Fraktionsvorsitzende der Piratenfraktion, der Herr Abgeordnete Torge Schmidt, das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wende mich zunächst Herrn Kollegen Dr. Garg zu. Ich habe in diesem Hohen Haus nicht der Landesregierung vorgeworfen, auf dem rechten Auge blind zu sein, sondern ich habe lediglich darauf hingewiesen - und dies möchte ich hier deutlich machen -, mit welcher Akribie der Verfassungsschutzbericht auf einzelne Straftaten linksextremistischer Leute eingeht, dies aber im Gegenzug beim Rechts extremismus nicht macht. Das ist ein großer und eklatanter Unterschied in der Systematik des Verfassungsschutzberichts. Das heißt wiederum nicht, dass die Landesregierung auf dem rechten Auge blind ist; das ist etwas ganz anderes.

(Beifall PIRATEN)

Dann möchte ich mich dem Kollegen Harms zuwenden. Ich kann Ihnen helfen bei dem Problem, das Sie mit einer Passage in unserem Antrag haben. Vielleicht sollten Sie ihn einmal genauer lesen. Darin heißt es:

„Ausgaben für den Geheimschutz unterliegende Tätigkeiten des Verfassungsschutzes können gesammelt ausgewiesen werden.“

Das sollte also nicht irgendwoanders, etwa in einem Schattenhaushalt oder sonstwo geschehen, sondern in einem **gesammelten Haushaltsposten**. Das ma-

chen andere Bundesländer auch. Es ist auch kein großes Hexenwerk, was wir insoweit verlangen.

(Beifall PIRATEN)

Ich komme noch zu einem weiteren Punkt, der hier schon mehrfach angesprochen worden ist, zur **Kontrolle des Verfassungsschutzes**. Wenn ich mir als Finanzpolitiker den Haushalt des Verfassungsschutzes ansehe, dann steht da ein Posten mit einer Summe von 915.000 €. Die genaue Zahl habe ich jetzt nicht parat. Ich frage mich ganz ehrlich - und das ist mein gutes Recht als Parlamentarier und als Finanzpolitiker -: Wie soll ich Haushaltsanträge zum Verfassungsschutz stellen? Das ist mir derzeit bisher unmöglich. Ich habe nämlich keine Ahnung, wie Geschäftsbedarfe des Verfassungsschutzes und dergleichen mehr zurzeit aussehen. Ich finde, auch das ist kein Hexenwerk. Ich glaube auch nicht, dass andere Bundesländer Probleme mit den geheimdienstlichen Tätigkeiten ihrer Verfassungsschutzämter haben, wenn sie Geschäftsbedarfe, Raumbedarfe, Dienstwagen, Briefverkehr und so weiter in ihren Haushalten ausweisen. Das sind stinknormale Sachen, die jede andere Behörde auch machen muss.

(Beifall PIRATEN)

Warum sollen wir den Verfassungsschutz haushaltsrechtlich anders behandeln als andere Behörden? Ich verstehe das nicht.

(Beifall PIRATEN)

Auch das Argument mit dem **PKG** zählt für mich nicht, weil es sich hier nur um eine **Scheintransparenz** handelt. In diesem Punkt finden wir vielleicht nicht zueinander. Aber ich muss Ihnen ausdrücklich sagen: Es wird sicherlich nicht der Arbeit des Verfassungsschutzes schaden, wenn wir einzelne Haushaltstitel öffentlich ausweisen. Der Minister hat ja auch schon angekündigt, dass die Landesregierung unserem Antrag teilweise auch nachkommen möchte.

Ich bin deshalb wirklich gespannt auf den Haushaltsentwurf, den die Regierung uns bald vorlegen wird. Wir werden dann nachschauen können, wie es insoweit aussieht. Im Übrigen werden wir über unseren Antrag auch noch im Finanzausschuss diskutieren.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion folgt nun ein weiterer Dreiminutenbeitrag des Herrn Abgeordneten Tobias von Pein.

Tobias von Pein [SPD]:

Lieber Kollege Garg, auch ich würde mich sehr freuen, wenn ich bei den Gesprächen mit Herrn Stegner dabei sein könnte. Natürlich freue ich mich auch, wenn ich mit der FDP darüber sprechen kann. Sie haben ja eine sehr gute rechtsstaatliche Tradition in Schleswig-Holstein; das wird bestimmt spannend werden.

Ich möchte aber noch einen Punkt klarstellen. Ich habe durchaus auch auf die Gefahr des **Islamismus** hingewiesen. Auch der Herr Innenminister hat hierauf einen Schwerpunkt gesetzt, was er am Anfang auch gesagt hatte. Hätte er mehr Redezeit gehabt oder sich genommen, dann hätte er sicherlich auch noch zu den anderen Bereichen etwas gesagt. Davon gehe ich aus. Ich habe einfach nur darauf hingewiesen, dass ich keine Notwendigkeit sehe für ein explizit ausgewiesenes Anti-Islamismus-Programm. Dass Mittel für Migrationssozialarbeit zum Beispiel bereitgestellt werden oder auch für andere Präventionsprojekte, finde ich an dieser Stelle viel sinnvoller. Diese Auffassung weicht inhaltlich von der IMK ab. Aber ich glaube, es ist bei Parlamentariern öfter so, dass die Auffassung der Parlamentarier eine andere ist als die der IMK.

Sie haben auch gesagt, man müsste das Programm jetzt etwas anders ausrichten, weil **Rechtsextremismus** im Augenblick der Schwerpunkt sei. Ich möchte insoweit darauf hinweisen, dass Schwarz-Gelb auf Bundesebene genau dies gemacht hat. Schwarz-Gelb hat die Mittel auf gleicher Höhe belassen und hat den Schwerpunkt verschoben. Schwarz-Gelb hat ein Extraprogramm gegen Islamismus und Linksextremismus gemacht. Was bedeutet das im Endeffekt? Das bedeutet, dass es weniger Mittel für die Rechtsextremismusprävention gab. Und diese Schwerpunktverschiebung war ein Skandal.

Sie können sich ja gern auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Ihr Finanzminister an der Stelle noch mehr Geld locker macht. Darüber würde auch ich mich freuen, auch darüber, wenn das Bundesprogramm erfolgreich fortgeführt werden würde, mit dem selbstverständlich alle Formen von Intoleranz und Demokratiefeindlichkeit bearbeiten werden sollen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Lars Harms, es ist kein Geheimnis, dass wir PIRATEN den Verfassungsschutz als **Inlandsgeheimdienst** ablehnen. Wenn Sie als Mitglied des Innen- und Rechtsausschusses unsere Anträge sorgfältig gelesen haben, werden Sie sehen, dass im letzten Jahr die Piratenfraktion genau das schon beantragt hat, und zwar die gesamte Piratenfraktion.

Was mich an diesem Verfassungsschutzbericht wirklich stört, ist, dass der Verfassungsschutz eigentlich nicht über seine **Tätigkeit** berichtet, sondern nur über seine **Ergebnisse**. Das heißt, er beschreibt gar nicht, welche Maßnahmen er eingesetzt hat. Wir finden keine Statistik darüber, welche geheimdienstlichen Mittel er eingesetzt hat. Wir finden keine Zahlen darüber, wie viel überwacht worden ist, was das Ergebnis dessen war. All dieses Maß an **Transparenz**, das es in anderen Ländern und auf Bundesebene längst gibt - dort gibt es diese Überwachungsstatistiken -, wird der Öffentlichkeit in Schleswig-Holstein verweigert.

Zu dem CDU-Antrag kann ich nur sagen: Nachtigall, ick hör dir trapsen, wenn ich lese, dass die **Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden** angepasst werden soll. Was das heißt und worauf das hinauslaufen soll, können wir uns wieder vorstellen. Sie wollen den Inlandsgeheimdienst noch weiter aufrüsten, und das lehnen wir ganz klar ab.

Zu der Debatte, die meines Erachtens Burkhard Peters als Erster aufgemacht hat, möchte ich sagen: Was soll Verfassungsschutz überhaupt leisten? Mich stört ein bisschen, Kollegin Nicolaisen, dass Sie das Thema **Extremismus** mit **Gewalt** fast gleichgesetzt haben, beziehungsweise als ob dies logisch miteinander in Verbindung stünde. Da möchte auch ich noch einmal hervorheben, was Burkhard Peters bereits gesagt hat: Extremismus als extreme Meinung ist in Deutschland legal. Es ist nicht verboten, von einem anderen Staat zu träumen. Das Bundesverfassungsgericht hat auch gesagt, warum das so ist, nämlich, ich zitiere: Die Verfassung setzt darauf, dass auch eine totalitäre Ideologie gesellschaftlich ertragen, ihr mit bürgerschaftlichem Engagement begegnet und letztlich in Freiheit die Gefolgschaft verweigert wird.

(Dr. Patrick Breyer)

Das ist genau richtig. Die Demokratie kann nur geschützt werden, wenn sie von den Menschen freiwillig und aus Überzeugung heraus getragen wird. Deswegen darf sich auch der Staat nicht in die politische Auseinandersetzung einmischen. So entschieden wir gegen politisch motivierte Gewalttaten vorgehen müssen, so falsch ist es, wenn sich der Staat in die politische Auseinandersetzung, die eine gesellschaftliche sein muss, einmischen würde.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Kai Dolgner das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Dr. Breyer, deshalb tut er das auch nicht in Schleswig-Holstein. Wir haben nämlich in unserem **Landesverfassungsschutzgesetz** eine **Aggressionsklausel**. Zum Thema „extreme Meinungen zu haben“ stellt sich immer noch die Frage - das ist das Problem dieser Zweidimensionalität: Was bedeutet denn „eine extreme Meinung“? - Ist es die Meinung, die von der Mehrheitsmeinung abweicht? - Damit kommen wir wieder zu der Problematik „Extremismus der Mitte“. Um das zu erörtern, reicht ein Dreiminutenbeitrag nicht aus.

(Zuruf)

- Ihre Kassetten kenne ich auch schon,

(Beifall SPD)

aber dennoch muss ich es Ihnen immer wieder erklären, weil Sie ständig etwas anderes behaupten.

Der **Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein** unterscheidet sich auch qualitativ von anderen Verfassungsschutzbehörden in Deutschland. Ich erkläre dies immer wieder gern. Wir haben eine Aggressionsklausel. Das bedeutet, wer nicht aktiv gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung vorgeht, wird nicht beobachtet. Maoistische Teezirkel werden nicht beobachtet. Sie können weiterhin ihren Tee trinken und sich über ihr demografisches Problem unterhalten. Das ist der Unterschied. Deshalb wird auch DIE LINKE nicht beobachtet. Das bitte ich doch auch anzuerkennen, wenn Sie hier den Eindruck erwecken wollen, dass man in Schleswig-Holstein deshalb beobachtet wird, weil man eine extreme Meinung hat. Das ist nicht der Fall.

Wenn man aber **Aktivitäten** verbreitet, um diese Meinung gegen den demokratischen Mehrheitswillen durchzusetzen, dann wird man beobachtet. Ich

finde, dann hat man es auch verdient, beobachtet zu werden. Der Meinung sind Sie nicht. Da werden wir nicht zusammenkommen.

Ein kleiner Hinweis zu diesem Thema. Ja, Sie haben einen Antrag gestellt, den Geheimdienst quasi abzuschaffen, und zwar bei der Bestandsdatenauskunft. Interessanterweise wollten Sie als erstes die entsprechenden Kommissionen abschaffen, die den Verfassungsschutz kontrollieren sollten.

(Zuruf)

- Doch, doch! Der Kommission bei der Bestandsdatenauskunft Befugnisse zu streichen, denn die machen sonst die Kontrolle.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Kollege Dr. Dolgner, erlauben Sie eine Zwischenfrage Ihres Fraktionsvorsitzenden Dr. Stegner?

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Dr. Dolgner, Ihren sehr treffenden Ausführungen ist ja sehr selten etwas hinzuzufügen. Aber der Kollege Breyer hat ja noch etwas anderes gesagt. Er hat gesagt, sie lehnten den Inlandsgeheimdienst grundsätzlich ab. Wer so etwas fordert, der muss doch erklären, wie wir nach den Lehren aus unserer Geschichte die Trennung von Polizei und Geheimdienst vornehmen wollen. Wenn wir den Geheimdienst abschaffen, macht die Polizei Dinge, die sie nicht tun sollte. Und das wäre meines Erachtens mit unserer Verfassung und mit den Lehren aus unserer Geschichte nicht vereinbar.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Kollege Dr. Stegner, danke für den Hinweis. Ich wurde ja bereits auf die Redundanzen aufmerksam gemacht. Herr von Pein hat dies bereits erläutert, und ich habe es auch schon zweimal erklärt: Die Gefahr wird offensichtlich von den PIRATEN nicht gesehen. Herr Kollege Breyer hat, als wir das das letzte Mal diskutiert haben, die Hoffnung gehabt, dass wir, falls wir in Lagen kommen, in denen es einen Bedarf im Bereich der Vorfeldaufklärung gibt und wir keinen Verfassungsschutz mehr haben, der Polizei keine entsprechenden geheimdienstlichen Ermächtigungen geben würden, wie es übrigens in anderen Ländern passiert ist.

(Widerspruch Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

(Dr. Kai Dolgner)

- Doch, das kann man im Wortprotokoll nachlesen. Ich hatte darauf aufmerksam gemacht, dass ich nicht so viel Vertrauen habe wie Sie, dass dies in der Zukunft nicht passieren würde, weil es wechselnde Stimmungslagen in der Bevölkerung gibt. Natürlich ist es vollkommen klar, wenn es wieder Anlässe gibt. Auch wenn ich gegen anlassbezogene Gesetzesänderung bin, gibt es immer wieder genügend Leute, manchmal sogar auch eine Mehrheit, die dann sagt: Dann benötigen wir die Befugnisse doch.

Wenn der Verfassungsschutz nicht mehr da ist und die **Polizei** die Vorfeldbeobachtung übernehmen soll, wird es Leute geben, die es fordern und eventuell auch durchsetzen, dass die Polizei **geheimdienstliche Befugnisse** bekommt, wie sie sie übrigens in anderen Ländern hat. Das haben wir aus gutem Grunde in Deutschland nicht. Das Trennungsgebot kann man nach meiner Auffassung, die man nicht unbedingt teilen muss, nur aufrechterhalten, wenn man einen Verfassungsschutz hat.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Dr. Dolgner, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage beziehungsweise Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Jetzt kommen wir wahrscheinlich zu der detaillierten Auseinandersetzung als Tischvorlage zum Thema Bestandsdatenauskunft, was damals Thema im Ausschuss war.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Da vermuten Sie richtig, Herr Kollege Dr. Dolgner. Ich habe gerade darüber gelacht, dass Sie sagten, wenn wir eine Trennung von Polizei und Verfassungsschutz haben wollen, brauchen wir einen Verfassungsschutz. Es liegt auf der Hand, dass man ohne Verfassungsschutz keine Trennung haben kann.

- Das ist eine Bemerkung, auf die ich gern reagieren darf.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Ich würde aber gern mit meiner Zwischenfrage fortfahren!)

- Das können wir jetzt der Reihe nach abarbeiten. Das, was Sie gerade ausgeführt haben, habe ich nicht gesagt. Die **Vorfeldaufklärung** ist eine **geheimdienstliche Aufgabe**. Wenn man keinen Ver-

fassungsschutz hat, dann liegt es in der Natur der Sache, dass diese geheimdienstliche Aufgabe, wenn die Gesellschaft einen Bedarf sieht, irgendwann von den Polizeibehörden übernommen wird.

Ich meine, mich zu erinnern, dass Herr Dudda einmal gesagt hat, dass die Polizei diese Aufgabe besser machen könnte. Ich bin mir nicht ganz sicher, da müssen wir noch einmal in die Protokolle schauen. Dieser Auffassung bin ich schlicht und ergreifend nicht.

(Beifall SPD, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Diese Auffassung müssen Sie ja nicht teilen, Herr Kollege Dr. Breyer, aber den Bedarf - das können Sie sich doch alle vorstellen - gibt es. Dieses Thema hatten wir ja auch bei der NSU. Da gab es die Frage: Warum haben wir es nicht gewusst? - Das Versagen der Geheimdienste war, dass sie es nicht gewusst haben, dass sie es nicht richtig eingeschätzt haben. Wir mussten uns damit auseinandersetzen, warum wir nicht gewusst haben, dass die hier zum Beispiel Urlaub machen. Das war die gesellschaftliche Frage. Die gesellschaftliche Frage war nicht, wir sollen keine Instrumente haben, dass wir es nicht wissen wollen.

(Beifall SPD, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Können Sie das nicht im Ausschuss klären?)

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Der Kollege Dudda hat nichts anderes gesagt, als dass die Verfolgung und die Verhinderung von Kriminalität, auch von politisch motivierter Kriminalität, bei der Polizei richtig und auch besser aufgehoben sind.

Meine Frage ist folgende: Sie haben unseren Änderungsantrag zur Bestandsdatenauskunft angesprochen, indem wir beantragt haben, die geheimdienstlichen Befugnisse des Verfassungsschutzes, dementsprechend auch die Befugnisse zur Postkontrolle und zur Telekommunikationsüberwachung, zu streichen. Würden Sie mir zustimmen, dass es, wenn der Verfassungsschutz nicht mehr in das Grundrecht aus Artikel 10 eingreifen darf, dann auch keiner Kommission mehr zur Kontrolle des Eingriffs in Artikel 10 bedarf

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

und dass wir folgerichtig beantragt haben, die abzuschaffen?

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Kollege Breyer, leider haben Sie vergessen, im Antrag zu formulieren, selbst den Verfassungsschutz abschaffen zu wollen. Das ist das Problem, wenn man U-Boot-Anträge stellt, wo Sie doch immer für vollkommene Transparenz sind.

Wir haben nämlich in der ersten Lesung zur Bestandsdatenauskunft - auch Sie nicht - über die Abschaffung des Verfassungsschutzes

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Das wollen wir auch gar nicht!)

oder die Abschaffung der geheimdienstlichen Ermächtigung des Verfassungsschutzes geredet, was in der Folge die Abschaffung des Verfassungsschutzes wäre. Sie sind dann in der Debatte zwischen erster und zweiter Lesung, nachdem wir Sie darüber belehren mussten - ich erinnere mich noch sehr gut an die Debatte -, dass der Verfassungsschutz sehr wohl die Kommunikation abhören darf, wenn er eine Ermächtigung dazu hat, auf die Idee gekommen, doch gleich die geheimdienstliche Ermächtigungen abschaffen zu wollen.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: So ist es!)

Sie wussten das übrigens bis zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht. Das heißt: Bis zur ersten Lesung kannten Sie die Ermächtigungen des Geheimdienstes offensichtlich auch nicht.

(Heiterkeit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war für Sie offensichtlich eine Überraschung; das war für mich auch eine Überraschung.

Aber zwischen der ersten und zweiten Lesung eines Gesetzes zur Bestandsdatenauskunft mal schlank den Verfassungsschutz abschaffen zu wollen,

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Das wollten wir gar nicht!)

ist das Gegenteil einer breiten Debatte, die die PIRATEN immer zum Thema „Transparenz“ anmahnen.

(Heiterkeit und Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Herr Kollege Dr. Breyer, Sie wissen: Ich lasse Ihre Zwischenfragen grundsätzlich zu, aber ich fürchte auch die gruppenspezifischen Aspekte meiner Fraktion heute Abend.

(Heiterkeit - Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Deshalb schenke ich der Gruppendynamik auch die restlichen Minuten meiner Redezeit.

(Heiterkeit - Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Ich schließe die Beratung.

Es wurde beantragt, den Antrag Drucksache 18/1962 sowie den Bericht der Landesregierung Drucksache 18/1810 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen, den Bericht zur abschließenden Beratung.

Weiterhin wird vorgeschlagen, den Antrag 18/1972 der Piratenfraktion wie gewünscht dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will - die beiden erstgenannten Anträge an den Innen- und Rechtsausschuss und den letztgenannten Antrag an den Finanzausschuss zu überweisen -, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Gegenstimmen oder Enthaltungen sehe ich nicht.

Meine Damen und Herren, bevor ich die Beratungen für heute abschließe, weise ich Sie dringend darauf hin, dass wir heute das große Privileg haben, ein weiteres Mal „Die halbe Stunde der Besten“ mit drei jungen Klarinettenisten zu erleben. Sie sind Preisträger von „Jugend musiziert“ und geben eine halbe Stunde lang im Schleswig-Holstein-Saal ein wunderbares Konzert. Es lohnt sich, dabei zu sein.

Ansonsten wünsche ich Ihnen für heute Abend für Ihre Vorhaben alles Gute, gute Gespräche und eine angenehme Nachtruhe.

Morgen um 10 Uhr wird die Beratung fortgesetzt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:02 Uhr